



B P W

Beraten
Prüfen
Wirkung erzielen!

BPW Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bericht

über

die Prüfung

des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes

für das Haushaltsjahr 2016

der

Stadt Voerde

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	3
B. Grundsätzliche Feststellungen	5
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Bürgermeister	5
II. Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB	8
Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen	8
III. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen	9
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	12
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Gesamtrechnungslegung	17
I. Konsolidierungskreis und Gesamtabschlussstichtag	17
II. Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse	18
III. Ordnungsmäßigkeit der Gesamtrechnungslegung	19
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	19
2. Gesamtabschluss	20
3. Gesamtlagebericht	22
IV. Gesamtaussage des Gesamtabschlusses	23
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamt- abschlusses	23
2. Wesentliche Bewertungs- und Konsolidierungs- grundlagen	23
3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	26
V. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage	27
1. Vermögens- und Schuldengesamtlage (Gesamtbilanz) ...	27
2. Ertragsgesamtlage (Gesamtergebnisrechnung)	35
3. Finanzgesamtlage (Gesamtfinanzrechnung)	39
E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	43

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Gesamtbilanz zum 31.12.2016
- Anlage 2: Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 01.01.
bis 31.12.2016
- Anlage 3: Gesamtanhang für das Haushaltsjahr 2016
- Anlage 4: Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2016
- Anlage 5: Beteiligungsbericht
- Anlage 6: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschafts-
prüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

A. Prüfungsauftrag

Die Stadt Voerde (nachfolgend auch als "Stadt" oder "Mutterunternehmen" bezeichnet) hat uns mit Schreiben vom 28.12.2015 beauftragt, den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2016 nach berufstüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten. Der Beauftragung lag ein Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt vom 09.12.2015 zugrunde.

Die Stadt ist gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW verpflichtet, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen und diese gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss prüfen zu lassen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat uns gemäß § 103 Abs. 5 GO NRW mit der Durchführung der Prüfung beauftragt. Dieser Prüfungsbericht ist somit an die Stadt Voerde gerichtet.

Die Gemeinde hat gemäß § 95 GO NRW auch einen Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen, mit deren Prüfung wir ebenfalls beauftragt worden sind.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Bürgermeister, unsere Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sowie eine Darstellung der wichtigen Veränderungen bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns. Die Prüfungs-

durchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt E. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Gesamtabschluss, bestehend aus der Gesamtbilanz (Anlage 1), der Gesamtergebnisrechnung (Anlage 2) und dem Gesamtanhang (Anlage 3), sowie den geprüften Gesamtlagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Der diesem Bericht als Anlage 5 beigefügte Beteiligungsbericht war auftragsgemäß nicht Gegenstand der Prüfung.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage 6 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Bürgermeister

Der Bürgermeister hat im Gesamtlagebericht (Anlage 4) und im Gesamtabschluss, insbesondere im Gesamtanhang (Anlage 3), die wirtschaftliche Gesamtlage der Stadt beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Gesamtabschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Gesamtlagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter der Stadt im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung der Stadt unter Berücksichtigung des Gesamtlageberichtes ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Gesamtlage der Stadt ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Gesamtlagebericht sind hervorzuheben:

"Die Vermögenslage des „Konzerns“ Stadt Voerde wird wesentlich vom Sachanlagevermögen bestimmt, welches zum 31.12.2016 immerhin 87,0 % des Gesamtvermögens ausmacht.

Die Sonderposten können wirtschaftlich dem Eigenkapital zugeordnet werden, da diese ertragswirksam über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände, die zum Teil durch diese Sonderposten finanziert wurden, aufgelöst werden.

Demnach verfügt der „Konzern“ Stadt Voerde zum 31.12.2016 noch über eine gute wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung von 44,5% (31.12.2015: 45,0%).

Die übrigen Verbindlichkeiten sind zum 31.12.2016 gegenüber dem 31.12.2015 mit einer Veränderung von - T€ 12 insgesamt annähernd unverändert.

Den ordentlichen Gesamterträgen von T€ 88.183 standen im Berichtsjahr 2016 ordentliche Gesamtaufwendungen von T€ 89.167 gegenüber. Zusammen mit dem negativen Gesamtfinanzergebnis von T€ 616 ergab sich so ein Gesamtjahresfehlbetrag von T€ 1.600. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf höhere Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs mussten im Berichtsjahr neue Kassenkredite aufgenommen werden. Aus der Aufnahme und Rückführung von Krediten zur Liquiditätssicherung ergibt sich ein Saldo von T€ 852.

Am 15.03.2016 beschloss der Rat der Stadt Voerde unter erneuter Ausweitung des Haushaltssicherungskonzeptes um weitere Einzelmaßnahmen die Haushaltssatzung 2016. Der Landrat des Kreises Wesel hat mit Verfügung vom 06.05.2016 die nach § 75 Abs. 4 GO NRW erforderliche Genehmigung zur vorgesehenen Verringerung der Allgemeinen Rücklage sowie die nach § 76 Abs. 2 GO NRW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes erteilt. Eine längere Phase der „vorläufigen Haushaltsführung“, wie sie im Jahr 2015 vorlag, gab es nach der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Stadt Voerde (Niederrhein) für das Haushaltsjahr 2016 vom 12.05.2016 im Berichtsjahr 2016 nicht.

Zur Liquiditätssituation wird an dieser Stelle nochmals darauf verwiesen, dass zum Liquiditätserhalt in 2016 die Aufnahme von Krediten in Höhe von insgesamt 13,5 Mio. € (unterschiedliche Höhen und Laufzeiten) bei gleichzeitiger Tilgung eines Volumens in gleicher Höhe erforderlich wurden.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird in der Haushaltssatzung der Stadt Voerde (Niederrhein) für das Haushaltsjahr 2016 auf 80 Mio. € festgesetzt.

Der steigende Stand der Liquiditätskredite beeinträchtigt mittelfristig die finanzielle Situation der Stadt Voerde trotz des aktuellen nahezu Nullzins-Niveaus und birgt mit Blick auf die ungewisse Entwicklung des Zinsniveaus keine unerheblichen finanziellen Risiken und kann damit die Ergebnispläne der Folgejahre weiterhin belasten."

Die oben angeführten Kernaussagen werden unten im Abschnitt D. V. durch analysierende Darstellung wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Gesamtlage der Stadt Voerde einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch den Bürgermeister ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Zu den Anhaltspunkten für entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen bei der Stadt nehmen wir im nachfolgenden Berichtsabschnitt gesondert Stellung.

II. Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB

Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir als Gesamtabschlussprüfer über bei Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, die die Entwicklung der Stadt wesentlich beeinträchtigen können.

Die Stadt Voerde befindet sich bereits seit Jahren in der Haushaltssicherung. Im Berichtsjahr ist im Ergebnis ein Gesamtjahresfehlbetrag von T€ 1.600 erwirtschaftet worden, der vollständig aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden muss. Bei der am 15.03.2016 beschlossenen Haushaltssatzung für das Jahr 2016, dem Haushaltssicherungskonzept 2016 für die Jahre 2012 bis 2021 sowie auch bei ihren Investitionsentscheidungen hat sich die Stadt durch eine Beschränkung der Kreditaufnahme auf einen Wert unterhalb der Grenzen zur Nettoneuverschuldung begrenzt. Aus der fortwährenden Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung droht der Stadt zudem eine immer stärkere Einschränkung ihrer Handlungsspielräume bei den freiwilligen Leistungen. Im Oktober 2017 beliefen sich diese bei der Stadt Voerde auf insgesamt 56 Mio. €. Mit den zum Teil kurz-/mittelfristigen Laufzeiten bei den Krediten zur Liquiditätssicherung sind erhebliche Zinsänderungsrisiken für die Stadt verbunden. Deshalb ist die Stadt gehalten, auch auf die konsumtiven Kreditaufnahmen weiterhin restriktiv einzuwirken.

Im Rahmen unserer Prüfung wurden ansonsten keine weiteren entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Tatsachen i. S. d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB festgestellt.

III. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

Der Rat der Stadt Voerde hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 beschlossen, den "Kommunalbetrieb Voerde" zum 01.01.2017 in die Kernverwaltung zurückzuführen. Die Wiedereingliederung ist bereits im Haushaltsjahr 2016 vorbereitet und am Jahresanfang 2017 durchgeführt worden. Insofern werden ab dem 01.01.2017 alle konsumtiven und investiven Geschäftsprozesse auf der Grundlage des NKF-Prinzips im Haushalt der Stadt Voerde geplant und bewirtschaftet.

Mit dem "Kommunalbetrieb Voerde" wurde der einzige verselbstständigte Aufgabenbereich, der im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen worden ist, in den Kernhaushalt überführt. Damit verfügt die Stadt Voerde ab dem Haushaltsjahr 2017 über keine voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereiche.

In den gesetzlichen Grundlagen (sowohl GO NRW als auch GemH-VO NRW) ist keine Regelung zu einer Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses zu finden, wenn keine voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereiche vorliegen. Jedoch kann der Normzweck des 12. Teils der GO NRW (Gesamtabschluss) zugrunde gelegt werden. Ziel ist die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage. Sofern die einzelnen verselbstständigten Aufgabenbereiche auch insgesamt nur einen unwesentlichen Einfluss auf dieses Bild der Gesamtlage verfügen muss *ratio legis* auch eine vollumfängliche Befreiung von der Aufstellungspflicht nach § 116 Abs. 3 GO NRW anwendbar sein.

Für eine Prüfung, ob die Aufstellung eines Gesamtabschlusses entbehrlich sein könnte, ist auch festzustellen, welche Auswirkungen die vorhandenen verselbstständigten Aufgabenbereiche, die unter maßgeblichem Einfluss der Stadt Voerde ste-

hen, auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage haben.

Der verselbstständigte Aufgabenbereich unter maßgeblichem Einfluss "Wasserversorgung Voerde GmbH" ist im Rahmen der Equity-Bilanzierung konsolidiert worden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es sich bei der anzuwendenden Equity-Methode nicht um eine Vollkonsolidierung, sondern um eine Bewertungsmethode handelt.

Nach den Erkenntnissen aus den Prüfungen des vorliegenden Gesamtabschlusses und der Vorjahre stellt sich der Einfluss der "Wasserversorgung Voerde GmbH" isoliert betrachtet als nicht so gewichtig dar, dass dies die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Stadt Voerde rechtfertigen würde. Es ergibt sich somit die Möglichkeit einer faktische Befreiung der Stadt Voerde von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses ab dem Haushaltsjahr 2017.

Ungeachtet dessen sind die nach § 116 Abs. 3 Satz 2 GO NRW erforderlichen Darstellungen zum Verzicht auf die Einbeziehung von verselbstständigten Aufgabenbereichen und der Wegfall der Aufstellungspflicht des Gesamtabschlusses in den Anhang des Jahresabschlusses der Stadt Voerde aufzunehmen. Das Vorliegen der Voraussetzungen für die faktische Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses sind jährlich zu überwachen und zu dokumentieren.

Der zulässige Verzicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses befreit diesen jedoch nicht von der jährlichen Prüfungspflicht nach § 116 Abs. 6 GO NRW. Vielmehr erstreckt sich die Prüfung auf das Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen. Im Ergebnis ist zu bestätigen, ob die Voraussetzungen für einen Verzicht tatsächlich vor Ort gegeben sind. Die Prüfung endet ebenfalls mit einem Prüfungsbericht und einem Bestätigungsvermerk. Eine derartige Prüfung ist zu jedem Abschluss-



stichtag vorzunehmen, zu dem kein Gesamtabschluss von der Gemeinde aufgestellt wird.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung waren der am 20.02.2018 aufgestellte Gesamtabschluss (Anlagen 1 bis 3) und der ebenfalls am 20.02.2018 aufgestellte Gesamtlagebericht (Anlage 4) für das Haushaltsjahr 2016. Die Prüfung erstreckt sich auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Bei der Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckten sich unsere Prüfungshandlungen auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse sowie die vorgenommenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses sowie der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse bezog die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften des Mutterunternehmens, die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen sowie die Anpassung an die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens und die konsolidierungsbedingten Anpassungen unter entsprechender Anwendung von § 317 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Satz 2 HGB mit ein.

Den Gesamtlagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Gesamtabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt erwecken; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Gesamtentwicklung zutreffend dargestellt sind.

Mit den übrigen in § 103 Abs. 1 Nr. 4 ff. GO NRW festgelegten Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung waren wir nicht beauftragt.

Der dem Gesamtabschluss nach § 117 Abs. 1 Satz 2 GO NRW beigefügte Beteiligungsbericht ist von uns auftragsgemäß nicht geprüft worden.

Der Bürgermeister ist für die Buchführung und die Aufstellung von Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen der pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir im März und April 2018 in unserem Büro in Bünde durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 19.04.2017 versehene Vorjahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015. Der Rat der Stadt hat diesen Gesamtabschluss entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 11.05.2017 am 23.05.2017 unverändert bestätigt. Die Bekanntmachung der Bestätigung und der Anzeige von Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht geschah am 04.07.2017 im Amtsblatt der Stadt. Die Möglichkeit zur Einsichtnahme besteht durch Auslegung ab dem 04.07.2017.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns insbesondere die Jahresabschlüsse und Prüfungsberichte der in den Gesamtabschluss einbezogenen Unternehmen und die Konsolidierungsunterlagen sowie das Akten- und Schriftgut der Stadt.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von dem Bürgermeister, den gesetzlichen Vertretern der verselbstständigten Aufgabenbereiche, den Abschlussprü-

fern dieser Unternehmen sowie den zur Auskunft benannten weiteren Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns der Bürgermeister in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in dem vorgelegten Gesamtabchluss alle verselbstständigten Aufgabenbereiche i. S. v. § 116 Abs. 2 GO NRW i. V. m § 50 GemHVO NRW, sofern eine Einbeziehung gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW nicht unterbleiben kann, einbezogen worden sind und dass die in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse alle Bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigen, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten und alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind, und dass sämtliche konsolidierungspflichtigen Vorgänge im Gesamtabchluss zutreffend berücksichtigt worden sind. In der Erklärung wird auch versichert, dass der Gesamtlagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Gesamtlage der Stadt wesentlichen Gesichtspunkte, insbesondere für die künftige Entwicklung der Stadt wesentlichen Chancen und Risiken, enthält. Für sämtliche einbezogene verselbstständigte Aufgabenbereiche lagen uns ebenfalls entsprechende Vollständigkeitserklärungen vor.

Bei der Durchführung unserer Gesamtabchlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, insbesondere auch die Verlautbarung zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW PS 730) sowie die Verlautbarung zur Durchführung von Konzernabschlussprüfungen (IDW PS 320 n. F.), beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entspre-

chenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung des Gesamtabschlusses einschließlich der einbezogenen Jahresabschlüsse lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Stadt und der verselbstständigten Teilbereiche zugrunde. Die Lageeinschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Stadtstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus Gesprächen mit dem Bürgermeister und Mitarbeitern der Stadt bekannt.

Unsere Prüfungshandlungen waren darauf gerichtet, ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen der Stadt und die Übereinstimmung des daraus entwickelten Gesamtabschlusses sowie des Gesamtlageberichtes mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu ermöglichen. Bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Gesamtrechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Gesamtabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Gesamtrechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Aus den bei der Prüfungsplanung zu den einzelnen verselbstständigten Aufgabenbereichen festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Überprüfung des Konsolidierungskreises,

- Einheitlichkeit der Bewertung im Gesamtabschluss,
- Kapitalkonsolidierung (Folgekonsolidierung),
- Entwicklung des Eigenkapitals und des Gesamtergebnisses der Stadt,
- Schuldenkonsolidierung,
- Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie
- Zwischenergebniseliminierung.

Im Rahmen der Gesamtabschlussprüfung haben wir darüber hinaus folgende formelle gesamtabschlussspezifische Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Vollständigkeit des Konsolidierungskreises,
- Richtigkeit der Übernahme der nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche,
- Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschlussunterlagen durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen sowie
- die Überleitung der Gesamtbilanz sowie der Gesamtergebnisrechnung.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten. Das gilt auch bezüglich der ergänzenden Prüfungshandlungen zu den einbezogenen Jahresabschlüssen.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Gesamtrechnungslegung

I. Konsolidierungskreis und Gesamtabschlussstichtag

Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist gemäß § 116 Abs. 2 GO NRW i. V. m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW erfolgt. Die im Gesamtanhang (Anlage 3) hierzu gemachten Angaben sind zutreffend. Danach wird in den Gesamtabschluss neben der Stadt Voerde der verselbstständigte Aufgabenbereich "Kommunalbetrieb Voerde" im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen.

Die Vorgaben gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB sind beachtet worden. Der verselbstständigte Aufgabenbereich unter maßgeblichem Einfluss "Wasserversorgung Voerde GmbH" ist im Rahmen der Equity-Bilanzierung konsolidiert worden. Die Vorschriften über die Nichteinbeziehung verselbstständigter Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 3 GO NRW wurden zutreffend angewendet. Alle nichteinbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche sind im Gesamtanhang (Anlage 3) aufgeführt worden.

Das Haushaltsjahr des Gesamtabschlusses ist das Kalenderjahr. Der Gesamtabschlussstichtag ist der 31.12.2016 (§ 116 Abs. 1 Satz 1 GO NRW). Alle in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche haben den gleichen Abschlussstichtag, nämlich den 31.12.2016.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche sind in dem von uns auftragsgemäß nicht geprüften Beteiligungsbericht (Anlage 5) dargelegt worden.

II. Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse

In den Gesamtabschluss zum 31.12.2016 wurden die Jahresabschlüsse zum 31.12.2016 der Stadt Voerde sowie des selbstständigen Aufgabenbereichs "Kommunalbetrieb Voerde" (KBV) einbezogen.

Die Stadt Voerde ist gemäß § 101 GO NRW prüfungspflichtig. Dem Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 ist von uns ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden (unser Prüfungsbericht vom 13.10.2017).

Der KBV ist gemäß § 106 GO NRW prüfungspflichtig. Dem Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2016 ist von uns ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden (unser Prüfungsbericht vom 21.07.2017).

III. Ordnungsmäßigkeit der Gesamtrechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Gesamtbuchführung und die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt werden im Service-Verfahren unter Verwendung des Programms "Konsolidierung" der Datev eG durchgeführt. Eine Softwarebescheinigung für das Programm von der IT Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, vom 22.03.2016 wurde uns vorgelegt. Aufgrund der von uns vorgenommenen Prüfungshandlungen haben wir uns davon überzeugt, dass die Geschäftsvorfälle von dem Programm ordnungsgemäß verarbeitet und die Journal-, Konten- und Belegfunktionen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bei ordnungsmäßiger Programmanwendung erfüllt werden.

Die Konsolidierungsmaßnahmen wurden in Buchungslisten erfasst und in gesonderten Konsolidierungsspalten, aufbauend auf die Summenbilanz für jeden Abschlussposten gesondert verarbeitet.

Die Werte für die Aufwands-, Ertrags- und Schuldenkonsolidierung wurden für jeden Abschlussposten gesondert erfasst, verprobt und danach als Summenwerte gebucht. Die Dokumentation der gesamtabschlusserheblichen Wertermittlung ist klar und übersichtlich aufgebaut.

Die Organisation der Gesamtrechnungslegung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und der Datenfluss ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle auch im Gesamtabschluss. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in dem Gesamtabchluss und dem Gesamtlagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Gesamtbuchführung (Konsolidierungsunterlagen) und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnung) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Gesamtabchluss

Die Stadt ist gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW verpflichtet, einen Gesamtabchluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen und diese gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW prüfen zu lassen.

Der vorliegende Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2016 wurde nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Vorgaben anderer einschlägiger Vorschriften, insbesondere der GO NRW, der GemHVO NRW und den Satzungen aufgestellt. Die Vorschriften über die Gliederung und den Ausweis der Posten der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung sind beachtet worden. Die Gesamtergebnisrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Den Handlungsempfehlungen des Modellprojektes zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (Stand September 2009) folgend, wurden folgende Sachverhalte unterschiedlich zu den Empfehlungen des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) angewendet:

- Die Ermittlung des Unterschiedsbetrages zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen Eigenkapital erfolgte auf den Zeitpunkt des fiktiven Erwerbs zum 01.01.2008 und nicht auf den Zeitpunkt der erstmaligen Erstellung des Gesamtabschlusses (DRS 8, 14).
- Die Kapitalkonsolidierung nach der Neubewertungsmethode erfolgt auf den fortgeschriebenen Wertansatz des (fiktiven) Erwerbs zum 01.01.2008 (DRS 4, 9a).

Der Gesamtabschluss (Anlagen 1 bis 3) ist aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche ordnungsgemäß abgeleitet worden. Die angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und sind daher ordnungsgemäß. Die Konsolidierungsbuchungen sind ebenso zutreffend fortgeführt worden.

Soweit in der Gesamtbilanz oder in der Gesamtergebnisrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Gesamtanhang.

In dem von der Stadt aufgestellten Gesamtanhang (Anlage 3) sind die auf die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Gesamtanhang übernommenen Angaben zur Gesamtbilanz sowie zur Gesamtergebnisrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Gesamtabschluss, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang, wurde ordnungsgemäß aus den einbezogenen Jahresabschlüssen abgeleitet. Der Gesamtabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Gesamtlagebericht

Die Prüfung des Gesamtlageberichts für das Haushaltsjahr 2016 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Gesamtlagebericht mit dem Gesamtabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass die sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt erwecken.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend im Gesamtlagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 51 Abs. 1 GemHVO NRW und § 116 Abs. 4 GO NRW vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Gesamtlagebericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und er damit den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen entspricht.

IV. Gesamtaussage des Gesamtabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamtabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass § 297 Abs. 2 HGB beachtet wurde und der Gesamtabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Gesamtabschlusses – wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang ergibt – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt ergibt (§ 297 Abs. 2 HGB i. V. m. § 116 Abs. 1 und Abs. 6 GO NRW).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage im Abschnitt D. V.

2. Wesentliche Bewertungs- und Konsolidierungsgrundlagen sowie deren Änderungen

Bei der Aufstellung des Gesamtabschlusses wurden gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 308 Abs. 1 HGB einheitlich die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Stadt Voerde zugrunde gelegt:

- Die Saldenvorträge zum 01.01.2016 entsprechen den Ansätzen in der Gesamtbilanz zum 31.12.2015, so dass der Bilanzenzusammenhang gewahrt ist (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 32 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 GemHVO NRW).
- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte nach dem Grundsatz der Fortführung der Kommunaltätigkeit (Going- Concern- Prinzip; entsprechend § 298 Abs. 1 i. V. m. § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).
- Eine von den einbezogenen Jahresabschlüssen abweichende Ausübung von Bewertungswahlrechten im Gesamtabschluss (§ 308 Abs. 1 HGB) ist nicht erfolgt.

- Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen sind in Euro aufgestellt. Eine Währungsumrechnung für den Gesamtabschluss entfällt daher.
- Die in der Gesamtbilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände, Sonderposten, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten werden einzeln bewertet (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO NRW).
- Das Realisationsprinzip bzw. das Imparitätsprinzip sowie der Grundsatz der Vorsicht werden beachtet (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO NRW).
- Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist (abnutzbares Anlagevermögen; § 49 Abs. 3 i.V.m. § 35 Abs. 1 Satz 2 GemHVO NRW), werden linear abgeschrieben.
- Die Aufwendungen und Erträge sind unabhängig vom Zeitpunkt der entsprechenden Zahlungen im Gesamtabschluss periodengerecht abgegrenzt (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 32 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 GemHVO NRW).
- Die auf den vorhergehenden Gesamtabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich beibehalten (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 32 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 GemHVO NRW); die Bilanzkontinuität ist somit gewahrt.

Die Vermögensgegenstände, Sonderposten, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie die Erträge und Aufwendungen der in den Gesamtabschluss nach § 116 Abs. 2 GO NRW einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 300 Abs. 2 HGB zum Gesamtabschluss zusammengefasst. Die Grundsätze der gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. §§ 301 ff. HGB erforderlichen Konsolidierungen werden im Folgenden beschrieben.

Die Kapitalkonsolidierung wurde als Vollkonsolidierung nach der Neubewertungsmethode (§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 HGB) durchgeführt. Dabei erfolgte die Verrechnung der Beteiligungsansätze gemäß § 50 Abs. 1

GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 2 mit dem (anteiligen) Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zu dem Zeitpunkt des (fiktiven) Erwerbs (01.01.2008). Dieses Vorgehen entspricht den Handlungsempfehlungen des Modellprojektes zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (Stand September 2009). Danach ist für die erstmalige Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt des (fiktiven) Erwerbs abzustellen, da dann grundsätzlich keine Neubewertung der verselbstständigten Aufgabenbereiche erforderlich ist und somit die in den kommunalen Eröffnungsbilanzen auf den 01.01.2008 ermittelten Beteiligungsbuchwerte beibehalten werden können.

Der sich aus der Kapitalkonsolidierung ergebende aktivische Unterschiedsbetrag zwischen dem Eigenkapital des Kommunalbetriebs Voerde und dem Beteiligungsbuchwert von T€ 686 wurde als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert und über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Schuldenkonsolidierung erfolgt gemäß der gesetzlichen Grundlage (§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 303 Abs. 1 HGB) durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereichen.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgt gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO i. V. m. § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Erträge mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Gesamtanhang (Anlage 3).

3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Bei der Prüfung haben wir keinerlei sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit Auswirkung auf die Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt im Gesamtabschluss festgestellt.

V. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage

Zur Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage haben wir die Posten der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtkapitalflussrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage der Stadt ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten - insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten - relativ begrenzt.

1. Vermögens- und Schuldengesamtlage (Gesamtbilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31.12.2016 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31.12.2015 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

a) Bilanzaufbau

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in T€ für die beiden Stichtage 31.12.2016 und 31.12.2015:

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktivseite					
<u>langfristig gebundenes Vermögen</u>					
immaterielle Vermögensgegenstände	37	0,0	46	0,0	- 9
Sachanlagen	236.770	87,0	239.603	87,7	- 2.833
Finanzanlagen	19.008	7,0	18.908	6,9	+ 100
langfristige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.136	1,5	3.708	1,4	+ 428
	<u>259.951</u>	<u>95,5</u>	<u>262.265</u>	<u>96,0</u>	<u>- 2.314</u>
<u>kurzfristig gebundenes Vermögen</u>					
Vorräte	3.253	1,2	3.232	1,2	+ 21
kurzfristige Forderungen:					
- öffentlich-rechtliche Forderungen	3.317	1,2	3.473	1,3	- 156
- privatrechtliche Forderungen	372	0,1	476	0,2	- 104
- sonstige Vermögensgegenstände	736	0,3	885	0,3	- 149
Geldmittel	3.752	1,4	2.346	0,9	+ 1.406
kurzfristige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	854	0,3	488	0,1	+ 366
	<u>12.284</u>	<u>4,5</u>	<u>10.900</u>	<u>4,0</u>	<u>+ 1.384</u>
Gesamtvermögen	<u>272.235</u>	<u>100,0</u>	<u>273.165</u>	<u>100,0</u>	<u>- 930</u>

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Passivseite					
<u>langfristiges Kapital</u>					
Eigenkapital	18.462	6,8	18.430	6,7	+ 32
Sonderposten ohne Gebührenausgleich	101.336	37,2	103.631	37,9	- 2.295
erhaltene Anzahlungen	6.374	2,3	4.795	1,8	+ 1.579
Pensionsrückstellungen	39.273	14,4	38.275	14,0	+ 998
langfristige Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	26.152	9,6	26.390	9,7	- 238
übrige langfristige Verbindlichkeiten	162	0,1	175	0,1	- 13
passive Rechnungsabgrenzungsposten	6.809	2,5	6.257	2,3	+ 552
	<u>198.568</u>	<u>72,9</u>	<u>197.953</u>	<u>72,5</u>	<u>+ 615</u>
<u>kurzfristiges Kapital</u>					
Sonderposten für den Gebührenausgleich	1.391	0,5	1.212	0,4	+ 179
kurzfristige Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.465	0,9	2.439	0,9	+ 26
Kassenkredite	58.010	21,3	57.158	20,9	+ 852
sonstige kurzfristige Schulden:					
- übrige Rückstellungen	7.547	2,8	7.166	2,6	+ 381
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.501	0,6	2.715	1,0	- 1.214
- übrige Verbindlichkeiten	2.753	1,0	4.522	1,7	- 1.769
	<u>73.667</u>	<u>27,1</u>	<u>75.212</u>	<u>27,5</u>	<u>- 1.545</u>
Gesamtkapital	<u>272.235</u>	<u>100,0</u>	<u>273.165</u>	<u>100,0</u>	<u>- 930</u>

Gesamtvermögen sowie Gesamtkapital (= Bilanzsumme) sind zum 31.12.2016 gegenüber den Vorjahresbilanzwerten um T€ 930 (= 0,3 %) gesunken.

Auf der Aktivseite entfällt der Rückgang im Wesentlichen auf das um T€ 2.314 reduzierte langfristige Vermögen. Hier sind es in erster Linie die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen, bei denen Zugängen und Zuschreibungen von T€ 4.455 Abschreibungen und Buchwertabgänge von T€ 7.297 gegenüberstanden. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen die Anlagen im Bau (T€ 2.374), die Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge (T€ 799) und das Infrastrukturvermögen (T€ 630). Im Bereich der Finanzanlagen sind weitere Zuführungen zum Versorgungsrücklagen-Fonds von T€ 192 vorgenommen worden. Dem standen planmäßige Tilgungen von Arbeitgeber- und Wohnungsbaudarlehen sowie die Fortschreibung der Beteiligung an der Wasserversorgung Voerde GmbH von insgesamt T€ 92 gegenüber. Die langfristigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten stiegen vorrangig auf Grund von weiteren Investitionszuwendungen an Dritte. Das kurzfristig gebundene Vermögen ist im Berichtsjahr um T€ 1.384 gestiegen. Verantwortlich hierfür ist im Wesentlichen der durch verminderte Investitionstätigkeit um T€ 1.406 gestiegene Geldmittelbestand. Die kurzfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sanken stichtagsbedingt um T€ 409. Unter anderem infolge höherer vorausbezahlter Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhöhten sich die kurzfristigen Rechnungsabgrenzungsposten um insgesamt T€ 366. Die übrigen Posten der Aktivseite haben sich im Vorjahresvergleich nur unwesentlich verändert.

Der Rückgang des Gesamtkapitals auf der Passivseite betrifft vor allem das kurzfristige Kapital. Hier waren es vor allem geringere Lieferantenschulden und im Vorjahr erfasste Einzahlungen aus einem damals noch nicht abgeschlossenen Umlegungsverfahren, die für den Rückgang von insgesamt T€ 2.983 im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der übrigen Verbindlichkeiten verantwortlich waren. Dem stand ein um T€ 852 gestiegener Bestand an Kassenkrediten sowie die Bildung zusätzlicher kurzfristiger Rück-

stellungen von T€ 381 gegenüber. Den Sonderposten für den Gebührenaussgleich wurden T€ 490 zugeführt und T€ 311 sind aufgelöst worden. Das dem langfristigen Bereich zugeordnete Eigenkapital stieg in Folge des erwirtschafteten Gesamtjahresfehlbetrags von T€ 1.600 bei gleichzeitiger Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens von T€ 1.632 um insgesamt T€ 32 an. Den Sonderposten ohne Gebührenaussgleich sowie den erhaltenen Anzahlungen wurden im Berichtsjahr T€ 3.087 zugeführt und T€ 3.803 wurden aufgelöst. Bei den Pensionsrückstellungen kam es zu Zuführungen von T€ 1.650, Inanspruchnahmen von T€ 149 und Auflösungen von T€ 503. Die langfristigen Kredite für Investitionen minderten sich durch Tilgung von T€ 2.312, Umschichtungen in den kurzfristigen Bereich von T€ 26 und Kreditneuaufnahmen von T€ 2.100 um insgesamt T€ 238. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten verzeichneten im Berichtsjahr Zugänge von T€ 1.282 sowie Auflösungen und Abgänge von T€ 730. Die übrigen Posten der Passivseite haben sich im Vorjahresvergleich nur unwesentlich verändert.

b) Vermögens- und Kapitaldeckungsverhältnisse

aa) Langfristige Betrachtung

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	T€	T€	T€
Eigenkapital	18.462	18.430	+ 32
Sonderposten ohne Gebührenaussgleich	101.336	103.631	- 2.295
erhaltene Anzahlungen	6.374	4.795	+ 1.579
wirtschaftliches Eigenkapital	126.172	126.856	- 684
langfristig gebundenes Vermögen	- 259.951	- 262.265	+ 2.314
Unterdeckung an wirtschaftlichem Eigenkapital - streng stichtagsbezogen - (= Übertrag)	- 133.779	- 135.409	+ 1.630

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>	Verän- derung
	T€	T€	T€
Unterdeckung an wirtschaftlichem Eigenkapital - streng stichtagsbezogen - (= Übertrag)	- 133.779	- 135.409	+ 1.630
Pensionsrückstellungen	39.273	38.275	+ 998
langfristige Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	26.152	26.390	- 238
übrige langfristige Verbindlichkeiten	162	175	- 13
passive Rechnungsabgrenzungsposten	6.809	6.257	+ 552
Unterdeckung an langfristigem Kapital - streng stichtagsbezogen -	<u>- 61.383</u>	<u>- 64.312</u>	<u>+ 2.929</u>

Am 31.12.2016 stand dem langfristig gebundenen Vermögen von insgesamt T€ 259.951 wirtschaftliches Eigenkapital (bestehend aus bilanziellem Eigenkapital zuzüglich der Sonderposten ohne die für den Gebührenaussgleich und der erhaltenen Anzahlungen) von insgesamt T€ 126.172 gegenüber. Dieses Verhältnis entspricht einer wirtschaftlichen Eigenfinanzierung des langfristigen Vermögens von 48,5 % (31.12.2015: 48,4 %).

Die Unterdeckung an wirtschaftlichem Eigenkapital zum 31.12.2016 von T€ 133.779 (31.12.2015: T€ 135.409) konnte weiterhin nicht durch das langfristige Fremdkapital ausgeglichen werden, so dass zum 31.12.2016 eine Unterdeckung an langfristigem Kapital von T€ 61.383 (31.12.2015: T€ 64.312) bestand. Die Verbesserung um T€ 2.929 ist in erster Linie auf den Rückgang des langfristig gebundenen Vermögens zurückzuführen.

Die Forderung, langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital zu finanzieren, konnte am 31.12.2016, wie schon zum 31.12.2015, überhaupt nicht erfüllt werden.

bb) Kurzfristige Betrachtung

	<u>31.12.2016</u>	31.12.2015	Verände- rung
	T€	T€	T€
Geldmittel	3.752	2.346	+ 1.406
Kassenkredite	- 58.010	- 57.158	- 852
kurzfristige Verbindlich- keiten aus Krediten für In- vestitionen	- 2.465	- 2.439	- 26
sonstige kurzfristige Schulden	- 13.192	- 15.615	+ 2.423
Unterdeckung I an liquiden Mitteln - streng stichtags- bezogen -	- 69.915	- 72.866	+ 2.951
kurzfristige Forderungen	4.425	4.834	- 409
kurzfristige aktive Rech- nungsabgrenzungsposten	854	488	+ 366
Unterdeckung II an liquiden Mitteln - streng stichtags- bezogen -	- 64.636	- 67.544	+ 2.908
Vorräte	3.253	3.232	+ 21
Unterdeckung III an liqui- den Mitteln - streng stich- tagsbezogen -	- 61.383	- 64.312	+ 2.929

Am 31.12.2016 bestand - entsprechend der langfristigen Betrachtung - eine Unterdeckung III an liquiden Mitteln von T€ 61.383 (31.12.2015: T€ 64.312). Vorrangig bedingt durch den Abbau kurzfristiger Schulden hat sich die Liquidität dritten Grades gegenüber dem 31.12.2015 um T€ 2.929 verbessert.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Vorräte zu den beiden Bilanzstichtagen im Wesentlichen noch zu vermarktende Grundstücke umfassen, deren tatsächlicher Vermarktungszeitpunkt sich nicht abschließend bestimmen lässt.

Die Stadt Voerde besaß aufgrund ihrer Verschuldungsmöglichkeiten dennoch zu jedem Zeitpunkt im Haushaltsjahr 2016 eine ausreichende Zahlungsfähigkeit.

c) Eigenkapitalausstattung

Nach Hinzurechnung der Sonderposten (ohne die für den Gebührenaussgleich) und der erhaltenen Anzahlungen zum Eigenkapital (aufgrund des eigenkapitalähnlichen Charakters) betragen an den beiden letzten Bilanzstichtagen:

Bilanzstichtag	wirtschaftliches Eigenkapital	Fremdkapital	wirtschaftliches Eigenkapital in % des Gesamtkapitals
31.12.2015	126.856	146.309	46,4
31.12.2016	126.172	146.063	46,3

Mit einer Minderung um 0,1 %-Punkte ist die Eigenkapitalausstattung im Vergleich zum Vorjahr annähernd unverändert. Minderungen des wirtschaftlichen Eigenkapitals werden durch den Abbau kurzfristiger Schulden kompensiert.

Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital drückt den Verschuldungsgrad aus. Dieser belief sich entsprechend den vorstehenden Ausführungen zum 31.12.2016 auf 1 : 1,16 und zum 31.12.2015 auf 1 : 1,15.

Die Eigenkapitalausstattung der Stadt Voerde gibt unter Berücksichtigung der einbezogenen Sonderposten und der erhaltenen Anzahlungen weiterhin noch keinen Anlass zur Beanstandung.

2. Ertragsgesamtlage (Gesamtergebnisrechnung)

Grundlage für die Beurteilung der Ertragsgesamtlage der Stadt ist eine aus der Gesamtergebnisrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der beiden Haushaltsjahre 2016 und 2015. Die Ertragsgesamtlage der Stadt entwickelte sich insgesamt wie folgt:

	2 0 1 6		2 0 1 5		Veränderung ^{*)}
	T€	%	T€	%	T€
Steuern und ähnliche Abgaben	35.374	40,1	34.757	44,6	+ 617
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.758	28,1	21.053	27,0	+ 3.705
sonstige Transfererträge	588	0,7	517	0,7	+ 71
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.599	15,4	12.915	16,6	+ 684
privatrechtliche Leistungsentgelte	1.458	1,7	877	1,1	+ 581
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.306	9,4	4.610	5,9	+ 3.696
sonstige ordentliche Erträge	3.833	4,3	3.142	4,0	+ 691
aktivierte Eigenleistungen	246	0,3	120	0,2	+ 126
Bestandsveränderungen	21	0,0	- 55	- 0,1	+ 76
ordentliche Gesamterträge	88.183	100,0	77.936	100,0	+ 10.247
Personalaufwendungen	17.458	19,8	16.217	20,8	- 1.241
Versorgungsaufwendungen	2.223	2,5	3.027	3,9	+ 804
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.028	14,8	12.260	15,7	- 768
Abschreibungen	6.553	7,4	5.904	7,6	- 649
Übertrag	39.262	44,5	37.408	48,0	- 1.854

*) + = Ergebnisverbesserung
- = Ergebnisverschlechterung

	2 0 1 6		2 0 1 5		Verände- rung ^{*)}
	T€	%	T€	%	T€
Übertrag	39.262	44,5	37.408	48,0	- 1.854
Transferaufwendungen	44.604	50,6	40.914	52,5	- 3.690
sonstige ordentliche Aufwendungen	5.301	6,0	3.711	4,8	- 1.590
ordentliche Gesamt- aufwendungen	89.167	101,1	82.033	105,3	- 7.134
ordentliches Gesamt- ergebnis	- 984	- 1,1	- 4.097	- 5,3	+ 3.113
Finanzerträge	828	0,9	818	1,0	+ 10
Erträge aus assozii- ierten Unternehmen	150	0,2	150	0,2	--
Finanzaufwendungen	1.509	1,7	1.613	2,0	+ 104
Aufwendungen aus as- soziierten Unterneh- men	85	0,1	90	0,1	+ 5
Gesamtfinanzergebnis	- 616	- 0,7	- 735	- 0,9	+ 119
Gesamtergebnis der ordentlichen Ge- schäftstätigkeit = Gesamtjahresfehlbe- trag	- 1.600	- 1,8	- 4.832	- 6,2	+ 3.232

Die Gesamtergebnisrechnung weist für das Berichtsjahr ein gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.232 verbessertes Gesamtjahresergebnis aus. Die wesentliche Ursache für die Ergebnisverbesserung liegt in den um T€ 3.705 höheren Zuwendungen und Umlagen. Das Gesamtfinanzergebnis stieg wegen geringerer Finanzaufwendungen um T€ 119 an.

Im Rahmen des ordentlichen Gesamtergebnisses nahmen die ordentlichen Gesamterträge um T€ 10.247 und die ordentlichen Gesamtaufwendungen um T€ 7.134 zu. Zu dieser Entwicklung haben im Einzelnen folgende Veränderungen wesentlich beigetragen:

*) + = Ergebnisverbesserung
- = Ergebnisverschlechterung

Die Steuern und ähnlichen Abgaben umfassen im Wesentlichen den Anteil an der Einkommensteuer (T€ 15.680), welcher sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 314 bzw. 2,0 % erhöht hat. Weiterhin nahmen die Grundsteuer B infolge der Hebesatzerhöhung um T€ 1.116 bzw. 15,9 %, der Anteil an der Umsatzsteuer um T€ 29 auf T€ 1.461 sowie der Anteil am Familienleistungsausgleich um T€ 50 auf T€ 1.570 zu. Die Gewerbesteuer verminderte sich dagegen um T€ 795 bzw. 9,2 % auf T€ 7.885. Die Vergnügungssteuer sank um T€ 109. Die Grundsteuer A und die Hundesteuer veränderten sich hingegen nur unwesentlich.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen beinhalten vor allem um T€ 3.353 höhere Schlüsselzuweisungen des Landes. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen und sonstige Zuwendungen blieben nahezu unverändert.

Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte von T€ 11.709 (Vorjahr: T€ 10.958) und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge von T€ 1.493 (Vorjahr: T€ 1.492) stellen den überwiegenden Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte dar.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte enthalten im Wesentlichen Mieten und Pachten von T€ 534 (Vorjahr: T€ 460). Die Zunahme der Erträge ist vor allem auf höhere Erträge aus Grundstücksverkäufen zurückzuführen.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen stiegen insbesondere wegen deutlich höherer Erstattungen für Asylbewerber von T€ 7.132 (Vorjahr: T€ 3.023) an.

Die sonstigen ordentlichen Erträge umfassen insbesondere Konzessionsabgaben für Strom und Gas von T€ 1.717 (Vorjahr: T€ 1.724), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen von T€ 929 (Vorjahr: T€ 186) und Zinsen aus Gewerbesteuer von T€ 219 (Vorjahr: T€ 360).

Die Personalaufwendungen werden durch insgesamt 65 Beamte und 286 tariflich Beschäftigte verursacht. Durch die Tarifanpassungen zum 01.03.2016 und höhere Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen erhöhten sich die Aufwendungen um insgesamt T€ 1.241.

Neben den Beiträgen zur Rheinischen Versorgungskasse (RVK) umfassen die um T€ 804 geringeren Versorgungsaufwendungen auch die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten vor allem Entsorgungsaufwendungen von T€ 6.992 (Vorjahr: T€ 6.352), Aufwendungen für die Unterhaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens von T€ 2.742 (Vorjahr: T€ 2.552) sowie Aufwendungen für Strom, Gas, Wasser und Abwasser von T€ 1.843 (Vorjahr: T€ 1.812).

Einzelheiten zu den Abschreibungen von insgesamt T€ 6.553 enthält der dem Gesamtanhang (Anlage 3) beigefügte Gesamtanlagenpiegel.

Die Kreisumlage von T€ 18.870 (Vorjahr: T€ 18.058), die Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie die Hilfe zur Erziehung innerhalb von Einrichtungen von T€ 15.590 (Vorjahr: T€ 13.864), die Hilfe zur Erziehung außerhalb von Einrichtungen von T€ 2.776 (Vorjahr: T€ 2.282) sowie die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von T€ 686 (T€ 647) und die Gewerbesteuerumlage von T€ 846 (Vorjahr: T€ 965) machen weiterhin den wesentlichen Teil der um T€ 3.690 höheren Transferaufwendungen aus.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen umfassen weiterhin unter anderem Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Verbandsbeiträge, Versicherungsbeiträge und sonstige personalbezogene Aufwendungen.

Die Finanzerträge weisen Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen aus. Die Erträge aus assoziierten Unternehmen erfassen die Gewinnausschüttung der Wasserversorgung Voerde GmbH.

Für die Kredite für Investitionen und zur Liquiditätssicherung waren insgesamt T€ 1.508 Zinsen zu zahlen. Diese stellen den Hauptbestandteil der Finanzaufwendungen dar. Die Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen umfassen die Fortschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der Wasserversorgung Voerde GmbH.

Insbesondere wegen der höheren Schlüsselzuweisungen vom Land nahm der Gesamtjahresfehlbetrag um T€ 3.232 auf T€ 1.600 deutlich ab.

3. Finanzgesamtlage (Gesamtkapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzgesamtlage der Stadt wird die Gesamtkapitalflussrechnung (Anlage 4 zum Gesamtanhang) auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= Geldmittel) gemäß DRS 2 herangezogen. Im Haushaltsjahr 2016 entwickelte sich die Finanzgesamtlage der Stadt im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>	Verän- derung
	T€	T€	T€
Gesamtjahresfehlbetrag	- 1.600	- 4.832	+ 3.232
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagever- mögens	+ 6.543	+ 5.904	+ 639
-/+ Auflösungen von Sonderposten ohne Gebührenaussgleich	- 3.804	- 4.511	+ 707
+/- Zuführungen/Auflösungen zu den Sonderpostens für den Gebüh- renaussgleich	+ 180	+ 56	+ 124
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstel- lungen	+ 1.379	+ 1.476	- 97
-/+ Zunahme der Vorräte, der For- derungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Akti- va ^{*)}	- 377	- 1.101	+ 724
+/- Zunahme/Abnahme der Verbind- lichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Pas- siva ^{*)}	- 810	+ 4.433	- 5.243
= Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>+ 1.511</u>	<u>+ 1.425</u>	<u>+ 86</u>
+/- Ein- /Auszahlungen aus Zuwen- dungen und Beiträgen für In- vestitionsmaßnahmen	+ 3.087	+ 2.948	+ 139
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermö- gens	+ 619	+ 560	+ 59
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und in immaterielle Vermögensge- genstände	- 4.445	- 8.212	+ 3.767
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 5	- 24	+ 19
= Mittelabfluss aus der Investi- tionstätigkeit (Übertrag)	<u>- 744</u>	<u>- 4.728</u>	<u>+ 3.984</u>

^{*)} Beträge, die weder der Investitions- noch der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>	Verän- derung
	T€	T€	T€
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	+ 2.100	+ 1.543	+ 557
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten für Investitionen	- 2.313	- 2.393	+ 80
+/- Ein-/Auszahlungen aus der Aufnahme/Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	<u>+ 852</u>	<u>+ 1.244</u>	<u>- 392</u>
= Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>+ 639</u>	<u>+ 394</u>	<u>+ 245</u>
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	<u>+ 1.406</u>	<u>- 2.909</u>	<u>+ 4.315</u>
+ Geldmittel am Jahresanfang	<u>+ 2.346</u>	<u>+ 5.255</u>	<u>- 2.909</u>
= Geldmittel am Jahresende	<u><u>+ 3.752</u></u>	<u><u>+ 2.346</u></u>	<u><u>+ 1.406</u></u>

Der Mittelzu- bzw. -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit stammt aus der auf Ertragserzielung ausgerichteten Tätigkeit der Stadt. Er gibt an, welche im Haushaltsjahr selbst erwirtschafteten Mittel zur Finanzierung von Investitionen und für die Schuldentilgung zur Verfügung stehen. Im Haushaltsjahr hat die Stadt insgesamt einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 1.511 (2015: Mittelzufluss von T€ 1.425) erwirtschaftet. Die leichte Verbesserung um T€ 86 ist unter anderem auf das um T€ 3.232 bessere Gesamtjahresergebnis zurückzuführen.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit betrug im Berichtsjahr T€ 744 (2015: T€ 4.728). Hier waren Auszahlungen für Investitionen von insgesamt T€ 4.450 (2015: T€ 8.236) bei Einzahlungen aus Zuwendungen und Beiträgen für Investitionsmaßnahmen von T€ 3.087 (2015: T€ 2.948) und Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens von insgesamt T€ 619 (2015: T€ 560) zu verzeichnen.

Im Haushaltsjahr 2016 sind die Kredite zur Liquiditätssicherung um T€ 852 (2015: T€ 1.244) angestiegen und die Investitionskredite mit T€ 2.313 (2015: T€ 2.393) getilgt worden.

Bei gleichzeitiger Aufnahme von Krediten für Investitionen von T€ 2.100 (2015: T€ 1.543) ergab sich ein Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 639 (2015: T€ 394).

Im Ergebnis nahmen die Geldmittel zum Jahresende um T€ 1.406 auf T€ 3.752 deutlich zu.

Insbesondere durch die Reduzierung des Gesamtjahresfehlbetrags und die verminderte Investitionstätigkeit konnte der Geldmittelbestand zum 31.12.2016 gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.406 verbessert werden.

E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Gesamtabschluss (Anlagen 1 bis 3) und dem Gesamtlagebericht (Anlage 4) für das Haushaltsjahr 2016 der Stadt Voerde unter dem Datum vom 27.04.2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An die Stadt Voerde

Wir haben den von der Stadt Voerde aufgestellten Gesamtabschluss - bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung sowie Gesamtanhang - und den Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegt in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Gesamtabschluss sowie über den Gesamtlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung des Gesamtabschlusses nach § 116 Abs. 6 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festle-

gung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Gesamtabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt. Der Gesamtlagebericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, seine sonstigen Angaben erwecken nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Gesamtentwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grund-



sätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Gesamtabschlusses und/oder Gesamtlageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bünde, den 27.04.2018

BPW Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Bergmann
Wirtschaftsprüfer

A n l a g e n

Gesamtabschluss und
Gesamtlagebericht
2016

der

Stadt Voerde (Niederrhein)



Aktivseite	Gesamtbilanz zum 31.12.2016				Passivseite				
	31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2015 €		31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2015 €
1. Anlagevermögen					1. Eigenkapital				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			37.092,80	46.004,31	1.1 Allgemeine Rücklage		20.061.789,27		23.262.013,91
1.2 Sachanlagen					1.2 Sonderrücklagen		0,00		0,00
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					1.3 Ausgleichsrücklage		0,00		0,00
1.2.1.1 Grünflächen	15.003.917,34			14.985.975,51	1.4 Gesamtergebnis		(-) 1.599.780,67	18.462.008,60	(-) 4.831.523,23
1.2.1.2 Ackerland	3.585.933,28			3.596.472,47	2. Sonderposten				
1.2.1.3 Wald, Forsten	760.622,73			739.322,73	2.1 für Zuwendungen		61.583.202,56		62.576.291,44
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	4.781.549,73	24.132.023,08		5.068.168,56	2.2 für Beiträge		39.710.067,82		41.054.600,31
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					2.3 für den Gebührenaussgleich		1.391.810,00		1.212.220,00
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.284.607,17			8.448.377,05	2.4 Sonstige Sonderposten		42.441,33	102.727.521,71	0,00
1.2.2.2 Schulen	55.945.613,54			56.846.071,93	3. Rückstellungen				
1.2.2.3 Wohnbauten	0,00			0,00	3.1 Pensionsrückstellungen		39.273.800,00		38.275.200,00
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsbauten	21.867.522,76	86.097.743,47		22.436.664,66	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		0,00		46.300,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen					3.3 Instandhaltungsrückstellungen		33.500,00		0,00
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	22.477.060,91			22.252.706,01	3.4 Sonstige Rückstellungen		7.513.100,00	46.820.400,00	7.120.000,00
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1,00			1,00	4. Verbindlichkeiten				
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00			0,00	4.1 Anleihen				
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	42.667.948,49			43.772.661,28	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	47.576.247,92			48.675.008,18	4.2.1 von verbundenen Unternehmen		0,00		0,00
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	578.679,81	113.299.938,13		612.291,12	4.2.2 von Beteiligungen		0,00		0,00
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden		0,00		0,00	4.2.3 von Sondervermögen		0,00		0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		134,00		134,00	4.2.4 vom öffentlichen Bereich		19.762.159,40		19.939.437,84
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		3.102.341,82		2.669.104,05	4.2.5 vom privaten Kreditmarkt		8.854.050,79	28.616.210,19	8.889.634,03
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		4.449.766,07		4.913.116,38	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung			58.009.832,66	57.157.890,46
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		5.687.792,98	236.769.739,55	4.587.369,06	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich-			206.241,48	219.442,90
					kommen				
1.3 Finanzanlagen					4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.501.790,19		2.714.397,64
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00		0,00	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		1.415.990,40		1.654.616,86
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		5.571.137,35		5.656.345,95	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten		1.293.003,08		2.822.156,59
1.3.3 Übrige Beteiligungen		12.189.564,82		12.189.564,82	4.8 Erhaltene Anzahlungen		6.373.556,59	97.416.624,59	4.795.382,95
1.3.4 Sondervermögen		0,00		0,00	5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten			6.808.944,13	6.257.076,62
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens		1.083.218,59		891.442,12					
1.3.6 Ausleihungen									
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00			0,00					
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00			0,00					
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00			0,00					
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	164.100,29	164.100,29	19.008.021,05	170.518,07					
2. Umlaufvermögen									
2.1 Vorräte									
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		3.252.827,91		3.232.439,88					
2.1.2 Geleistete Anzahlungen		0,00	3.252.827,91	0,00					
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände									
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen									
2.2.1.1 Gebühren	394.693,99			231.785,95					
2.2.1.2 Beiträge	36.029,18			152.767,78					
2.2.1.3 Steuern	1.157.101,19			1.476.126,80					
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	339.297,62			340.831,77					
2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.389.508,36	3.316.630,34		1.271.761,79					
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen									
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	316.258,03			400.634,74					
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	56.072,12			75.622,71					
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00			0,00					
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00			0,00					
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	0,00	372.330,15		0,00					
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände		736.022,04	4.424.982,53	884.580,31					
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens			0,00	0,00					
2.4 Liquide Mittel			3.752.287,24	2.346.209,94					
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			4.990.547,95	4.195.057,39					
			<u>272.235.499,03</u>	<u>273.165.138,32</u>				<u>272.235.499,03</u>	<u>273.165.138,32</u>

Gesamtergebnisrechnung
für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2016

	<u>2016</u>	<u>2015</u>
	€	€
1. Steuern und ähnliche Abgaben	35.374.181,03	34.756.864,95
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.757.737,61	21.052.735,38
3. Sonstige Transfererträge	588.171,08	517.144,18
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.598.749,73	12.915.174,85
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.458.186,69	876.975,25
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.305.666,13	4.609.557,82
7. Sonstige ordentliche Erträge	3.832.858,79	3.141.775,30
8. Aktivierte Eigenleistungen	246.395,88	120.333,58
9. Bestandsveränderungen	20.685,61	- 54.352,56
10. Ordentliche Gesamterträge	<u>88.182.632,55</u>	<u>77.936.208,75</u>
11. Personalaufwendungen	17.458.214,87	16.216.909,55
12. Versorgungsaufwendungen	2.222.824,20	3.026.603,26
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.027.508,35	12.259.669,87
14. Bilanzielle Abschreibungen	6.553.373,54	5.904.301,67
15. Transferaufwendungen	44.603.577,72	40.914.515,79
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.300.677,52	3.711.470,95
17. Ordentliche Gesamtaufwendungen	<u>89.166.176,20</u>	<u>82.033.471,09</u>
18. Ordentliches Gesamtergebnis	<u>- 983.543,65</u>	<u>- 4.097.262,34</u>
19. Finanzerträge	827.472,30	818.981,53
20. Erträge aus assoziierten Unternehmen	150.000,00	150.000,00
21. Finanzaufwendungen	1.508.500,72	1.613.033,82
22. Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	85.208,60	90.208,60
23. Gesamtfinanzergebnis	<u>- 616.237,02</u>	<u>- 734.260,89</u>
24. Gesamtergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit / Gesamtjahresergebnis	<u><u>- 1.599.780,67</u></u>	<u><u>- 4.831.523,23</u></u>

Gesamtanhang
zum
Gesamtabschluss 2016
der
Stadt Voerde (Niederrhein)



INHALT

- 1. ALLGEMEINE ANGABEN**
- 2. KONSOLIDIERUNGSKREIS**
- 3. KONSOLIDIERUNGSMETHODEN**
- 4. GRUNDSÄTZE DER GESAMTABSCHLUSSERSTELLUNG**
- 5. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**
- 6. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DES GESAMT-ABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2016**
- 7. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER GESAMT-ERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2016**
- 8. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER GESAMT-KAPTIALFLUSSRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2016**
- 9. ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN**

**Gesamtanhang
für das Haushaltsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

1. Allgemeine Angaben

Der Gesamtabchluss der Stadt Voerde wurde unter Beachtung der Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF), insbesondere den Vorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) sowie den ergänzenden Bestimmungen anderer einschlägiger Gesetze und der Haushaltssatzung aufgestellt.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) stellt ein auf die Verhältnisse und Anforderungen der Kommunen angepasstes System der kaufmännischen doppelten Buchführung dar. Bei dessen konzeptioneller Erarbeitung wurde auf die kaufmännischen Buchführungs- und Bilanzierungsregelungen als Referenzmodell Bezug genommen. In den Fällen, in denen sich die neuen kommunalrechtlichen Regelungen als lückenhaft oder nicht hinreichend konkretisiert erwiesen haben, fanden die einschlägigen handels- und steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 49 Abs. 1 GemHVO NRW besteht der kommunale Gesamtabschluss aus Gesamtergebnisrechnung, Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang.

Der Gesamtanhang gemäß § 51 Abs. 2 GemHVO NRW hat, wie auch die anderen Bestandteile des Gesamtabchlusses, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags-, und Gesamtfinanzlage der Stadt Voerde zu vermitteln und ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Wesentlichkeitsgrenzen

Bezüglich der Periodenabgrenzung von Erträgen und Aufwendungen existiert eine Wesentlichkeitsgrenze von grundsätzlich € 500,00, d.h. alle Aufwendungen und Erträge werden erst ab dieser Höhe dem Haushaltsjahr zugeordnet, in dem sie entstanden sind. Dieser Grundsatz gilt nicht bei den Steuererträgen. Die Wesentlichkeitsgrenze, zu verstehen als Bagatellgrenze, für die Bildung von sonstigen Rückstellungen (§ 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW) beträgt € 5.000,00.

2. Konsolidierungskreis

Folgende verselbstständigte Aufgabenbereiche sind in öffentlich-rechtlicher Organisationsform nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW oder in privatrechtlicher Organisationsform nach § 50 Abs. 2 GemHVO NRW in den Gesamtabchluss einzubeziehen (Vollkonsolidierung):

<u>verselbstständigter Aufgabenbereich</u>	<u>Anteil</u>
Kommunalbetrieb Voerde	100 %

Bei folgenden verselbstständigten Aufgabenbereichen verfügt die Stadt Voerde über einen maßgeblichen Einfluss. Sie werden im Gesamtabchluss gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW als Anteile an assoziierten Unternehmen abgebildet (At-Equity):

<u>verselbstständigter Aufgabenbereich</u>	<u>Anteil</u>
Wasserversorgung Voerde GmbH	50 %

Auf die Einbeziehung folgender verselbstständigter Aufgabenbereiche wurde verzichtet, da sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von untergeordneter Bedeutung sind. Sie werden entsprechend der Stufenkonzeption des Handelsgesetzbuches (HGB) mit ihren Anschaffungskosten bilanziert (At-Cost):

<u>verselbstständigter Aufgabenbereich</u>
DeltaPort GmbH & Co. KG
DeltaPort Verwaltungsgesellschaft GmbH
Wohnbau Dinslaken GmbH
DINKOMM GmbH
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
Volkshochschulzweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe

Auf die ausführlichen Erläuterungen zu den wesentlichen verselbstständigten Aufgabenbereichen im Beteiligungsbericht wird verwiesen.

3. Konsolidierungsmethoden

Vollkonsolidierung

Im Gesamtabchluss sind die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche so zusammenzufassen, dass an die Stelle der Beteiligungsbuchwerte die Vermögensgegenstände und Schulden der verselbstständigten Aufgabenbereiche treten (§ 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 HGB).

Der Ansatz der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt anhand der Erwerbsmethode. Dabei wird fiktiv unterstellt, dass das Mutterunternehmen (hier die Stadt Voerde) die Vermögensgegenstände und Schulden einzeln erworben hat (Einzelerwerbsfiktion).

Für die Bewertung wird die Neubewertungsmethode (§ 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 Abs. 1 HGB) angewendet. Dabei erfolgt die Bewertung anhand von Marktpreisen unter Aufdeckung von stillen Reserven und Lasten zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung. Anlehnend an die Empfehlung des Modellprojektes NKF-Gesamtabchluss wurde bei der Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt des (fiktiven) Erwerbs abgestellt. Dieser war bei der Stadt Voerde der 01.01.2008. Die Erstkonsolidierung erfolgt mit dem fortgeschriebenen Wertansatz auf den 01.01.2010.

Bei der Neubewertung kann eine Differenz aus Beteiligungsbuchwert und dem Neubewerteten (anteiligem) Eigenkapital des verselbstständigten Aufgabenbereiches entstehen. Soweit ein aktiver Unterschiedsbetrag entsteht, ist dieser als Geschäfts- oder Firmenwert zu aktivieren oder (offen) mit den Rücklagen zu verrechnen. Ein passiver Unterschiedsbetrag ist als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung zu passivieren.

Die Erstkonsolidierung erfolgt auf den 01.01.2010 mit den fortgeschriebenen Wertansätzen vom 01.01.2008. Der aktive Unterschiedsbetrag setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>Eigenkapital</u>	<u>Beteiligungs- buchwert</u>	<u>Differenzbetrag</u>
	€	€	€
Kommunalbetrieb Voerde	45.277.887,07	45.963.459,38	- 685.572,31

Der Differenzbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert und über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

At-Equity Bewertungsverfahren

Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die als assoziierte Unternehmen in den Gesamtabchluss einbezogen werden, sind anhand ihrer Eigenkapitalveränderungen fortzuschreiben (§ 50 Abs. 3 GemHVO NRW i.V.m. §§ 311, 312 HGB).

Die Behandlung der Differenz aus Beteiligungsbuchwert und (anteiligem) Eigenkapital des verselbstständigten Aufgabenbereiches erfolgt anhand der Buchwertmethode nach § 312 Abs. 1 HGB. Nach dieser sind der Buchwert der Beteiligung und das (anteilige) Eigenkapital bei Erstkonsolidierung zu vergleichen. Eine sich ergebende Differenz ist im Anhang anzugeben und ggf. in den Folgejahren in die Fortschreibung einzubeziehen.

Im Gesamtabchluss der Stadt Voerde ist die Beteiligung an der Wasserversorgung Voerde GmbH mit der At-Equity Methode zu bewerten. Der Unterschiedsbetrag zum 01.01.2008 beträgt:

	(anteiliges) Eigenkapital	Beteiligungs- buchwert	Differenzbetrag
	€	€	€
Wasserversorgung			
Voerde GmbH	1.775.256,84	6.281.514,72	- 4.506.257,88

Beim Vergleich von Beteiligungsbuchwert und anteiligem Eigenkapital wird auf den 01.01.2008 abgestellt, da dieses Datum den Zeitpunkt des fiktiven Erwerbs darstellt. Der sich ergebende aktive Unterschiedsbetrag von € 4.506.257,88 ist auf stille Reserven im Rohrnetz der Gesellschaft zurückzuführen. Dementsprechend wird der Unterschiedsbetrag über eine durchschnittliche Restnutzungsdauer von 30 Jahren abgeschrieben.

Anschaffungskostenmethode

Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die als Beteiligungsunternehmen nicht der Vollkonsolidierung unterliegen, nicht als assoziierte Unternehmen fortzuschreiben sind oder die auf Grund ihrer geringen Bedeutung für den Gesamtabchluss nicht einbezogen werden, sind anhand ihrer Anschaffungskosten fortzuschreiben (At-Cost Bilanzierung).

Der Höchstbetrag der Bewertung ist dabei die Summe der Anschaffungskosten. Bei vorliegender dauernder Wertminderung sind außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen. Die Bewertungsgrundlagen entsprechen in der Regel denen im Einzelabschluss.

4. Grundsätze der Gesamtabchlussstellung

Schuldenkonsolidierung

Nach § 303 Abs. 1 HGB sind Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen vollkonsolidierten verselbstständigten Aufgabenbereichen untereinander und zur Stadt Voerde zu eliminieren, sofern sie nicht gem. § 303 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung sind.

Aufrechnungsdifferenzen, die sich beispielsweise aus der Anwendung des Imparitätsprinzips im Einzelabschluss ergeben, sind ergebniswirksam zu korrigieren.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Liefer- und Leistungsbeziehungen zwischen verselbstständigten Aufgabenbereichen, die in den Gesamtabchluss einbezogen werden, stellen aus Gesamtsicht innerbetriebliche Vorgänge dar. Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge sind in der Gesamtergebnisrechnung nach § 305 Abs. 1 HGB wieder zu korrigieren, sofern sie nicht gem. § 305 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung sind.

Zwischenergebniseliminierung

Zwischengewinne aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr werden sowohl für das Anlagevermögen als auch für das Umlaufvermögen unter Berücksichtigung der Steuerabgrenzungen eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind (§ 305 Abs. 1 und 2 HGB).

5. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesamtbilanz enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Sonderposten, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Bewertung der in der Gesamtbilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände, Sonderposten, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt zum 31. Dezember 2016 vorsichtig und grundsätzlich einzeln, soweit keine, wie nachstehend erläutert, Festwerte gebildet wurden. Dabei wurden die allgemeinen Bewertungsanforderungen des § 32 GemHVO NRW erfüllt.

Eine Anpassung der Bewertungsmethoden der verselbstständigten Aufgabenbereiche auf die Bewertungsmethoden der Stadt Voerde erfolgte nicht, da die Unterschiede in den Bewertungsmethoden nur von untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage sind.

6. Erläuterungen zu den Posten des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2016

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage 1 zum Gesamtanhang beigefügten Gesamtanlagenspiegel zu entnehmen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Ansatz der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen. Für den Geschäfts- oder Firmenwert wird eine Nutzungsdauer von fünf Jahren angenommen.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Die Festlegung der Nutzungsdauern orientiert sich an der vom Innenministerium NRW bekannt gegebenen Abschreibungstabelle für Kommunen unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse. Es wurde ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode angewendet. Die geringwertigen Vermögensgegenstände im Sinne des § 33 Abs. 4 GemHVO NRW wurden im Jahr ihrer Anschaffung als Aufwand verbucht.

Für den Medienbestand der Stadtbibliothek, die Dienstkleidung und die Funkgeräte Feuerwehr, Büroausstattung, PC-Ausstattung, Einrichtungen Kindertagesstätten und Einrichtungen Schulen wurde jeweils ein Festwert gemäß § 34 Abs. 1 GemHVO NRW gebildet, da der Bestand in seiner Größe und seinem Wert nur geringen Schwankungen unterliegt, regelmäßige Ersatzbeschaffungen durchgeführt werden und der Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist. Ab dem Haushaltsjahr 2016 wurde die Festwertbildung für Spielgeräte auf Spielplätzen aufgrund einer Inventur und Neubewertung aufgegeben. Der Restbuchwert von € 438.640,31 wird über die durchschnittliche Restnutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben. Entsprechend waren Abschreibungen in Höhe von € 88.735,09 für das Haushaltsjahr 2016 zu verzeichnen. Durch die Aufgaben von drei Schulstandorten (Parkschule, Pestalozzischule, Hauptschule) muss der Festwert für Einrichtungen an Schulen angepasst werden. Hieraus resultieren für das Haushaltsjahr 2016 einmalige Abschreibungen in Höhe von € 499.824,93.

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau setzten sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt zusammen:

	€
Straßenbaumaßnahmen	1.079.545,61
Umgestaltung Rathausplatz Ost	665.367,24
Umbau Grundschule Friedrichsfeld	2.624.543,48
Sanierung Turnhalle städtisches Gymnasium	366.275,83
Bauprojekt Sportpark Friedrichsfeld	256.252,56
Umbau Erich-Kästner-Schule	223.804,75
Sonstiges	472.003,51
	<hr/> <u>5.687.792,98</u>

Finanzanlagen

Die Anteile an assoziierten Unternehmen berücksichtigen die At-Equity bilanzierten Anteile an der Wasserversorgung Voerde GmbH. Die Wertminderung des Postens ist auf Fortschreibungen i. S. d. § 312 Abs. 4 HGB zurückzuführen.

Der Ansatz der übrigen Beteiligungen, der Wertpapiere des Anlagevermögens sowie der sonstigen Ausleihungen erfolgt zu Anschaffungskosten (At-Cost). Es haben sich keine Indikatoren für Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert aufgrund dauerhafter Wertminderungen ergeben.

Die übrigen Beteiligungen berücksichtigen im Einzelnen Anteile an:

- DeltaPort GmbH & Co. KG
- DeltaPort Verwaltungsgesellschaft GmbH
- Wohnbau Dinslaken GmbH
- DINKOMM GmbH
- Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
- Volkshochschulzweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe

Der Zugang bei den Wertpapieren des Anlagevermögens resultiert aus Abfindungszahlungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag in den Versorgungsfond KVR.

Der Abgang bei den sonstigen Ausleihungen ist auf planmäßige Tilgungsleistungen der Wohnbau- und Bedienstendarlehen zurückzuführen. Die Genossenschaftsanteile an der Volksbank Rhein-Lippe eG als Bestandteil der sonstigen Ausleihungen blieben mit ihren Geschäftsguthaben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Vorräte

Der Ansatz der Vorräte erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die Vorräte beinhalten ausschließlich zur Vermarktung bestimmte Grundstücke in Spellen, Voerde und Löhnen. Im Haushaltsjahr 2016 wurden Abgänge in Höhe von € 217.531,70 (15.288 qm) berücksichtigt. Gleichzeitig wurden Zugänge in Höhe von € 17.040,73 aus dem Erwerb von Grundstücken am "Wisselmannweg" und "Holunderweg" (1.840 qm) sowie Umbuchungen aus dem Anlagevermögen in Höhe von 221.176,58 € im Rahmen des Umlegungsverfahrens (21.814 qm) erfasst.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Weitergehende Aufgliederungen der Forderungen und deren Restlaufzeiten ergeben sich aus dem als Anlage 2 zum Gesamtanhang beigefügten Gesamtforderungsspiegel. Der Ansatz der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt grundsätzlich mit dem Nennwert.

Der Ansatz von Erstattungsansprüchen nach § 107b BeamtVG erfolgte mit dem Barwert. Die Bewertung erfolgte mit einem Rechnungszins von 5,00 %.

Für voraussichtlich uneinbringliche Forderungen wurden angemessene Einzelwertberichtigungen gebildet.

Fremdwährungsforderungen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel beinhalten Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten, die grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Zusammensetzung:

	€
Pflege und Bereitstellung von Ausgleichsflächen	473.728,30
Nutzungsrecht Straßenbeleuchtungskörper	192.018,01
Investitionszuschüsse	3.470.493,97
Beamtenbesoldung Januar 2017	198.657,45
sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	655.650,22
	<u>4.990.547,95</u>

Aufgrund vertraglicher Grundlagen zur Pflege und Bereitstellung von Ausgleichsflächen hat die Stadt Voerde geleistete Zahlungen über eine Laufzeit von 25 Jahren aufwandswirksam aufzulösen.

Das Nutzungsrecht Straßenbeleuchtungskörper berücksichtigt die für eine zehnjährige Laufzeit vertraglich geleistete Zahlung zur Nutzung der im fremden Eigentum stehenden Straßenbeleuchtungskörper.

Bei den Investitionszuschüssen handelt es sich um die Förderung von U3-Maßnahmen und Zuwendungen für die Maßnahme Unterführung "Rahmstraße", die planmäßig über die Zweckbindungsdauern von fünf bis einhundertundzehn Jahren aufgelöst werden.

Eigenkapital

Die Allgemeine Rücklage entwickelte sich im Gesamtabchluss des Haushaltsjahres 2016 wie folgt:

	€
Stand 01.01.2016	23.262.013,91
Gesamtjahresergebnis 2015	- 4.831.523,23
Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage	1.631.298,59
Stand 31.12.2016	<u>20.061.789,27</u>

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes vom 13.09.2012 wurden der Allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW Erträge und Aufwendungen

aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 GO NRW in Höhe von insgesamt € 1.631.298,59 zugeführt.

Der Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Voerde beläuft sich im Haushaltsjahr 2016 auf € 1.599.780,67.

Sonderposten

Unter den Sonderposten werden Zuwendungen und Beiträge passiviert, die im Rahmen der Zweckbindung für investive Maßnahmen bewilligt bzw. gezahlt wurden und von der Stadt Voerde gemäß § 43 Abs. 5 GemHVO NRW nicht frei verwendet werden dürfen. Die hier ausgewiesenen Beträge werden über die Nutzungsdauer der durch sie mitfinanzierten Vermögensgegenstände planmäßig ertragswirksam aufgelöst. Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich beinhaltet Ausgleichsverpflichtungen gegenüber Gebührenzahlern.

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2016	Zugänge/ Umbuchungen	(Z) (U)	Auflösung und Abgänge	Stand 31.12.2016
	€	€		€	€
Sonderposten für Zuwendungen	62.576.291,44	61.321,17 1.254.640,84	(Z) (U)	2.309.050,89	61.583.202,56
Sonderposten für Beiträge	41.054.600,31	148.655,14	(Z)	1.493.187,63	39.710.067,82
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	1.212.220,00	490.150,00	(Z)	310.560,00	1.391.810,00
Sonstige Sonderposten	0,00	44.209,72	(Z)	1.768,39	42.441,33
	104.843.111,75	744.336,03 1.254.640,84	(Z) (U)	4.114.566,91	102.727.521,71

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden gemäß § 36 GemHVO NRW gebildet. Sie umfassen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen und wurden in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Pensionsrückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2016	Zuführungen	Inanspruch- nahme	Auflösung	Stand 31.12.2016
	€	€	€	€	€
Pensionsrückstel- lung	29.666.900,00	1.207.400,00	149.200,00	332.000,00	30.393.100,00
Beihilferückstel- lung	8.608.300,00	443.700,00	--	171.300,00	8.880.700,00
	<u>38.275.200,00</u>	<u>1.651.100,00</u>	<u>149.200,00</u>	<u>503.300,00</u>	<u>39.273.800,00</u>

Die Pensionsrückstellungen wurden mit Hilfe eines versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31. Dezember 2016 der Heubeck AG, Köln, im Auftrag der Rheinischen Versorgungskassen (RVK), Köln, ermittelt. Bewertet wurden hierbei Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den 76 aktiven Beamten sowie 49 Versorgungsempfängern. Die Bewertung erfolgte mit dem durch § 36 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW vorgegebenen Rechnungszins von 5,0 % auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31.12.2016 maßgeblichen Werte in Ansatz gebracht (ab dem 01.08.2016 geltende Beträge gemäß Anhang 1 bis 11 zu Artikel 29 des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes (DRModG NRW) vom 14.06.2016 bei Landesrecht NRW bzw. ab dem 01.03.2016 geltende Beträge gemäß BBV AnpG 2016/2017 vom 21.12.2016 bei Bundesrecht). Die Anpassung um 2,35 % zum 01.02.2017 gemäß BBVAnpG 2016/2017 wird nur bei der Vorausberechnung berücksichtigt. Das rechnungsmäßige Pensionierungsalter wurde für alle Beamten mit der auf volle Jahre gerundeten Regelaltersgrenze gemäß § 31 Landesbeamtengesetz NRW bzw. § 51 Bundesbeamtengesetz angesetzt. Für die Sonderzahlung nach Landesrecht NRW wurden die bis zum 31.12.2016 für Versorgungsempfänger maßgeblichen Prozentsätze unterstellt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgte auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils (Basis: Wahrscheinlichkeitstabellen 2015, veröffentlicht von der BaFin am 30.01.2017). Die Bewertung erfolgt unter Verwendung der Statistiken für Zahnbehandlung und Zahnersatz, ambulante Heilbehandlung und stationäre Heilbehandlung im Zweibettzimmer sowie ambulante und stationäre Pflege aller drei Pflegestufen jeweils für Beihilfeberechtigte. Das Erstattungsniveau wird mit 80 % der beihilfefähigen Aufwendungen angesetzt.

Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für die Beseitigungs- und Sanierungsverpflichtung für das Grundstück "Innungsweg" wurde aufgrund des Grundstücksverkaufs im Haushaltsjahr 2016 aufgelöst.

Instandhaltungsrückstellungen

Die Instandhaltungsrückstellungen betreffen witterungsbedingt unterlassene Aufwendungen für Instandhaltungen an Spielgeräten und Bäumen. Die Bewertung erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag.

Sonstige Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2016	Zuführungen	Inanspruch- nahme	Auflösung	Stand 31.12.2016
	€	€	€	€	€
Gewerbesteuer	2.204.900,00	329.800,00	1.452.000,00	0,00	1.082.700,00
Gewerbesteuer aufgrund anhängiger Rechtsbehelfs- verfahren für die Veranla- gungsjahre 2004 bis 2008	421.300,00	1.362.100,00	0,00	0,00	1.783.400,00
Altersteilzeit	32.800,00	0,00	32.800,00	0,00	0,00
Urlaub	862.000,00	813.800,00	862.000,00	0,00	813.800,00
Überstunden	606.000,00	625.200,00	606.000,00	0,00	625.200,00
Aufbewahrungsverpflichtun- gen	113.000,00	5.400,00	5.400,00	0,00	113.000,00
Jubiläumszuwendungen	42.000,00	15.650,00	7.250,00	0,00	50.400,00
Erstellung von Jahresab- schlüssen und Lageberich- ten	748.900,00	349.300,00	748.720,12	179,88	349.300,00
Prüfung von Jahresab- schlüssen und Lageberich- ten	157.800,00	69.000,00	112.862,97	137,03	113.800,00
Erstattungsverpflichtungen § 107b BeamtVG	316.300,00	0,00	0,00	63.300,00	253.000,00
Übernahmeverpflichtung VHS	305.600,00	0,00	0,00	6.200,00	299.400,00
Rückzahlungsverpflichtung Konzessionsabgabe Gas	460.000,00	8.645,73	10.045,73	228.600,00	230.000,00
ausstehende Rechnungen	404.700,00	1.174.202,95	209.040,69	2.662,26	1.367.200,00
sonstige Personalrückstel- lungen	444.700,00	36.100,00	48.900,00	0,00	431.900,00
	<u>7.120.000,00</u>	<u>4.789.198,68</u>	<u>4.095.019,51</u>	<u>301.079,17</u>	<u>7.513.100,00</u>

Der EuGH hat im Urteil vom 19.06.2015 entschieden, dass die Bemessung der Grundbesoldung bei Beamten nach Lebensalter eine Altersdiskriminierung darstellt. Die Entscheidung basiert auf einer EU-Verordnung aus dem Jahr 2000. Das Land Nordrhein-Westfalen hat erst sehr spät die Besoldungsstufen nach Alter abgeschafft und hat aufgrund verschiedener Stichtagsregelungen

dadurch ggf. Grundlagen für Nachzahlungsverpflichtungen gegenüber den Beamten geschaffen. Diese werden derzeit gerichtlich geprüft. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung in Höhe von rd. T €395 (enthalten in den sonstigen Personalmrückstellungen) bleibt bestehen, da die Anträge noch nicht abschließend entschieden sind.

Verbindlichkeiten

Der Ansatz der Verbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen.

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern besteht nicht.

Weitere Einzelheiten sind dem als Anlage 3 zum Gesamtanhang beigefügten Gesamtverbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einnahmen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2016	Zugänge	Auflösung und Abgänge	Stand 31.12.2016
	€	€	€	€
Friedhofsgebühren	3.571.383,27	409.010,47	291.285,87	3.689.107,87
Zuwendungen mit Zweckbindung	851.771,68	0,00	75.388,88	776.382,80
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.833.921,67	872.973,24	363.441,45	2.343.453,46
	<u>6.257.076,62</u>	<u>1.281.983,71</u>	<u>730.116,20</u>	<u>6.808.944,13</u>

Die vereinnahmten Zuwendungen mit Zweckbindung werden planmäßig, unter Berücksichtigung der Laufzeiten der Zweckbindungsfrist, ertragswirksam aufgelöst.

Sonstige Angaben und finanzielle Verpflichtungen

Die Stadt Voerde hat im Rahmen der Sparkassenvereinigung der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe und der Verbands-Sparkasse Wesel zur Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe am

17.12.2016 eine einzelschuldnerische und nachrangige Haftung befristet bis zum 31.12.2020 bzw. bei Option bis zum 31.12.2025 über T€5.916 übernommen.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellung wurden keine zukünftig zu erwartenden Steigerungen der Besoldung, Erhöhungen der Versorgungsbezüge sowie Kostensteigerungen bei den Beihilfen berücksichtigt. Unter Berücksichtigung dieser zukünftigen Aufwandsmehrun-gen ist abzusehen, dass die gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen werden, die bestehenden Pensions- und Beihilfeverpflichtungen abdecken zu können.

Die Stadt Voerde ist Mitglied der Rheinischen Versorgungskassen (RVK), Köln. Die hierüber versicherten Mitarbeiter der Stadt Voerde bzw. deren Hinterbliebene erhalten hieraus Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Abfindungen. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der RVK besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf die Stadt Voerde entfallenden Vermögen der RVK. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen allenfalls der RVK vor und stehen - wie allen Mitgliedern der RVK - der Stadt Voerde nicht zur Verfügung. Der Umlagesatz beträgt 4,25 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme.

Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,5 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes wird derzeit mittelfristig noch ohne Steigerungen prognostiziert. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umsätzen auszugehen.

Haftungsverhältnisse, die nach § 251 HGB anzugeben wären, bestehen nicht. Aus langfristigen wesentlichen Bezugs- bzw. Dienstleistungsverträgen für Erdgas mit der DEG Deutsche Energie GmbH von rd. T€359 jährlich bis 31.12.2018 sowie für das Einsammeln und den Transport von Abfällen mit der REMONDIS GmbH & Co. KG von rd. T€663 jährlich bis 31.12.2019 bestehen finanzielle Verpflichtungen. Darüber hinaus bestehen wesentliche Verpflichtungen aus einem Vertrag über die Einleitung von Abwässern mit der Stadt Wesel von rd. T€924 jährlich bis 30.06.2022 sowie aus der Mitgliedschaft im Lippeverband im Zusammenhang mit der übergebenen Kläranlage von rd. T€940 Verbandsbeitrag jährlich bis zu einem unbestimmten Ende.

Gem. § 135 Abs. 4 u. 5 BauGB können Beiträge zinslos gestundet werden, solange Grundstücke landwirtschaftlich oder als Wald genutzt werden und das Grundstück zur Erhaltung der Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes genutzt werden muss. Es handelt sich hier um Eventualforderungen, die im Jahresabschluss nicht bilanziert wurden. Daneben werden Kanalan-schlussbeiträge gemäß § 12 KAG i.V.m. § 222 AO individuell gestundet. Den Stundungen ging jeweils ein entsprechender Ratsbeschluss voraus.

Beitragsart	zinslos gestundeter Betrag
Erschließung	143.619,59 €
Kanal	49.049,51 €
	<u>192.669,10 €</u>

7. Erläuterungen zu den Posten der Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Steuern und ähnliche Abgaben

Zusammensetzung:

	2016	2015
	€	€
Grundsteuer A	73.244,51	62.691,08
Grundsteuer B	8.147.388,64	7.031.189,74
Gewerbesteuer	7.885.129,82	8.680.182,84
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	15.679.630,29	15.365.704,99
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.460.646,21	1.432.125,82
Vergnügungssteuer	322.222,04	431.453,81
Hundesteuer	236.553,19	233.799,55
Familienleistungsausgleich	1.569.366,33	1.519.717,12
	<u>35.374.181,03</u>	<u>34.756.864,95</u>

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zusammensetzung:

	2016	2015
	€	€
Schlüsselzuweisungen vom Land Nordrhein-Westfalen	17.104.438,00	13.751.392,00
Sonstige Zuweisungen vom Land Nordrhein-Westfalen	5.248.497,50	4.897.739,37
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen	2.280.774,99	2.181.447,09
Sonstige Zuwendungen	124.027,12	222.156,92
	<u>24.757.737,61</u>	<u>21.052.735,38</u>

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Verwaltungsgebühren	576.266,35	492.979,30
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	11.708.885,75	10.985.354,07
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	1.493.187,63	1.492.481,48
Erträge aus der Inanspruchnahme von Sonderposten für den Gebührenaussgleich (+) bzw. Zuführung zu Sonderposten für den Gebührenaussgleich (-)	- 179.590,00	- 55.640,00
	<u>13.598.749,73</u>	<u>12.915.174,85</u>

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Mieten und Pachten	533.636,28	460.099,57
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	924.550,41	416.875,68
	<u>1.458.186,69</u>	<u>876.975,25</u>

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Umlagen von der Bundesrepublik Deutschland	0,00	87.280,52
Umlagen Land Nordrhein-Westfalen	7.160.912,85	3.051.478,71
Umlagen von Gemeinden	1.121.426,81	1.426.953,65
Sonstige Zuwendungen	23.326,47	43.844,94
	<u>8.305.666,13</u>	<u>4.609.557,82</u>

Sonstige ordentliche Erträge

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Konzessionsabgaben	1.716.573,47	1.724.185,75
Zinsen aus Gewerbesteuer	218.756,00	360.105,34
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	928.942,65	185.892,61
Sonstige Transferaufwendungen	968.586,67	871.591,60
	<u>3.832.858,79</u>	<u>3.141.775,30</u>

Aktivierte Eigenleistungen

Die aktivierten Eigenleistungen enthalten den Wertausgleich der Aufwendungen, die bei der Anlagenerstellung durch die Beschäftigten angefallen sind.

Bestandsveränderungen

Der Posten beinhaltet im Wesentlichen die Veränderung der Wertansätze der Grundstücke des Umlaufvermögens vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016.

Personalaufwand

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Löhne und Gehälter:		
- Beamtenbesoldung	2.833.743,47	2.768.456,21
- Löhne und Gehälter tariflich Beschäftigte	10.033.071,42	9.908.155,00
- Veränderung der Rückstellung für Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, leistungsorientierte Besoldung und sonstige Personalaufwendungen	- 66.200,00	330.400,00
	<u>12.800.614,89</u>	<u>13.007.011,21</u>
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung:		
- Sozialversicherungsbeiträge	2.071.834,39	2.015.883,90
- Zusatzversorgungskassenbeiträge	795.772,79	792.638,20
- anteilige Pensions- und Beihilfeaufwendungen	1.789.992,80	401.376,24
	<u>4.657.599,98</u>	<u>3.209.898,34</u>
	<u><u>17.458.214,87</u></u>	<u><u>16.216.909,55</u></u>

Die Stadt Voerde beschäftigte zum Gesamtbilanzstichtag 65 Beamte und 286 tariflich Beschäftigte einschließlich der Auszubildenden.

Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen enthalten neben den im Rahmen der Beamtenversorgung zu zahlenden Umlagen an die Rheinischen Versorgungskassen (RVK), Köln, die Zuführungen und Inanspruchnahmen der Pensionsrückstellungen und Beihilfen, sofern diese nicht bereits in den Personalaufwendungen berücksichtigt worden sind.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Entsorgungsaufwendungen	6.991.879,98	6.351.937,21
Unterhaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens	2.741.846,46	2.552.107,13
Strom, Gas, Wasser und Abwasser	1.843.281,20	1.811.881,18
Sonstige Sach- und Dienstleistungen	1.450.500,71	1.543.744,35
	<u>13.027.508,35</u>	<u>12.259.669,87</u>

Bilanzielle Abschreibungen

Die Zusammensetzung der bilanziellen Abschreibungen des Haushaltsjahres 2016 ist aus dem als Anlage 1 zum Gesamtanhang beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich.

Transferaufwendungen

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Kreisumlage	18.869.711,00	18.058.524,00
Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen	7.876.721,78	7.421.907,09
Hilfen zur Erziehung innerhalb von Einrichtungen	7.713.589,96	6.442.371,10
Hilfen zur Erziehung außerhalb von Einrichtungen	2.775.531,12	2.282.348,52
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	685.701,28	647.020,16
Gewerbesteuerumlage	845.868,96	965.131,31
Offene Ganztagschule und Kindermahlzeiten	1.182.337,62	1.172.336,88
Krankenhausumlage	424.148,00	435.316,00
Zahlungen an Volkshochschulzweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe	117.469,50	125.190,50
Sonstige	4.112.498,50	3.364.370,23
	<u>44.603.577,72</u>	<u>40.914.515,79</u>

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zusammensetzung:

	<u>2 0 1 6</u>	<u>2 0 1 5</u>
	€	€
Verbandsbeiträge und ähnliches	1.006.457,47	987.411,97
Inanspruchnahme externe Dienstleistungen	1.182.364,84	577.436,91
Sonstige personalbezogene Aufwendungen	441.351,42	420.897,73
Bürobedarf und Verwaltung	483.548,66	492.066,19
Versicherungsbeiträge	504.126,26	487.781,41
Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen aus Niederschlagungen	934.736,32	199.340,16
Ersatzbeschaffungen Festwerte	85.246,99	86.167,18
Weitere sonstige ordentliche Aufwendungen	662.845,56	460.369,40
	<u>5.300.677,52</u>	<u>3.711.470,95</u>

Gesamtfinanzergebnis

Das negative Gesamtfinanzergebnis setzt sich zusammen aus Finanzerträgen von € 827.472,30, Zinsaufwendungen von € 1.508.500,72, sowie Erträgen aus assoziierten Unternehmen von € 150.000,00 und Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen von € 85.208,60. Die Finanzerträge beinhalten insbesondere die Gewinnanteile aus übrigen Beteiligungen von € 820.690,00. Hierbei handelt es sich um die Gewinnausschüttung der Wohnbau Dinslaken GmbH.

8. Erläuterungen zu den Posten der Gesamtkapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

Dem Gesamtanhang ist gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO NRW in der Anlage 4 zum Gesamtanhang die Gesamtkapitalflussrechnung beigefügt worden. Die Aufstellung der Gesamtkapitalflussrechnung orientiert sich an den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2).

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde abweichend von den Vorgaben des DRS 2 um folgende Posten erweitert:

- Auflösungen und Abgänge von Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge
- Veränderung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich
- Ein-/Auszahlungen aus Zuwendungen und Beiträgen für Investitionsmaßnahmen
- Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten für Investitionen
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten für Investitionen
- Ein-/Auszahlungen aus der Aufnahme/Rückführung von Krediten zur Liquiditätssicherung

Der Finanzmittelfonds umfasst die in der Bilanz als „2.4 Liquide Mittel“ ausgewiesenen Vermögensgegenstände.

9. Ermächtigungsübertragungen

Die gemäß § 22 Gemeindehaushaltsverordnung NRW in das Haushaltsjahr 2017 übertragenen Ermächtigungen wurden dem Rat der Stadt Voerde am 21.03.2017 (Drucksache Nr. 580 vom 02.03.2017) zur Kenntnis gebracht.

Projekt	Projektbezeichnung	Übertragung	Begründung
Investive Ermächtigungsübertragungen			
Produktbereich 11 - Innere Verwaltung			
7.100.004	Erwerb von Grundstücken	27.900,00	Grundstückskaufvertrag 2016, Kaufpreiszahlung in 2017 sowie noch anfallende Nebenkosten
7.100.049	Hard- und Softwarebeschaffungen TUIV	48.000,00	Finanzierung notwendiger Beschaffungen für einen Web-Relaunch. Laufende Maßnahmen aus 2015, Workshops wurden bereits abgehalten. Einrichtung digitalisierter Sitzungsdienst: Auftragsvergabe iPads in 2016, Lieferung 2017
7.100.078	Inventar Druckerei	2.352,63	Ersatzbeschaffung Kopierer Druckerei, Auftragsvergabe 2016, Lieferung 2017
7.100.063	Festwert Büroausstattung FD 1.2 Personal	911,00	Ersatzbeschaffung Schreibtisch, Auftragsvergabe 2016, Lieferung Januar 2017 erfolgt
7.100.222	Inventar Zentrale Dienstleistung	49.584,52	Ersatzbeschaffung Beschallungsanlage Rathaus
Produktbereich 12 - Sicherheit und Ordnung			
7.100.012	Festwert Dienstkleidung Feuerwehr	3.164,00	Auftragsvergabe Feuerwehrdienstbekleidung im Dezember 2016, Lieferung Januar 2017 erfolgt
7.100.042	Anschaffung und Ausrüstung von Löschfahrzeugen	409.500,00	Die Aufträge an die Firmen wurden am 19.12.2016 vergeben, die Lieferung erfolgt im Jahr 2017
7.100.249	Inventar Feuerwehr	15.900,00	Einrichtungsgegenstände Feuerwehrgerätehaus Friedrichsfeld: Auftragsvergabe in 2016, Lieferung im Januar 2017 erfolgt.
7.100.313	Inventar Fachbereich 5 Ordnung	1.725,89	Tablet u. Handy für Bereitschaftsdienst. Auftrag 2016, Lieferung 2017 erfolgt
7.100.360	BGA 60-410 Euro Feuerwehr	7.190,00	Einrichtungsgegenstände Feuerwehrgerätehaus Friedrichsfeld. Auftragsvergabe in 2016, Lieferung im Januar 2017 erfolgt
7.100.179	Festwert PC-Ausstattung Feuerwehr	345,00	Einrichtungsgegenstände Feuerwehrgerätehaus Friedrichsfeld. Auftragsvergabe in 2016, Lieferung im Januar 2017 erfolgt
Produktbereich 21 - Schulträgeraufgaben			
7.100.328	BGA 60-410 Euro GS Friedrichsfeld SB	4.800,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv)
7.100.332	BGA 60-410 Euro Gymnasium SB	5.000,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).
7.100.335	BGA 60-410 Euro Realschule SB	4.550,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).
7.100.344	BGA 60-410 Euro Gesamtschule SB	250,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).
7.100.346	BGA 60-410 Euro Astrid-Lindgren-Schule SB	3.000,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).
7.100.350	BGA 60-410 Euro Otto-Willmann-Schule SB	3.450,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).
7.100.351	BGA 60-410 Euro Erich-Kästner-Schule SB	4.500,00	Übertragung unverbraucher Mittel Schulbudget (investiv).

Projekt	Projektbezeichnung	Übertragung	Begründung
7.100.251	Inventar Otto-Willmann-Schule	620,31	Auftragsvergabe Schülertisch in 2016, Lieferung 2017
7.100.263	Inventar Erich Kästner-Schule	1.954,00	Auftragsvergabe Kamera Dezember 2016, Lieferung Januar 2017 erfolgt
7.100.288	Inventar Gesamtschule	2.141,11	Auftragsvergabe Gartenhaus und Whiteboards Dezember 2016, Lieferung Januar 2017 erfolgt
7.100.325	BGA 60-410 Euro Astrid-Lindgren-Schule	2.099,16	Auftragsvergabe Sitzbänke und Schuhroste im Dezember 2016, Lieferung in 2017 erfolgt
7.100.327	BGA 60-410 Euro Erich Kästner-Schule	850,88	Auftragsvergabe Liege für Ruheraum und Puppenhaus Dezember 2016, Lieferung Januar 2017 erfolgt
7.100.330	BGA 60-410 Euro Gymnasium	1.094,44	Auftragsvergabe Netzwerkteile und PCs im Dezember 2016, Lieferung in 2017.
7.100.343	BGA 60-410 Euro Gesamtschule	420,63	Unterrichtsgesetz, Auftragsvergabe 2016, Lieferung 2017
7.100.352	BGA 60-410 Euro Regenbogenschule	2.171,93	Auftragsvergabe Sitzbänke und Schuhroste, Trockengestelle, Drehstuhl sowie Langwandtafel im Dezember 2016, Lieferung 2017
	Produktbereich 36 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
7.100.032	Festwert Spielgeräte und Schilder Spiel- u. Bolzplätze	10.000,00	Finanzierung notwendiger Ersatzbeschaffungen, zur Sicherstellung des bedarfsgerechten Spielangebots auf öffentlichen Flächen gemäß Beschluss des Jugendhilfeausschusses.
	Produktbereich 42 - Sportförderung		
7.100.110	Zuwendungen an Sportvereine	18.043,79	Die Maßnahme des Reitverein Voerde gemäß Beschluss KSP vom 16.02.2016, DS Nr. 366 und des TC Blau-Weiß Spellen gemäß Beschluss KSPA vom 16.02.2016, DS Nr. 365 vom sind bisher noch nicht realisiert worden. Nach Information der Vereine werden die jeweiligen Maßnahmen in 2017 durchgeführt. Des Weiteren sind 7.759,25 € gemäß Beschluss des KSP vom 15.11.2016, 1. Ergänzung zur DS Nr. 506 als 1. Teilbetrag für die Errichtung eines Kunstrasengroßspielfeldes des TV Voerde im Haushalt der Stadt anzuspargen.
	Produktbereich 54 - Verkehrsflächen und Anlagen, ÖPNV		
7.100.038	Straßenausbau Posaunenstraße	261.132,50	Laufende Baumaßnahme, Ausbauplanung 2016 beauftragt
7.100.133	Gehwege Dinslakener Straße	228.000,00	Gemeinsame Maßnahme mit dem Kreis Wesel, der die Planung bereits beauftragt hat. Die Stadt Voerde hat sich über eine Verwaltungsvereinbarung zur anteiligen Kostentragung verpflichtet.
7.100.140	Straßenausbau Schlesierstraße	318.600,00	Laufende Baumaßnahme, Ausbauplanung 2016 beauftragt

Projekt	Projektbezeichnung	Übertragung	Begründung
7.100.181	Lebendige Innenstadt Voerde	916.027,34	Laufende Baumaßnahme, bauliche Umsetzung des Rathausplatzes. Beginn der Baumaßnahmen in 2016; 11.900 € für Maßnahmen Investiver Verfügungsfond.
7.100.209	Umgestaltung von Bushaltestellen	13.800,00	Laufende Maßnahme, Auftragsplanung in 2016 vergeben
7.100.261	Ausbau Grüner Weg, Wilhelmstr.- Eichenweg	273.273,63	Laufende Baumaßnahme, Planung und Ausbauleistung 2016 beauftragt
7.100.300	Brunnen Marktplatz Friedrichsfeld	81.582,15	Auftrag für den Brunnen ist erteilt, die dazu gehörenden Tiefbauarbeiten sind noch zu beauftragen.
7.100.319	Straßenausbau Benninghoffsweg	18.313,09	Laufende Baumaßnahme, Planung Endausbau ist beauftragt, Baubeschluss erfolgt im April 2017
7.100.372	Ausbau Straße Wilhelmstr. Süd	169.461,92	Laufende Baumaßnahme, Planung und Ausbau sind beauftragt
	Produktbereich 57 - Wirtschaft und Tourismus		
7.100.324	Ausleihungen an Beteiligungen	193.000,00	Gesellschafterdarlehen
Summe investive Ermächtigungsübertragung		3.267.709,92	

Projekt	Projektbezeichnung	Übertragung	Begründung
Konsumtive Ermächtigungsübertragungen			
	Produktbereich 21 - Schulträgeraufgaben		
1.100.21.10.10.15	Grundschule Friedrichsfeld Schulbudget	810,61	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.10.25	Erich-Kästner-Schule Schulbudget	3.854,77	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.10.45	Otto-Willmann-Schule Schulbudget	48,27	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.10.75	Astrid-Lindgren-Schule Schulbudget	4.011,22	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.35	Realschule Schulbudget	22.047,72	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.45	Gymnasium Schulbudget	8.283,31	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
1.100.21.10.55	Gesamtschule Schulbudget	1.195,61	Übertragung unverbrauchter Mittel Schulbudget (konsumtiver Anteil).
	Aufwand Festwerte und BGA 60 - 410 €	53.797,04	Abschreibungsaufwand
Summe konsumtive Ermächtigungsübertragung		94.048,55	

Im Verlaufe der Jahresabschlussprüfung wurde durch das beauftragte Wirtschaftsprüfungsunternehmen festgestellt, dass im Produktbereich 54 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – zu dem investiven Projekt 7100161 „Bahnunter-/überführung Rahmstraße“ eine zu übertragende Ermächtigung in Höhe von 730.000 € nicht erfolgte. Dieses Versäumnis wurde nachgeholt. Vereinbarungsgemäß erfolgt hierzu die Kenntnisnahme des Rates der Stadt Voerde im Rahmen der Feststellung zum Jahresabschluss 2016 der Kernverwaltung.

Voerde, den 20.02.2018

Voerde, den 21.02.2018

aufgestellt:

bestätigt:

gez. Simone Kaspar
Beigeordnete und Kämmerin

gez. Dirk Haarmann
Bürgermeister

Gesamtanlagenspiegel 2016

Anlage 1 zum Gesamtanhang

Art des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen						Buchwert	
	Stand am 31.12.2015	Zugänge im Haus-haltsjahr	Umbuchungen im Haus-haltsjahr	Abgänge im Haus-haltsjahr	Umbuchungen im Haus-haltsjahr	Stand am 31.12.2016	kumulierte Abschreibungen aus Vorjahren	Abschreibungen im Haus-haltsjahr	Abgänge im Haus-haltsjahr	Zuschreibung im Haus-haltsjahr	Umbuchungen im Haus-haltsjahr	Stand am 31.12.2016	Stand am 31.12.2016	Stand am 31.12.2015
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
		+	+	-	-			-	+					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	846.278,08	7.547,58	0,00	0,00	0,00	853.825,66	800.273,77	16.459,09	0,00	0,00	0,00	816.732,86	37.092,80	46.004,31
1.2. Sachanlagen														
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte														
1.2.1.1 Grünflächen	15.774.769,53	35.339,17	158.224,48	0,00	0,00	15.968.333,18	788.794,02	175.621,82	0,00	0,00	0,00	964.415,84	15.003.917,34	14.985.975,51
1.2.1.2 Ackerland	3.596.472,47	50.940,41	8.792,00	45.063,20	25.208,40	3.585.933,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.585.933,28	3.596.472,47
1.2.1.3 Wald, Forsten	739.322,73	21.300,00	0,00	0,00	0,00	760.622,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	760.622,73	739.322,73
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	5.078.268,56	0,00	48.403,67	298.110,50	47.012,00	4.781.549,73	10.100,00	0,00	0,00	-10.100,00	0,00	0,00	4.781.549,73	5.068.168,56
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte														
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	9.703.897,88	0,00	0,00	0,00	0,00	9.703.897,88	1.255.520,83	163.769,88	0,00	0,00	0,00	1.419.290,71	8.284.607,17	8.448.377,05
1.2.2.2 Schulen	67.585.679,58	338.224,15	2.579,33	0,00	0,00	67.926.483,06	10.739.607,65	1.241.261,87	0,00	0,00	0,00	11.980.869,52	55.945.613,54	56.846.071,93
1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	27.370.607,42	5.080,00	0,00	0,00	0,00	27.375.687,42	4.933.942,76	574.221,90	0,00	0,00	0,00	5.508.164,66	21.867.522,76	22.436.664,66
1.2.3 Infrastrukturvermögen														
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	22.252.706,01	15.462,88	220.101,00	115,98	11.093,00	22.477.060,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.477.060,91	22.252.706,01
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	58.155.456,98	320.945,49	153.499,84	15.655,97	0,00	58.614.246,34	14.382.795,70	1.576.860,40	13.358,25	0,00	0,00	15.946.297,85	42.667.948,49	43.772.661,28
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	69.680.443,66	293.829,19	544.168,18	229.030,27	0,00	70.289.410,76	21.005.435,48	1.788.016,58	80.289,22	0,00	0,00	22.713.162,84	47.576.247,92	48.675.008,18
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	757.921,63	0,00	0,00	0,00	0,00	757.921,63	145.630,51	33.611,31	0,00	0,00	0,00	179.241,82	578.679,81	612.291,12
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	134,00	0,00	0,00	0,00	0,00	134,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	134,00	134,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.899.520,89	799.211,44	0,00	192.518,75	0,00	5.506.213,58	2.230.416,84	337.228,95	163.774,03	0,00	0,00	2.403.871,76	3.102.341,82	2.669.104,05
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.879.382,73	182.971,43	0,00	6.743,28	0,00	6.055.610,88	966.266,35	646.321,74	6.743,28	0,00	0,00	1.605.844,81	4.449.766,07	4.913.116,38
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.587.369,06	2.374.055,60	0,00	0,00	1.273.631,68	5.687.792,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.687.792,98	4.587.369,06
Zwischensumme Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	296.908.232,21	4.444.907,34	1.135.768,50	787.237,95	1.356.945,08	300.344.725,02	57.258.783,91	6.553.373,54	264.164,78	-10.100,00	0,00	63.537.892,67	236.806.832,35	239.649.448,30
1.3 Finanzanlagen														
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	5.656.345,95	0,00	0,00	85.208,60	0,00	5.571.137,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.571.137,35	5.656.345,95
1.3.3 Übrige Beteiligungen	12.189.564,82	0,00	0,00	0,00	0,00	12.189.564,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.189.564,82	12.189.564,82
1.3.4 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	891.442,12	191.776,47	0,00	0,00	0,00	1.083.218,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.083.218,59	891.442,12
1.3.6 Ausleihungen														
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	170.518,07	4.678,31	0,00	11.096,09	0,00	164.100,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	164.100,29	170.518,07
Zwischensumme Finanzanlagen	18.907.870,96	196.454,78	0,00	96.304,69	0,00	19.008.021,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.008.021,05	18.907.870,96
Gesamtsumme Anlagevermögen	315.816.103,17	4.641.362,12	1.135.768,50	883.542,64	1.356.945,08	319.352.746,07	57.258.783,91	6.553.373,54	264.164,78	-10.100,00	0,00	63.537.892,67	255.814.853,40	258.557.319,26

Gesamtforderungsspiegel zum 31.12.2016

Arten der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres 2016	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres 2015
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	3.316.630,34	3.316.630,34	0,00	0,00	3.473.274,09
1.1 Gebühren	394.693,99	394.693,99	0,00	0,00	231.785,95
1.2 Beiträge	36.029,18	36.029,18	0,00	0,00	152.767,78
1.3 Steuern	1.157.101,19	1.157.101,19	0,00	0,00	1.476.126,80
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	339.297,62	339.297,62	0,00	0,00	340.831,77
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.389.508,36	1.389.508,36	0,00	0,00	1.271.761,79
2. Privatrechtliche Forderungen	372.330,15	372.330,15	0,00	0,00	476.257,45
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	316.258,03	316.258,03	0,00	0,00	400.634,74
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	56.072,12	56.072,12	0,00	0,00	75.622,71
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 gegen Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	736.022,04	621.516,04	0,00	114.506,00	884.580,31
4. Summe aller Forderungen	4.424.982,53	4.310.476,53	0,00	114.506,00	4.834.111,85

Gesamtverbindlichkeitspiegel zum 31.12.2016

Arten der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres 2016	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres 2015
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
		EUR	EUR	EUR	
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	28.616.210,19	2.464.518,97	8.307.790,45	17.843.900,77	28.829.071,87
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich					
2.4.1 vom Bund	908.733,86	211.745,86	696.988,00	0,00	1.110.678,32
2.4.2 vom Land	16.033.905,11	1.233.855,70	3.796.706,81	11.003.342,60	15.466.573,20
2.4.3 von Gemeinden (GV)	2.819.520,43	547.581,29	2.070.869,24	201.069,90	3.362.186,32
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 vom privaten Kreditmarkt					
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	8.854.050,79	471.336,12	1.743.226,40	6.639.488,27	8.889.634,03
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	58.009.832,66	32.009.832,66	26.000.000,00	0,00	57.157.890,46
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	206.241,48	43.555,29	51.239,81	111.446,38	219.442,90
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.501.790,19	1.501.790,19	0,00	0,00	2.714.397,64
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.415.990,40	1.415.990,40	0,00	0,00	1.654.616,86
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.293.003,08	1.293.003,08	0,00	0,00	2.822.156,59
8. Erhaltene Anzahlungen	6.373.556,59	3.891.535,11	2.482.021,48	0,00	4.795.382,95
9. Summe aller Verbindlichkeiten	97.416.624,59	42.620.225,70	36.841.051,74	17.955.347,15	98.192.959,27

Nachrichtlich anzugeben:

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung
von Sicherheiten:
z.B. Bürgschaften u.a.

vgl. Anhang.

**Gesamtkapitalflussrechnung
für die Zeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016**

Anlage 4 zum Gesamtanhang

Zahlungsströme		Ergebnis Haushaltsjahr	Ergebnis Vorjahr
		€	€
1.	Gesamtjahresergebnis	- 1.599.780,67	- 4.831.523,23
2.	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	6.553.373,54	5.904.301,67
3.	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	- 10.100,00	0,00
4.	- Gewinn aus der Veräußerung von Anlagevermögen	0,00	0,00
5.	+ Verlust aus dem Abgang des Anlagevermögen	0,00	0,00
6.	- Veränderung an Vorräten und geleisteten Anzahlungen auf Vorräte	200.788,55	53.707,62
7.	- Veränderung von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen	409.129,32	- 462.583,87
8.	- Veränderung Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	- 795.490,56	- 692.433,30
9.	+ Veränderung anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-191.776,47	0,00
10.	- Auflösungen und Abgänge von Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge	-3.804.006,91	- 4.510.841,41
11.	+ Veränderung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	179.590,00	55.640,00
12.	+ Veränderung an Rückstellungen	1.378.900,00	1.475.843,35
13.	+ Veränderung an Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 1.212.607,45	1.141.790,88
14.	+ Veränderung Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	551.867,51	523.303,22
15.	- Veränderung anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-149.682,80	2.767.604,55
16.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Zeilen 1-15)	1.510.204,06	1.424.809,48
17.	+/- Ein-/Auszahlungen aus Zuwendungen und Beiträgen für Investitionsmaßnahmen	3.087.000,51	2.948.084,72
18.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	619.377,86	560.178,92
19.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 4.437.359,76	- 8.211.533,04
20.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
21.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 7.547,58	0,00
22.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
23.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 4.578,31	- 24.592,95
24.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
25.	- Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
26.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
27.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
28.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Zeilen 17-27)	-743.107,28	-4.727.862,35
29.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
30.	- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
31.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten für Investitionen	2.100.000,00	1.543.100,00
32.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten für Investitionen	-2.312.861,68	- 2.392.729,08
33.	+/- Ein-/Auszahlungen aus der Aufnahme/Rückführung von Krediten zur Liquiditätssicherung	851.942,20	1.243.881,28
34.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Zeilen 29-33)	639.080,52	394.252,20
35.	= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe aus den Zeilen 16, 28 und 34)	1.406.177,30	- 2.908.800,67
36.	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Bestandes an Zahlungsmitteln und der Liquiditätsreserve	0,00	0,00
37.	+ Anfangsbestand des Finanzmittelfonds (zu Beginn der Periode)	2.346.209,94	5.255.010,61
38.	= Finanzmittelfonds (am Ende der Periode)	3.752.387,24	2.346.209,94

GESAMTLAGEBERICHT

für das Haushaltsjahr vom

01. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

der

Stadt Voerde (Niederrhein)



INHALT

1. VORBEMERKUNGEN	3
2. RAHMENBEDINGUNGEN.....	4
3. ANALYSE DER GESAMTHAUSHALTSWIRTSCHAFT	6
3.1 Gesamtvermögenslage	6
3.2 Gesamtschuldenlage	8
3.3 Gesamtertragslage	9
3.4 Gesamtfinanzlage.....	10
4. KENNZAHLEN.....	11
4.1 Kennzahlen zur Gesamtvermögenslage	12
4.2 Kennzahlen zur Gesamtfinanzlage	13
4.3 Kennzahlen zur Gesamtertragslage	15
5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG IM HAUSHALTSJAHR	15
6. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH SCHLUSS DES HAUSHALTSJAHRES	16
7. CHANCEN UND RISIKEN DES „KONZERNS“ STADT VOERDE	16
8. ANLAGEN.....	21

1. Vorbemerkungen

„Die Gemeinde führt ihre örtliche Aufgabenerfüllung im Interesse der Gesamtheit ihrer Einwohner und unter Beachtung von produktiven Faktoren sowie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit durch. Der dabei entstehende Ressourcenverbrauch und das erzielte Ressourcenaufkommen spiegeln sich im jährlich zu erreichenden Haushaltsausgleich wieder (vgl. § 75 Absatz 2 GO NRW). Die Gemeinde muss außerdem ihre finanziellen Gegebenheiten einschließlich der Finanzmittelbeschaffung unter dem Aspekt der Sicherung der Zahlungsfähigkeit sachgerecht berücksichtigen (vgl. § 75 Absatz 6, § 77 und 89 Absatz 1 GO NRW). Sie hat daher ihre gesamte Geschäftstätigkeit, die durch die Gemeindeverwaltung und die Betriebe erfolgt, durch einen jährlichen Gesamtabschluss nachzuweisen und zu belegen. Dieser Abschluss muss nicht nur das Abrechnen des gesamten Wirtschaftens im Haushaltsjahr umfassen, sondern auch eine Gesamtdarstellung des Vermögens und der Schulden beinhalten.“¹

Gemäß § 116 GO NRW hat die Gemeinde daher in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember, erstmals zum 31.12.2010, unter bestimmten Voraussetzungen einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang.

Gemäß § 49 Absatz 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Gesamtlagebericht und ein Beteiligungsbericht beizufügen. Durch den Gesamtlagebericht ist das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Voerde als „Betrieb bzw. Konzern“, also einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche zu erläutern (§ 51 Absatz 1 GemHVO NRW). Ferner ist ein Überblick über den Geschäftsverlauf zu geben, der die wichtigsten Ergebnisse des Gesamtabschlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen unter Einbeziehung einer Analyse der Haushaltswirtschaft darstellt. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Gesamtentwicklung der Stadt Voerde einzugehen.

Der hier vorgelegte Gesamtlagebericht bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2016, d.h. den Gesamtjahresabschluss zum 31.12.2016. Er bezieht neben der Stadt Voerde (Kernverwaltung) im Rahmen der Vollkonsolidierung nach § 50 GemHVO NRW als verselbstständigten Aufgabenbereich die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Voerde (KBV)“ ein. Über einen maßgeblichen Einfluss verfügt die Stadt Voerde ferner bei der „Wasserver-

¹ Neues Kommunales Finanzmanagement, 7. Handreichung, 7. Abschnitt GemHVO NRW, Seite 4053, Die Gemeinde als „Betrieb“

sorgung Voerde GmbH“. Diese wird im Gesamtabchluss gemäß § 50 Absatz 3 GemHVO i. V. m. §§ 311 und 312 HGB als Anteil an einem assoziierten Unternehmen (At-Equity) abgebildet.

Auf die Einbeziehung

- der DeltaPort GmbH & Co. KG,
- der DeltaPort Verwaltungsgesellschaft GmbH,
- der Wohnbau Dinslaken GmbH,
- der DINKOMM GmbH,
- der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH,
- des Volkshochschulzweckverbands Dinslaken-Voerde-Hünxe

wurde verzichtet, da sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von untergeordneter Bedeutung sind. Sie werden mit ihren Anschaffungskosten (At-Cost) bilanziert. In diesem Zusammenhang wird auf den Gesamtanhang sowie den Beteiligungsbericht 2016 (Drucksache Nr. 654 vom 28.09.2017, Kenntnisnahme des Rates der Stadt Voerde am 17.10.2017) verwiesen.

2. Rahmenbedingungen

Die Stadt Voerde liegt am rechten Niederrhein im Süden des Kreises Wesel und grenzt im Norden an die Stadt Wesel, im Süden an die Stadt Dinslaken und im Osten an die Gemeinde Hünxe. Die westliche Stadtgrenze beschreibt der Verlauf des Rheins.

Zum 31.12.2016 betrug die Einwohnerzahl mit Hauptwohnsitz 36.435 und lag somit um 465 Einwohner niedriger als zum 31.12.2015 (36.900).

Das Gebiet der Stadt Voerde erstreckt sich über eine Fläche von 53,5 km². Die ländlich strukturierte Stadt Voerde besteht aus 11 Stadtteilen.

Die Stadt Voerde verfügt über eine ausreichende kommunale Infrastruktur. Das betrifft sowohl den Bereich der Betreuung, Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen als auch die Ausstattung mit mehreren Jugendzentren, Bibliotheken, Sporteinrichtungen und

Vereinsheimen, Feuerwehrgerätehäusern sowie eine ausreichende Zahl an Asylbewerber- und Obdachlosenunterkünften.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Frischwasser im gesamten Stadtgebiet erfolgt bis auf wenige Eigenversorger durch die Wasserversorgung Voerde GmbH. Die Entwässerung und Abwasserbeseitigung wird in der Stadt Voerde durch den Kommunalbetrieb Voerde sichergestellt und ausgeführt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Strom erfolgt durch das Stromnetz der RWE Deutschland AG, die Versorgung mit Gas durch das Gasnetz der Niederrheinischen Gas- und Wasserwerke GmbH. Mit den Versorgungsunternehmen bestehen für die Leitungsrechte Wasser-, Strom- und Gaskonzessionsverträge.

Neben den Gemeindestraßen verlaufen auf dem Stadtgebiet der Stadt Voerde Kreis- und Landesstraßen sowie die Bundesstraße 8.

3. Analyse der Gesamthaushaltswirtschaft

3.1 Gesamtvermögenslage

Zur Darstellung der Gesamtvermögenslage dient die Aktivseite der Bilanz.

Bezeichnung	31.12.2016		31.12.2015	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	37	0,0	46	0,0
Sachanlagen	236.769	87,0	239.603	87,7
Finanzanlagen	19.008	7,0	18.908	6,9
Umlaufvermögen				
Vorräte	3.253	1,2	3.232	1,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.425	1,6	4.834	1,8
Liquide Mittel	3.752	1,4	2.347	0,9
Rechnungsabgrenzungsposten	4.991	1,8	4.195	1,5
Bilanzsumme	272.235	100,00	273.165	100,00

Das Gesamtvermögen zum 31.12.2016 ist gegenüber dem 31.12.2015 um T€ 930 gesunken.

Der Rückgang betrifft insbesondere das Anlagevermögen (- T€2.743). Hier waren es insbesondere die Sachanlagen, die mit einem Rückgang von – T€2.834 zu einer Minderung geführt haben. Insbesondere durch einen gestiegenen Bestand an liquiden Mitteln stieg das Umlaufvermögen um T€1.017 an. Der Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite der Bilanz (aktive Rechnungsabgrenzung) erfährt eine Erhöhung von T€ 796, stellt aber nur einen bilanztechnischen Posten und keinen Vermögensgegenstand dar. Er entsteht immer dann, wenn ein Aufwand des neuen Haushaltsjahres bereits im alten Jahr eine Auszahlung auslöst (z.B. Mietzahlung im Dezember 2016 für den Monat Januar 2017).

Die Vermögenslage des „Konzerns“ Stadt Voerde wird wesentlich vom Sachanlagevermögen bestimmt, welches zum 31.12.2016 immerhin 87,0 % des Gesamtvermögens ausmacht.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen unterliegen, mit Ausnahme des Grund und Bodens und der Kunstgegenstände einem planmäßigen Werteverzehr, welcher die Vermögenswerte, orientiert an ihrer Gesamtnutzungsdauer, stetig mindert (Abschreibungen). Hierbei ist grundsätzlich festzustellen, dass insbesondere die Vermögenswerte des Sachanlagevermögens nur erhalten werden können, wenn die jährlichen Investitionen mindestens die Höhe der Abschreibungen und Abgänge erreichen.

Im Haushaltsjahr 2016 nehmen die Werte der Sachanlagen um T€ 2.834 ab; die bilanziellen Abschreibungen, also der Werteverzehr im Berichtsjahr, beträgt T€ 6.553.

Die Vorräte nahmen im Berichtsjahr um T€ 21 zu. Unter dieser Bilanzposition werden im Wesentlichen zum Verkauf anstehende Grundstücke bilanziert.

Die Gesamtsumme der Forderungen ist im Berichtsjahr um T€ 409 gesunken.

Die Veränderung der liquiden Mittel ist im Rahmen der Gesamtfinanzlage zu betrachten.

3.2 Gesamtschuldenlage

Zur Darstellung der Gesamtschuldenlage dient die Passivseite der Bilanz.

Bezeichnung	31.12.2016		31.12.2015	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	20.062	7,4	23.262	8,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 1.600	-0,6	- 4.832	-1,8
Sonderposten				
für Zuwendungen	61.583	22,6	62.576	22,9
für Beiträge	39.710	14,6	41.055	15,0
für den Gebührenaussgleich	1.392	0,5	1.212	0,4
Sonstige Sonderposten	42	0,0	0	0,0
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	39.273	14,4	38.275	14,0
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	34	0,0	46	0,0
Sonstige Rückstellungen	7.513	2,8	7.120	2,6
Verbindlichkeiten				
aus Krediten für Investitionen	28.616	10,5	28.829	10,6
aus Krediten zur Liquiditätssicherung	58.010	21,3	57.158	20,9
die Kreditaufnahmen gleichkommen	206	0,1	219	0,1
aus Lieferungen und Leistungen	1.502	0,6	2.714	1,0
aus Transferleistungen	1.416	0,5	1.655	0,6
sonstige Verbindlichkeiten	1.293	0,5	2.823	1,1
erhaltene Anzahlungen	6.374	2,3	4.796	1,8
Rechnungsabgrenzungsposten	6.809	2,5	6.257	2,3
Bilanzsumme	272.235	100,00	273.165	100,00

Die Passivseite der Bilanz stellt die Finanzierung des Vermögens der Aktivseite dar.

Die Sonderposten können wirtschaftlich dem Eigenkapital zugeordnet werden, da diese ertragswirksam über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände, die zum Teil durch diese Sonderposten finanziert wurden, aufgelöst werden.

Demnach verfügt der „Konzern“ Stadt Voerde zum 31.12.2016 noch über eine gute wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung von 44,5% (31.12.2015: 45,0%).

Der Rückgang des Eigenkapitals im Bereich der Allgemeinen Rücklage ist im Wesentlichen auf den erwirtschafteten Gesamtjahresfehlbetrag 2015 zurückzuführen.

Den langfristigen Krediten für Investitionen (T€ 28.616) steht ausreichendes langfristiges Anlagevermögen (T€ 236.769) auf der Aktivseite der Bilanz gegenüber. Im Berichtsjahr 2016 kam es zu Kreditneuaufnahmen von T€ 2.100.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind zum 31.12.2016 gegenüber dem 31.12.2015 mit einer Veränderung von – T€ 12 insgesamt annähernd unverändert.

Der Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite der Bilanz (passiver Rechnungsabgrenzungsposten), welcher sich im Jahresverlauf um T€ 552 mehrte, stellt einen bilanztechnischen Posten und keine Schuldenposition im eigentlichen Sinne dar. Er entsteht immer dann, wenn ein Ertrag des neuen Haushaltsjahres bereits im alten Jahr eine Einzahlung bewirkt (z.B. Mieteinzahlung an die Stadt Voerde im Dezember 2016 für den Monat Januar 2017).

3.3 Gesamtertragslage

Den ordentlichen Gesamterträgen von T€ 88.183 standen im Berichtsjahr 2016 ordentliche Gesamtaufwendungen von T€ 89.167 gegenüber. Zusammen mit dem negativen Gesamtfinanzergebnis von T€ 616 ergab sich so ein Gesamtjahresfehlbetrag von T€ 1.600. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf höhere Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Weitergehende Angaben sind der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang zu entnehmen.

3.4 Gesamtfinanzlage

Die folgende Betrachtung der Gesamtfinanzlage basiert auf der als Anlage zum Gesamtanhang beigefügten Gesamtkapitalflussrechnung für das Haushaltsjahr 2016. Hierauf beziehen sich auch die in Klammern gesetzten Zeilenangaben.

Für das Jahr 2016 weist die Gesamtkapitalflussrechnung folgende Ist-Beträge aus:

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Zeile 16):	1.509
Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Zeile 28):	-743
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Zeile 34):	639
Veränderung des Finanzmittelfonds (Zeile 35):	<hr/> 1.405
Anfangsbestand des Finanzmittelfonds -liquide Mittel- (Zeile 37):	2.347
Finanzmittelfonds -liquide Mittel- (Zeile 38):	<hr/> 3.752

Die liquiden Mittel des „Konzerns“ Stadt Voerde haben sich im Haushaltsjahr 2016 um T€ 1.405 auf T€ 3.752 erhöht. Der Saldo aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist mit T€ 1.509 positiv. Der Saldo aus Investitionstätigkeit fällt im Haushaltsjahr 2016 mit - T€ 743 negativ aus. Der positive Saldo aus Finanzierungstätigkeit trug mit 639 weiter zum positiven Gesamtcashflow bei.

Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs mussten im Berichtsjahr neue Kassenkredite aufgenommen werden. Aus der Aufnahme und Rückführung von Krediten zur Liquiditätssicherung ergibt sich ein Saldo von T€ 852.

4. Kennzahlen

Das Innenministerium NRW hat in gemeinsamer Arbeit mit den Aufsichtsbehörden, der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfungsämter ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet (Runderlass des Innenministeriums vom 01.10.2008). Darin sind für die Prüfung wichtige Kennzahlen, die von den Aufsichtsbehörden bei der Beurteilung der kommunalen Haushalte eingesetzt werden sollen, zusammengefasst worden. Für den Gesamtabschluss werden die Kennzahlen analog des städtischen Einzelabschlusses ermittelt und mit diesen verglichen. Gesonderte Kennzahlen für den NKF-Gesamtabschluss existieren nicht. Derartige Kennzahlen können dazu beitragen, Daten und Informationen zu verdichten und damit die Beurteilung der Vermögens- und Schuldenlage zu erleichtern. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Kennzahlen zunächst nur eine Momentaufnahme darstellen. Tiefergehende, wertende Aussagen werden im Wesentlichen erst bei Vergleichen mit anderen kommunalen Gesamtabschlüssen oder Zeitreihenvergleichen möglich. Zudem liefert regelmäßig nur die vollständige Anwendung des Kennzahlensets verlässliche Schlüsse zur haushaltswirtschaftlichen Situation des Konzerns. Eine isolierte Betrachtung einzelner Kennzahlen birgt die Gefahr von Fehlinterpretationen. Referenzwerte in Form von Durchschnitts-, Minimal- und Maximal- sowie Zielwerten wurden für Gesamtabschlüsse bislang seitens des Ministeriums oder der GPA NRW nicht veröffentlicht.

Vor diesem Hintergrund sind auch in diesem Gesamtlagebericht einige Kennzahlen in Anlehnung an das Kennzahlenset NRW auf der Basis der Abschlusswerte des Jahres 2016 gebildet worden und werden als Kennzahlen des „Konzerns“ mit dem städtischen Einzelabschluss zum selben Stichtag verglichen.

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Kennzahl	Definition	Konzern 31.12.2016	Einzelabschluss Stadt 31.12.2016	Differenz in Prozentpunkten
Aufwandsdeckungsgrad	ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen x 100	98,9%	97,3%	+ 1,6%
Eigenkapitalquote 1	(Eigenkapital - nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag) / Bilanzsumme x 100	6,8%	9,3%	- 2,5%
Eigenkapitalquote 2	(Eigenkapital - nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	44,0%	29,5%	+ 14,5%
Fehlbetragsquote	negatives Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage VJ + Allgemeine Rücklage VJ) x -100	6,9%	4,7%	+ 2,2%

Der **Aufwandsdeckungsgrad** gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Gesamtaufwendungen durch ordentliche Gesamterträge gedeckt werden. Bei einem Aufwandsdeckungsgrad von 98,9 % sind 1,1 % der Gesamtaufwendungen nicht durch laufende Erträge des Konzerns gedeckt. **Die Eigenkapitalquote 1** misst den Anteil des Gesamteigenkapitals am Gesamtkapital (Gesamtbilanzsumme). Für die Ermittlung der **Eigenkapitalquote 2** werden neben dem Gesamteigenkapital zusätzlich die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge als „wirtschaftliches Eigenkapital“ ins Verhältnis zum Gesamtkapital gesetzt. Die **Fehlbetragsquote** gibt an, inwieweit das Gesamteigenkapital durch den Gesamtfehlbetrag beansprucht wird. Sie liegt im Gesamtabschluss bei rund 6,9 %.

4.1 Kennzahlen zur Gesamtvermögenslage

Kennzahl	Definition	Konzern 31.12.2016	Einzelabschluss Stadt 31.12.2016	Differenz in Prozentpunkten
Infrastrukturquote	Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme x 100	41,6%	34,5%	+ 7,1%
Abschreibungsintensität	bilanzielle Abschreibung auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen x 100	7,3%	3,3%	+ 4,0%
Drittfinanzierungsquote	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100	60,6%	58,3%	+ 2,3%
Investitionsquote	Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibung auf das Anlagevermögen) x 100	64,7%	56,6%	+ 8,1%

Ein Anteil von 41,6% (**Infrastrukturquote**) des Gesamtkapitals entfällt auf das Infrastrukturvermögen (im Gesamtabschluss im Wesentlichen die Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie das Straßennetz mit dem dazugehörigen Grund und Boden). Der Anteil

der bilanziellen Abschreibungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen wird als **Abschreibungsintensität** bezeichnet und beträgt 7,3 %. Dieser Anteil veranschaulicht, in welchem Umfang der Konzern durch die Abnutzung des Gesamtanlagevermögens belastet wird. Die **Drittfinanzierungsquote** zeigt an, in welchem Ausmaß Dritte an der Finanzierung des abnutzbaren Vermögens beteiligt sind. Die Auflösung von Sonderposten trägt zu 60,6% zur Deckung der Abschreibungen bei. Die **Investitionsquote** gibt an, in welchem Umfang die Kommune neu investiert, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen entgegen zu wirken. Eine Investitionsquote unter 100% führt dauerhaft zum Substanzverlust des Anlagevermögens. Eine Investitionsquote von 100% kann darauf hindeuten, dass die getätigten Investitionen geeignet sind, den bisherigen Status Quo des Anlagevermögens zu bewahren. Ein Kennzahlenwert unter 100% ist aber dann unproblematisch und sogar geboten, wenn die Kommune zukünftig für ihre Aufgabenerfüllung in der Gesamtbeurteilung weniger Anlagevermögen benötigt (z. B. aus demografiebedingten Änderungen).

4.2 Kennzahlen zur Gesamtfinanzlage

Kennzahl	Definition	Konzern 31.12.2016	Einzelabschluss Stadt 31.12.2016	Differenz in Prozentpunkten
Anlagendeckungsgrad 2	(Eigenkapital - nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	83,6%	64,6%	+ 19,0%
Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren)	Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (KFR)	91,1	- 103,4	+194,5
Liquidität 2. Grades	(liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten x 100	18,9%	28,6%	- 9,7%
kurzfristige Verbindlichkeitsquote	kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme x 100	15,7%	19,8%	- 4,1%
Zinslastquote	Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen x 100	1,7%	1,9%	- 0,2%

Die Kennzahl zum **Anlagendeckungsgrad 2** zeigt, in welchem Umfang das Gesamtanlagevermögen durch das langfristig zur Verfügung stehende Kapital gedeckt ist. Als langfristig zur Verfügung stehendes Kapital werden neben dem Gesamteigenkapital und den Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge auch Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren einschließlich Pensionsrückstellungen berücksichtigt. Im Umkehrschluss bedeutet der Anlagendeckungsgrad 2 in Höhe von 83,6%, dass 16,4% des Gesamtanlagevermögens durch kurzfristige Verbindlichkeiten bis zu fünf Jahren gedeckt sind.

Der **Dynamische Verschuldungsgrad** gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Für positive Werte gilt: Je näher der Wert an der „Nulllinie“ ist, desto besser. Ein Wert von 10 bedeutet, dass es 10 Jahre dauert bis die Gemeinde bei gleich bleibendem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit die bestehenden Schulden abgebaut hat. Für negative Werte gilt: Je näher der Wert an der „Nulllinie“ ist, desto schlechter. Ein Wert von 91,1 bedeutet, dass es 91,1 Jahre dauert, bis die Gemeinde bei gleich bleibendem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit die bestehenden Schulden abgebaut hat.

Die **Liquidität 2. Grades** zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Sie ist ein Maß dafür, ob die Kommune in der Lage ist, die kurzfristigen Verbindlichkeiten fristgerecht zu decken. Sie sollte bei mindestens 100% liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Eine Liquidität 2. Grades von 18,9 % weist darauf hin, dass 81,1 % der kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht durch kurzfristig zur Verfügung stehendes Vermögen gedeckt ist und kann zu einem Liquiditätsengpass führen, der die Kommune in der Folge zur Aufnahme von Liquiditätskrediten zwingt.

Die **kurzfristige Verbindlichkeitsquote**, die die Belastung der Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital abbildet, beträgt 15,7% und liegt damit etwas niedriger als die kurzfristige Verbindlichkeitsquote des städtischen Einzelabschlusses (19,8%).

Die **Zinslastquote** stellt den Anteil der Finanzaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen dar. Sie liegt im Rahmen des Gesamtabschlusses bei rund 1,7%.

4.3 Kennzahlen zur Gesamtertragslage

Kennzahl	Definition	Konzern 31.12.2016	Einzelabschluss Stadt 31.12.2016	Differenz in Prozentpunkten
Zuwendungsquote	Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge x 100	28,1%	30,2%	- 2,1%
Personalintensität	Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen x 100	19,6%	15,1%	+ 4,5%
Sach- und Dienstleistungsintensität	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen x 100	14,6%	5,2%	+ 9,4%
Transferaufwandsquote	Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen x 100	50,0%	60,6%	- 10,6%

Die **Zuwendungsquote** des Konzerns wird aus dem Verhältnis der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen zu den ordentlichen Gesamterträgen ermittelt. Sie beträgt 28,1% und verdeutlicht die Abhängigkeit von Leistungen Dritter in Form von Zuwendungen und allgemeinen Umlagen. Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen aus. Sie liegt mit rund 19,6% etwas über der Quote des städtischen Einzelabschlusses (15,1%). Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** stellt den Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an den Gesamtaufwendungen dar. Mit einem Anteil von rund 14,6% liegt dieser erheblich höher als beim städtischen Einzelabschluss (5,2 %). Zur Veranschaulichung des Anteils der Transferaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen wird die **Transferaufwandsquote** berechnet. Sie liegt mit 50,0% deutlich unter der Transferaufwandsquote des städtischen Einzelabschlusses (60,6%).

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Haushaltsjahr
--

Vorgänge von besonderer Bedeutung liegen im Haushaltsjahr 2016 nicht vor.

Es bestehen keine anhängigen Gerichtsverfahren mit risikobehaftetem Ausgang.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Die nach wie vor anhaltende rückläufige Entwicklung der Gewerbesteuererträge und deren Manifestierung auf einem absehbar niedrigen Niveau sowie die zwischenzeitlich umgesetzte Stilllegung des Voerder Kohlekraftwerkes machen eine deutliche Anpassung der Ertragserwartung im Gewerbesteuerbereich erforderlich. Gepaart mit jährlich steigenden Transferaufwendungen insbesondere in den Bereichen Hilfen zur Erziehung und den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (ab 2015) sowie der Kreisumlage nimmt die Entwicklung erheblichen Einfluss auf die Darstellung eines Haushaltsausgleiches bei gleichzeitig erforderlicher Vermeidung einer kommunalen Überschuldung im gesetzlich vorgegebenen Zeitraum.

7. Chancen und Risiken des „Konzerns“ Stadt Voerde

Gemäß § 51 Absatz 1 GemHVO NRW ist im Rahmen des Gesamtlageberichtes auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung des „Konzerns“ Stadt Voerde einzugehen.

Im „Konzern“ Stadt Voerde besteht eine absolute Abhängigkeit zwischen dem Bereich der sogenannten „Kernverwaltung“ und der im Wege der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss mit einzubeziehende eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kommunalbetrieb Voerde (KBV)“.

Die Beschlussfassung zur Gründung des KBV (12.12.2006) verfolgte das Ziel, mittel- bis langfristig sowohl den Wirtschafts- als auch den NKF-Haushaltsplan mit einem positiven Jahresergebnis abschließen zu können. Wegen der größeren Flexibilität eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen aufgrund der Regelungen der Eigenbetriebsverordnung (z.B. keine Bindung an haushaltsrechtliche Ausgleichsregelungen, keine Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde, keine Einschränkung des Kreditrahmens) ging man zum damaligen Zeitpunkt von möglicherweise erheblichen Einsparpotenzialen aus. Da sich diese nicht im erwarteten Umfang realisieren ließen und der Kreis Wesel als untere staatliche Aufsichtsbehörde sehr schnell von der Stadt Voerde forderte, den Haushalt des KBV ausgeglichen zu planen, beschloss der Rat der Stadt Voerde am 22.09.2015 die Auflösung des Kommunalbetriebes Voerde und seine Rückführung in die Kernverwaltung der Stadt Voerde zum 01.01.2017.

Die ganzheitliche Prüfung und Beurteilung der Haushaltslage der Stadt Voerde (Kernverwaltung und Kommunalbetrieb als Gesamtverwaltung) durch die Aufsichtsbehörde macht die

vorgenannte Abhängigkeit der beiden Konzernteile unmittelbar deutlich. Der KBV ist im Rahmen der Aufstellung seiner Wirtschaftspläne ergebnisneutral zu planen und darzustellen. Dies gelingt derzeit nur über einen entsprechenden Finanzmittelausgleich im Rahmen eines Betriebskostenzuschusses seitens der Kernverwaltung an den KBV in entsprechender Höhe, der in der Ergebnisrechnung des städtischen Jahresabschlusses unter den Transferaufwendungen abgebildet wird.

Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Voerde sind insbesondere geprägt von

- der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
- der Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt (und dem damit einhergehenden Zinsrisiko),
- zukünftigen Besoldungs- und Tarifentwicklungen,
- den Entwicklungen bei den Umlageverbänden (Kreis und Landschaftsverband), die den städtischen Haushalt ggf. über höhere Umlagezahlungen belasten,
- der mit entsprechenden Präventionsmaßnahmen korrespondierenden Entwicklung insbesondere bei den Hilfen zur Erziehung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen,
- den Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Migranten und
- der Übertragung von zusätzlichen Aufgaben von Bund oder Land auf die Kommunen ohne adäquate Kostenübernahme (ebenso bei Ausweitung von Altaufgaben).

Hier sind z. B. im Bereich der zum 01.07.2017 in Kraft getretenen Ausweitung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und den Auswirkungen der letztendlichen Kostenübernahmeregelungen (30% der Gesamtausgaben verbleiben bei den Kommunen und Übergang der Aufgabe des Rückgriffes auf Unterhaltspflichtige auf eine Landesbehörde ab 01.07.2019) noch nicht abschließend bezifferbare Verbesserungspotenziale für die Kommunen zu erwarten. Eine Chance wird ebenso in einer möglichen Weiterentwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes insofern gesehen, als hier durch den Gesetzgeber die Möglichkeit besteht, den vorgenannten Risikoaspekten wirksam begegnen zu können und die Kommunalfinanzierung der kreisangehörigen Kommunen auf stabilere und planbarere Beine zu stellen.

Während die in 2016 geltende Regelung zur Kostenerstattung im Aufgabenfeld des Asylbewerberleistungsgesetzes die entstandenen Aufwendungen ausgeglichen hat, besteht andererseits aufgrund der für 2017 geltenden Regelung der Kostenerstattung für geduldete Asyl-

bewerber (befristet für maximal drei Monate nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht) das nicht unerhebliche Risiko der Unterdeckung der entstandenen Aufwendungen.

Zur Abfederung möglicher Risiken für die Haushalte der Folgejahre wird die auf Bundesebene beschlossene Entlastung unmittelbar über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und mittelbar über die höhere Kostenbeteiligung an den Kosten der Unterkunft über den Kreishaushalt und die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer beitragen.

Gleiches gilt für landesseitig befristet für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 angekündigte zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 500 Mio. € zur Behebung der Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen. Ein Gesamtkonzept zur Reform des Kinderbildungsgesetzes und der Kinderbetreuung bleibt jedoch weiterhin erforderlich.

Die Planung und Ausführung der Haushalte 2008 bis 2016 (nachfolgend auf den Einzelabschluss der Stadt bezogen) sowie deren Auswirkungen auf das Eigenkapital stellen sich mit Blick auf die Ergebnispläne / Ergebnisrechnungen folgendermaßen dar:

Haushaltsjahr	gemäß Planung einschl. der Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr + Jahresüberschuss - Jahresfehlbedarf €	gemäß Abschluss + Jahresüberschuss - Jahresfehlbetrag €	Eigenkapital zum 31.12. €
2008	- 2.332.088	+ 4.084.540,77	59.513.410,47
2009	- 3.523.852	- 2.414.317,58	57.049.892,89 ¹⁾
2010	-11.697.614	- 4.645.487,86	52.404.405,03
2011	- 9.005.896	- 7.601.451,19	44.802.953,84
2012	-10.497.673	- 7.336.474,49	37.419.479,35 ²⁾
2013	- 7.014.126	- 5.662.216,73	31.867.060,46 ³⁾
2014	- 6.939.471	- 8.117.195,51	23.861.625,39 ⁴⁾
2015	- 7.612.531	- 5.967.560,73	18.425.952,70 ⁵⁾
2016	- 3.027.719	- 1.135.428,40	18.921.822,89 ⁶⁾
Summen	- 61.650.970	- 38.795.591,72	

¹⁾ einschließlich Korrekturbetrag aus 2008 in Höhe von - 49.200 € (Wertanpassung Rückstellung VHS Fehlbetrag)

²⁾ einschließlich Korrekturbetrag aus 2011 in Höhe von - 47.000 € (Wertanpassung Rückstellung VHS gem. Korrektur Rheinische Versorgungskasse)

³⁾ unter Berücksichtigung eines Saldos von + 109.797,84 € aus der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO

⁴⁾ unter Berücksichtigung eines Saldos von + 111.760,44 € aus der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO

⁵⁾ unter Berücksichtigung eines Saldos von + 531.888,04 € aus der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO

⁶⁾ unter Berücksichtigung eines Saldos von + 1.631.298,59 € aus der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO

In der Ausführung des Haushalts 2008 ergaben sich erhebliche Mehrerträge von rd. 3,5 Mio. € sowie Minderaufwand im Personaletat von rd. 0,6 Mio. €, die zu einem Überschuss von rd. 4,1 Mio. € geführt haben.

Die Haushaltspläne der Folgejahre 2009 bis 2011 waren insbesondere geprägt durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit rückläufigen Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteilen, einem rückläufigen Niveau des Gemeindefinanzausgleichs und einer Anrechnung der Gewerbesteuererträge des Jahres 2008 auf den Finanzausgleich der Jahre 2009 und

2010. Gleichzeitig führten erhebliche Aufwandsteigerungen in der Jugendhilfe und bei der Kreisumlage zu weiteren Haushaltsbelastungen.

Nach den Haushaltsplänen der Jahre 2008 bis 2016 wiesen die Ergebnispläne unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen aus den Vorjahren Fehlbedarfe von insgesamt rd. 61,6 Mio. € aus. Diese Fehlbedarfe werden sich nach Abschluss der genannten Jahre auf rd. 38,8 Mio. € verringern. Im Ergebnis haben die Fehlbeträge zu einer Reduzierung des Eigenkapitales um 68% in nur neun Haushaltsjahren geführt.

Diese Haushalts- und Finanzentwicklung führte letztlich dazu, dass seit dem Jahr 2010 wieder ein HSK aufzustellen und fortzuschreiben war, welches erst durch eine am 04.06.2011 in Kraft getretene Änderung der Gemeindeordnung mit einem 10jährigen Zeitraum für das Erreichen des Haushaltsausgleiches genehmigungsfähig war.

Am 15.03.2016 beschloss der Rat der Stadt Voerde unter erneuter Ausweitung des Haushaltssicherungskonzeptes um weitere Einzelmaßnahmen die Haushaltssatzung 2016. Der Landrat des Kreises Wesel hat mit Verfügung vom 06.05.2016 die nach § 75 Abs. 4 GO NRW erforderliche Genehmigung zur vorgesehenen Verringerung der Allgemeinen Rücklage sowie die nach § 76 Abs. 2 GO NRW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes erteilt. Eine längere Phase der „vorläufigen Haushaltsführung“, wie sie im Jahr 2015 vorlag, gab es nach der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Stadt Voerde (Niederrhein) für das Haushaltsjahr 2016 vom 12.05.2016 im Berichtsjahr 2016 nicht.

Alle Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sind aber weiterhin aufgerufen, weitere Maßnahmen im Bereich der Ertragsoptimierung, aber auch der Möglichkeiten der Aufwandsminimierung insbesondere bei den freiwilligen Aufwendungen zu diskutieren und entsprechende Beschlüsse zum Erhalt eines rechtmäßigen Haushaltes zeitnah herbeizuführen sowie die beschlossenen HSK-Maßnahmen konsequent und nachhaltig umzusetzen.

Zur Liquiditätssituation wird an dieser Stelle nochmals darauf verwiesen, dass zum Liquiditätserhalt in 2016 die Aufnahme von Krediten in Höhe von insgesamt 13,5 Mio. € (unterschiedliche Höhen und Laufzeiten) bei gleichzeitiger Tilgung eines Volumens in gleicher Höhe erforderlich wurden.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird in der Haushaltssatzung der Stadt Voerde (Niederrhein) für das Haushaltsjahr 2016 auf 80 Mio. € festgesetzt.

Der steigende Stand der Liquiditätskredite beeinträchtigt mittelfristig die finanzielle Situation der Stadt Voerde trotz des aktuellen nahezu Nullzins-Niveaus und birgt mit Blick auf die ungewisse Entwicklung des Zinsniveaus keine unerheblichen finanziellen Risiken und kann damit die Ergebnispläne der Folgejahre weiterhin belasten.

8. Anlagen

Angaben gemäß § 116 Absatz 4 GO NRW sind diesem Gesamtlagebericht als Anlage beigelegt.

Voerde, den 20.02.2018

Voerde, den 21.02.2018

aufgestellt:

bestätigt:

gez. Simone Kaspar
Beigeordnete und Kämmerin

gez. Dirk Haarmann
Bürgermeister

Übersicht gemäß § 116 Abs. 4 GO NRW (31.12.2016)
Angaben Bürgermeister, Beigeordnete und Ratsmitglieder

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Haarmann, Dirk	hauptamtlicher Bürgermeister		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS (erster stellv. Vorstandsvorsteher) • Verbandsversammlung Sparkasse • Verwaltungsrat Sparkasse (beratendes Mitglied) • Hauptausschuss Sparkasse (beratendes Mitglied) • Risikoausschuss Sparkasse (beratendes Mitglied) • Bürgerstiftung Kuratorium Sparkasse • Verbandsversammlung Rheinischer Sparkassen- und Giroverband 	<ul style="list-style-type: none"> • Kaufm. Geschäftsführer Wasserversorgung Voerde GmbH • Aufsichtsrat Wohnbau Dinslaken GmbH • Personalkommission Wohnbau Dinslaken GmbH • Bau- und Finanzierungsausschuss Wohnbau Dinslaken GmbH • Gesellschafterversammlung DINKOMM GmbH • Regionalbeirat Gemeindeversicherungsverband (GVV) • Energiebeirat Gas/Wasser NGW • Kommunaler Beirat NGW (Vorsitzender) • Kommunaler Beirat Gelsenwasser AG • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (Vorsitzender) • Kommunaler Beirat Niederrhein RWE/Innogy • Gesellschafterversammlung DeltaPort VerwaltungsGmbH • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Limke, Wilfried	Erster Beigeordneter		<ul style="list-style-type: none"> • 1. Betriebsleiter des Kommunalbetriebes Voerde (KBV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat DeltaPort GmbH & Co. KG • Beisitzer Bau- und Finanzierungsausschuss Wohnbau Dinslaken GmbH • Energiebeirat Strom RWE/Innogy • Energiebeirat Gas/Wasser NGW • Gesellschafterversammlung DINKOMM
Kaspar, Simone	Beigeordnete und Kämmerin		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung DeltaPort VerwaltungsGmbH (stellv. Mitglied) • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG (stellv. Mitglied) • Aufsichtsrat Wasserversorgung Voerde • Energiebeirat Gas/Wasser NGW • Energiebeirat Strom RWE/Innogy

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Alakas, Abdullah (Ratsmitglied ab 08.09.16)	Busfahrer			
Albri, Jürgen	Realschulrektor i. R.		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	
Altmeppen, Bernd	freier Journalist		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS • Verbandsversammlung Sparkasse 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung DeltaPort Verwaltungs-GmbH (stellv. Mitglied) • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG (stellv. Mitglied)
Aydin, Engin	Verfahrensmechaniker		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS (stellv. Mitglied) • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW (stellv. Mitglied)
Benninghoff, Bernhard (verst. am 05.10.16)	Richter i. R.			
Bergmann, Hans-Peter	Beamter im Vorruhestand		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (beratendes Mitglied) 	

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Buhren-Goch, Gisela	Personalberaterin und Projektmanagerin		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS-Zweckverband (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung DeltaPort VerwaltungsGmbH • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG
Claus, Jürgen	Rentner		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Fregin, Manfred	Rentner		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy
Friedrichs, Klaus (verst. am 25.08.16)	Rechtsanwalt		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	
Garden, Christian	Lehrbeauftragter/Dozent in der Erwachsenen- und Weiterbildung			<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat DeltaPort GmbH & Co. • Energiebeirat Gas/Wasser NGW (stellv. Mitglied)
Goemann, Uwe	Geschäftsführer		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) • Verwaltungsrat Sparkasse 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy
Goltz, Udo	Rentner		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW • Energiebeirat Strom RWE/Innogy

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Gördü, Hasan	Energieanlagenelektroniker, Mechatroniker z. Z. erwerbsunfähig		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (1. stellv. Vorsitzender) • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) • Verwaltungsrat Sparkasse 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW
Hassmann, Ingrid	Sekretärin, Schreibdienst, freie Autorin		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS 	
Holl, Reinhold	Rentner		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat Wasserversorgung Voerde GmbH
Hülser, Ingo	Maschinenbautechniker, Landwirt		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) • Verwaltungsrat Sparkasse (stellv. Mitglied) • Deichgräf Deichverband Mehrum • Umlegungsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung DeltaPort VerwaltungsGmbH • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG
Kinder, Joachim	Dozent für Integrationskurse			<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW (stellv. Mitglied) • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Kleinherne, Uwe	Hausmeister		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss 	

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Kleinschmidt, Elke	Rentnerin		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH (stellv. Mitglied) • Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Voerde GmbH (stellv. Mitglied) • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Klenner, Michael	Verwaltungsangestellter		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	
Knautz, Klaus	Polizeibeamter i. R.			<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung Wohnbau Dinslaken GmbH (stellv. Mitglied) • Beirat für den Kreis Wesel beim Nahverkehrs-Zweckverband Niederrhein
Knipping, Dominik (Mandatsverzicht zum 02.06.16)	Verkäufer		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsbeirat Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH (stellv. Mitglied)
Kolbe, Tanja	Schulassistentin		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied ab 13.12.16) 	

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Krieg, Wolfgang	Pensionär		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) • Umlegungsausschuss (stellv. Mitglied) • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Voerde GmbH • Beirat für den Kreis Wesel beim Nahverkehrs-Zweckverband Niederrhein (stellv. Mitglied) • Energiebeirat Gas/Wasser NGW (stellv. Mitglied)
Langenfurth, Jan	Selbständiger im Garten- und Landschaftsbau		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss • Verbandsversammlung Lippeverband 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat DeltaPort GmbH & Co. KG • Aufsichtsbeirat Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH • Energiebeirat Gas/Wasser NGW (stellv. Mitglied)
Lemm, Bastian	Beamter		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS (stellv. Mitglied) • Verbandsversammlung Sparkasse • Verwaltungsrat Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Marzin, Gisela	Stadtarchivarin		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Gas/Wasser NGW

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Meiners, Stefan	Beamter		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (bis 15.03.16 und ab 13.12.16) • Verbandsversammlung Sparkasse • Verwaltungsrat Sparkasse • Verbandsversammlung VHS (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat Wasserversorgung Voerde GmbH
Meulendyck, Hans-Peter	Rentner		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss • Verbandsversammlung VHS (stellv. Mitglied) • Verbandsversammlung Sparkasse 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy
Mölleken, Bert	Rechtsanwalt			<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat DeltaPort GmbH & Co. KG (Bestellung durch Kreis Wesel) • Aufsichtsrat Kreis Weseler Abfallgesellschaft mbH & Co. KG (Bestellung durch Kreis Wesel)
Neßbach, Ulrich	Dipl.-Ing. der Landespflege		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (Mitglied und 2. stellv. Vorsitzender) • Umlegungsausschuss • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat DeltaPort GmbH & Co. KG

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Neukäter, Heinrich	Oberstudienrat i. R.		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied ab 13.12.16) • Verbandsversammlung VHS (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsbeirat Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH (stellv. Mitglied ab 13.12.16)
Niewerth, Michaela (Ratsmitglied ab 26.10.16)	Rechtsanwältin			
Pollmann, Andreas (Ratsmitglied ab 07.06.2016)	Anlagenbediener		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (ab 13.12.16) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Rieser, Ralf	Verwaltungsangestellter		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss 	
Rohr, Gabriele	Leiterin eines integrativen Familienzentrums		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS • Verbandsversammlung Sparkasse (stellv. Mitglied) 	
Sarres, Hans-Bernd	Dipl.-Ingenieur der Landespflege; Betriebs- und Ausbildungsleiter		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss • Erbtagsmitglied Deichverband Mehrum 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung Wohnbau Dinslaken GmbH • Energiebeirat Gas/Wasser NGW
Sarres, Mark	Personaldienstleister		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat Wohnbau Dinslaken GmbH

Name, Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinde	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Schmitz, Stefan	Dipl.-Betriebswirt		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung Sparkasse 	
Schneider, Georg	Speditionskaufmann		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (Vorsitzender) • Umlegungsausschuss (stellv. Mitglied) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat Wohnbau Dinslaken GmbH
Schwarz, Ulrike	Schulamtsdirektorin i. R.		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) • Verbandsversammlung VHS 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat Wasserversorgung Voerde GmbH • Energiebeirat Gas/Wasser NGW
Seelig, Walter	Dipl.-Rechtspfleger		<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsversammlung VHS • Verbandsversammlung Sparkasse 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat Strom RWE/Innogy (stellv. Mitglied)
Siebert, Daniel	Kita-Verwaltung		<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausschuss (stellv. Mitglied) 	
Weltgen, Stefan	Geschäftsführer			<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung DeltaPort Verwaltungs-GmbH (stellv. Mitglied) • Gesellschafterversammlung DeltaPort GmbH & Co. KG (stellv. Mitglied) • Gesellschafterversammlung Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH



BETEILIGUNGSBERICHT 2016

Stadt Voerde (Niederrhein)

Rathausplatz 20

46562 Voerde

Stand: September 2017



Herausgeber:

Stadt Voerde (Niederrhein)

Der Bürgermeister

Fachdienst 3.3 – Stabsstelle Zentrales Controlling

Rathausplatz 20

46562 Voerde

**Tel. 02855 80471
80501**

E-Mail: finanzen@voerde.de



Inhalt

1. Beteiligungsbericht der Stadt Voerde (Niederrhein).....	8
1.1 Anlass und Ziele des Beteiligungsberichtes.....	8
2. Überblick über die Beteiligungen der Stadt Voerde.....	9
2.1 Rechtsgrundlage der wirtschaftlichen Betätigung.....	9
2.2 Übersicht über Beteiligungen und Zweckverbände der Stadt Voerde	9
3. Beteiligungen, Zweckverbände und Genossenschaftsanteile.....	10
3.1 Beteiligungen.....	10
3.2 Zweckverbände und Genossenschaftsanteile.....	10
3.3 Darstellung der Zweckverbände und Beteiligungen	12
3.4 Übersicht der Beteiligungsverhältnisse.....	13
3.5 Übersicht über Jahresergebnisse (Jahresüberschuss/-fehlbetrag) 2014 – 2016.....	14
3.6 Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.....	14
3.7 Übersicht über Jahresabschlusszahlen zum 31.12.2016.....	15
4. Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	16
4.1 Allgemeines	16
4.2 Darstellung des Geschäftsverlaufes	16
4.3 Chancen und Risiken	19
4.4 Bilanz zum 31.12.2016	23
4.5 Gewinn- u. Verlustrechnung	27
4.6 Sonstige Angaben.....	28
4.7 Weitere Entwicklungen/Ausblicke	30
5. Wasserversorgung Voerde GmbH.....	31
5.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wasserversorgung Voerde GmbH	31
5.2 Unternehmensgegenstand der Wasserversorgung Voerde GmbH	32
5.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wasserversorgung Voerde GmbH	32
5.4 Organe der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	33



5.5	Finanzielle Auswirkungen der Wasserversorgung Voerde GmbH auf den städtischen Haushalt.....	35
5.6	Auszug aus dem Wirtschaftsprüfungs- und Lagebericht der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	37
5.7	Bilanz der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	40
5.8	Gewinn- und Verlustrechnung der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	42
6.	DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.1	Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.2	GmbH-Anteile und Gesellschafter der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.3	Zusammensetzung der Organe und Angaben gem. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NW	44
6.4	Unternehmensgegenstand der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	47
6.5	Belegschaft	48
6.6	Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses	48
6.7	Unternehmensentwicklung.....	49
6.8	Umsatzentwicklung	51
6.9	Investitionen.....	51
6.10	Personal- und Sozialbereich	51
6.11	Darstellung der Lage.....	52
6.12	Vermögensstruktur	53
6.13	Kapitalstruktur.....	53
6.14	Risikobericht und Prognosebericht	58
6.15	Bilanz der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	63
6.16	Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	65
7.	DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	66
7.1	Darstellung des Geschäftsverlaufes einschl. des Geschäftsergebnisses.....	66
7.2	Darstellung der Lage.....	66
7.3	Risiko- und Prognosebericht	66
7.4	Sonstige Angaben.....	66
7.5	Rechtliche Grundlagen	67
7.6	Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	70



8. Wohnbau Dinslaken GmbH	71
8.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	71
8.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	72
8.3 Organe der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	73
8.4 Personal der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	76
8.5 Unternehmensleistungen der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	77
8.6 Gesamte Wohnungsbauleistungen seit Bestehen der Gesellschaft (ohne Gewerbeeinheiten)	77
8.7 Finanzielle Auswirkungen der Wohnbau Dinslaken GmbH auf den städtischen Haushalt	78
8.8 Auszug aus dem Lagebericht der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	79
8.8.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses.....	79
8.8.2 Darstellung der Lage.....	82
8.8.2.1 Vermögens- und Finanzlage	82
8.8.2.2 Ertragslage.....	82
8.8.2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren	83
8.8.2.4 Risikobericht.....	83
8.8.2.5 Chancen der zukünftigen Entwicklung.....	85
8.8.2.6 Prognosebericht	86
8.8.2.7 Finanzinstrumente	86
8.9 Bilanz der Wohnbau Dinslaken GmbH	87
8.10 Gewinn- u. Verlustrechnung der Wohnbau Dinslaken GmbH	89
9. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH, Hünxe	91
9.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	91
9.2 Unternehmensgegenstand der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	91
9.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	92
9.4 Organe der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	93
9.5 Personal der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	95
9.6 Finanzielle Auswirkungen der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf den städtischen Haushalt.....	95
9.7 Auszug aus dem Lagebericht der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	95
9.8 Bilanz der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	101



9.9 Gewinn- und Verlustrechnung der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	103
10. DINKOMM GmbH.....	106
10.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DINKOMM.....	106
10.2 Unternehmensgegenstand der DINKOMM GmbH	106
10.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DINKOMM GmbH.....	107
10.4 Organe der DINKOMM GmbH	108
10.5 Finanzielle Auswirkungen der DINKOMM GmbH auf den städtischen Haushalt.....	108
10.6 Sonstiges.....	108
10.7 Bilanz der DINKOMM GmbH	109
10.8 Gewinn- und Verlustrechnung der DINKOMM GmbH	111
11. Zweckverbände.....	112
11.1 Sparkassenzweckverband Wesel – Dinslaken	112
11.1.1 Organe des Zweckverbandes	112
11.1.2 Zusammensetzung der Verbandsversammlung.....	113
11.1.3 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes	113
11.1.4 Gegenstand des Zweckverbandes.....	114
11.1.5 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem städtischen Haushalt	114
12. Niederrheinische Sparkasse RheinLippe.....	114
12.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe.....	114
12.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung	116
12.3 Bilanzsumme	117
12.4 Darstellung und Analyse der Lage	117
12.5 Jahresbilanz am 31.12.2016	122
12.6 Gewinn- und Verlustrechnung	124
12.7 Angaben zu Organmitgliedern	125



13. Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe.....	131
13.1 Aufgaben der Volkshochschule	131
13.2 Mitglieder und Organe des Zweckverbandes	131
13.3 Verbandsversammlung	132
13.4 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes	132
14. Volksbank Rhein-Lippe eG.....	138
14.1 Beteiligungsverhältnis	138
14.2 Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Genossenschaft.....	138
14.3 Organe der Genossenschaft	138
14.4 Zusammensetzung der Organe	139
14.5 Vertretung der Stadt in den Gremien der Genossenschaft	139
14.6 Genossenschaftszweck und Gegenstand	139
14.7 Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	139
14.8 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem Stadthaushalt	139



1. Beteiligungsbericht der Stadt Voerde (Niederrhein)

1.1 Anlass und Ziele des Beteiligungsberichtes

Gemäß § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NW) ist die Kommune verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht zu erstellen, der die Einwohner/innen sowie die politischen Vertreter/innen in den Ratsgremien über die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen informiert. Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sind im Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung gesondert anzugeben

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen sowie
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Der Beteiligungsbericht ist dem städtischen Gesamtabschluss beizufügen.

Aufgrund der detaillierten Informationen zu den einzelnen Beteiligungen kann eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den damit verknüpften Aufgaben hergestellt werden. Auf diese Weise erhält man mit dem Gesamtabschluss einen Überblick der wirtschaftlichen Gesamtlage der Kommune.

Der vorliegende Beteiligungsbericht bietet eine umfangreiche Orientierungshilfe für die politischen Gremien, die Verwaltung sowie die breite Öffentlichkeit und stellt ein Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der Unternehmen dar. Zielsetzung des Berichtes ist es, eine weitere Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen der Stadt sowie ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen.

Neben den gesetzlichen Vorgaben des Landes NRW zur alljährlichen Berichterstattung über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung gibt dieser Beteiligungsbericht darüber hinaus Auskunft über die Entwicklung und Vermögensstruktur der Zweckverbände, mit denen die Stadt Voerde in finanzieller oder beratender Weise verbunden ist.

Der Beteiligungsbericht wird für jeden Interessenten zur Einsichtnahme im Fachdienst 3.3 - Stabsstelle Zentrales Controlling - während der üblichen Öffnungszeiten bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter www.voerde.de veröffentlicht.



2. Überblick über die Beteiligungen der Stadt Voerde

2.1 Rechtsgrundlage der wirtschaftlichen Betätigung

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln,“ so sieht es Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes vor. Diese Vorschrift ist die rechtliche Grundlage für die Gemeinde, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Hierzu gehören auch die wirtschaftlichen Betätigungen einer Kommune. Unter welchen Voraussetzungen die Kommunen sich wirtschaftlich betätigen können und dürfen, ist in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geregelt.

2.2 Übersicht über Beteiligungen und Zweckverbände der Stadt Voerde

Die Stadt Voerde ist an insgesamt 7 Unternehmen unmittelbar als Gesellschafter und an 2 Zweckverbänden beteiligt. Dabei ist der Kommunalbetrieb Voerde als eigenbetriebsähnliche Einrichtung eine 100%ige Tochter der Stadt. Der Kommunalbetrieb ist mit Wirkung ab 01.01.2017 in die städtische Kernverwaltung rückgeführt worden. Die Stadt Voerde ist außerdem an der Volksbank Rhein-Lippe eG in Wesel mit einem Genossenschaftsanteil beteiligt. Die DINKOMM GmbH ist mit Wirkung zum 31.12.2016 von den Gesellschaftern an die Stadtwerke Dinslaken veräußert worden.

Die einzelnen Beteiligungen werden nachfolgend aufgeführt.



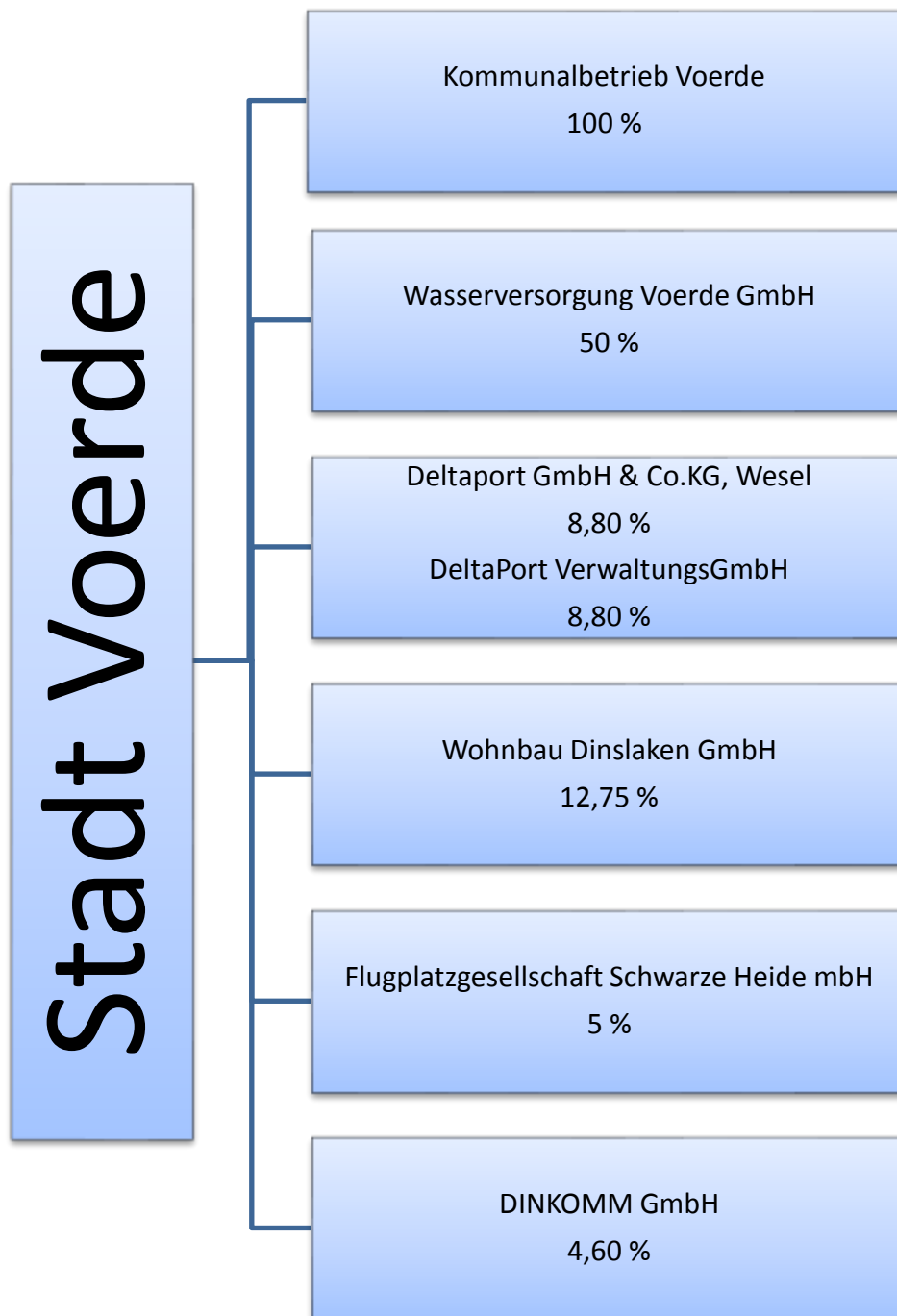
3. Beteiligungen, Zweckverbände und Genossenschaftsanteile

3.1 Beteiligungen

Beteiligungen	Städt. Anteile in %	Städt. Anteile in €
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	100,00	20.000.000,00
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	50,00	1.300.000,00
DeltaPort GmbH & Co.KG	8,80	88.000,00
DeltaPort VerwaltungsGmbH	8,80	2.200,00
Wohnbau Dinslaken GmbH	12,75	767.000,00
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	5,00	1.278,23
DINKOMM GmbH	4,60	15.000,00

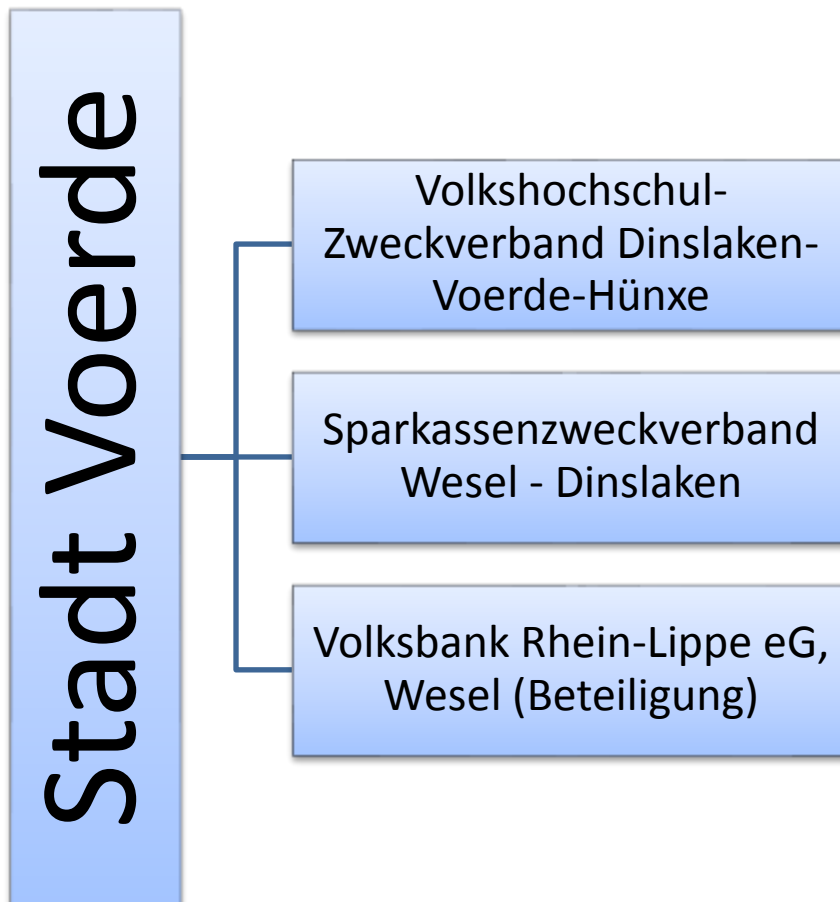
3.2 Zweckverbände und Genossenschaftsanteile

Die Stadt Voerde gehört dem Sparkassenzweckverband Wesel - Dinslaken sowie dem Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe an. Außerdem besitzt die Stadt Voerde einen Genossenschaftsanteil an der Genossenschaftsbank Volksbank Rhein-Lippe eG.





3.3 Darstellung der Zweckverbände und Beteiligungen





3.4 Übersicht der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungen	Beteiligungsverhältnisse	Gezeichnetes Kapital in T€	Beteiligung am gezeichneten Kapital in T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	100,0 % Stadt Voerde	20.000	20.000
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	50,0 % Stadt Voerde 50,0 % GWN	2.600	1.300
DeltaPort GmbH & Co.KG	63,6 % Kreis Wesel 27,6 % Stadt Wesel 8,8 % Stadt Voerde	1.000	88
DeltaPort VerwaltungsGmbH	63,6 % Kreis Wesel 27,6 % Stadt Wesel 8,8 % Stadt Voerde	25	2,2
Wohnbau Dinslaken GmbH	46,45 % Vivawest Wohnen GmbH 17,85 % Stadt Dinslaken 15,73 % Kreis Wesel 12,75 % Stadt Voerde 3,91 % Niederrheinische Sparkasse RheinLippe 2,55 % Provinzial Rheinland Versicherung AG 0,76 % Gemeinde Hünxe	6.016,4	767
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	49,0 % Stadt Bottrop 21,0 % Stadt Dinslaken 20,0 % Kreis Wesel 5,0 % Stadt Voerde 5,0 % Gemeinde Hünxe	25,5	1,278
DINKOMM GmbH	57,2 % Stadtwerke Dinslaken GmbH 19,1 % Stadt Dinslaken 19,1 % Niederrheinische Sparkasse RheinLippe 4,60 % Stadt Voerde	322	15
Sparkassenzweckverband Wesel - Dinslaken	40,18 % Stadt Wesel 23,36 % Stadt Dinslaken 13,56 % Stadt Hamminkeln 11,83 % Stadt Voerde 6,26 % Gemeinde Schermbeck 4,81 % Gemeinde Hünxe		
Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe	50,0 % Stadt Dinslaken 33,33 % Stadt Voerde 16,67 % Gemeinde Hünxe		



3.5 Übersicht über Jahresergebnisse (Jahresüberschuss/-fehlbetrag) 2014 – 2016

Beteiligungen	Jahresergebnis 2014 in T€	Jahresergebnis 2015 in T€	Jahresergebnis 2016 in T€	Veränderung 2015/2016 in T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	555	-13	176	163
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	385	420	430	10
DeltaPort GmbH & Co.KG	30	232	- 363	- 595
DeltaPort VerwaltungsGmbH	0,66	-0,725	-3,33	-2,605
Wohnbau Dinslaken GmbH	6.349	6.458	6.886	428
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	-270	-251	-241	10
DINKOMM GmbH	-11	6	-195	-201

3.6 Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Gesellschaft	Anteil in %	Anteil in €	Nett dividenden/Jahresüberschüsse	Zuschüsse
Kommunalbetrieb Voerde	100,00	20.000.000,00	163.192,54	0,00
Wasserversorgung Voerde GmbH	50,00	1.300.000,00	110.437,50	0,00
DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	8,8	88.000,00	0,00	0,00
DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	8,8	2.200,00	0,00	0,00
Wohnbau Dinslaken GmbH	12,75	767.000,00	643.762,29	0,00
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	5,00	1.278,23	0,00	12.820,00
DINKOMM GmbH	4,60	15.000,00	0,00	0,00
Summe:		22.173.478,23	917.392,33	12.820,00



3.7 Übersicht über Jahresabschlusszahlen zum 31.12.2016

Jahresabschlusszahlen					
Beteiligungen	Bilanz			GuV	
	Bilanz- volumen	Anlage- vermögen	Eigenkapital	Umsatzerlöse	Jahreserg. nach Steuern
	T€	T€	T€	T€	T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	145.370	144.552	26.214	22.663	188
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	14.313	11.308	4.833	5.015	430
DeltaPort GmbH & Co.KG	32.975	31.711	19.645	1.937	-363
DeltaPort Verwal- tungsGmbH	24,2	6,05	22,44	1,25	- 3,33
Wohnbau Dinslaken GmbH	137.001	118.050	44.073	37.361	8.035
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	4.529	3.881	79	471	-227
DINKOMM GmbH	187	0,00	148	255	-195



4. Kommunalbetrieb Voerde (KBV)

4.1 Allgemeines

Mit Beschluss vom 12.12.2006 hat der Rat der Stadt Voerde (Niederrhein) entschieden, zum 01.01.2007 die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Kommunalbetrieb Voerde (KBV) zu gründen und die Haushaltsführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dementsprechend gesondert in einem Wirtschaftsplan auszuweisen.

Die bislang pauschal vorgenommenen Verrechnungen zwischen dem Kernhaushalt und dem KBV wurden zwischenzeitlich durch ein entsprechendes Verrechnungs- und Umlagemodell ergänzt und die Voraussetzungen für eine angemessene Kosten- und Leistungsrechnung geschaffen.

4.2 Darstellung des Geschäftsverlaufes

Vermögenslage

Das langfristig gebundene Anlagevermögen nahm im Wirtschaftsjahr 2016 um T€ 1.024 ab. Hierbei standen den Investitionen in das Anlagevermögen (T€ 2.902) Abschreibungen von T€ 3.895 und Anlagenabgänge von T€ 31 gegenüber. Wesentliche Investitionen betrafen die Erweiterung und Erneuerung des Kanalnetzes, die Sanierung an der Grundschule Friedrichsfeld sowie die Sanierung der 3fach-Turnhalle am Gymnasium. Das kurzfristig gebundene Vermögen nahm um T€ 930 ab. Dabei reduzierten sich insbesondere die Forderungen gegenüber der Stadt um T€ 764 als Folge des Ausgleichs der im Vorjahr noch nicht ausgezahlten Mieten für Asyl- und Obdachlosenunterkünfte sowie des Restbetrages des Betriebskostenzuschusses für das Wirtschaftsjahr 2015.

Finanz- und Liquiditätslage

Auf der Passivseite ist die Abnahme des Gesamtkapitals um T€ 1.954 insbesondere auf die um T€ 2.493 gesunkenen langfristigen Schulden zurückzuführen. Dabei verringerten sich die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge sowie die erhaltenen Anzahlungen um insgesamt T€ 1.574. Hier standen den Zuführungen von T€ 545 plan- und außerplanmäßige Auflösungen von T€ 2.119 gegenüber. Gleichzeitig verringerten sich die langfristigen Verbindlichkeiten bei der Stadt um T€ 1.189. Den Darlehensneuaufnahmen von T€ 1.600 standen planmäßige Darlehenstilgungen von T€ 2.643 und Verschiebungen in den kurzfristigen Bereich von T€ 146 gegenüber. Die Erhöhung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten von T€ 94 entfiel auf vereinnahmte Friedhofsgebühren von T€ 409 abzüglich planmäßiger Auflösungen von insgesamt T€ 315. Das Eigenkapital verbesserte sich in Höhe des erwirtschafteten Jahresüberschusses um T€ 176. Die kurzfristigen Schulden stiegen demgegenüber insgesamt um T€ 539. Dabei nahmen vor allem die Kontokorrentschulden um T€ 858 zu. Der Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt um T€ 224 resultiert vornehmlich aus dem anteilig nicht benötigten Betriebskostenzuschuss für das Wirtschaftsjahr 2016. Aufgrund stichtagsbe-



dingt reduzierter Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahmen die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten um T€ 543 ab.

Ertragslage

Gesamtübersicht:

Der KBV schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von € 175.736,37 (2015 Jahresfehlbetrag: € - 12.543,83) ab. Diese Ergebnisverbesserung von rund T€ 189 resultiert trotz einer Verringerung der Umsatzerlöse um T€ 206 als Folge geringerer Leistungserbringungen an die Stadt im Wesentlichen aus Einsparungen beim Personalaufwand von T€ 125 sowie zusätzlicher anderer aktivierter Eigenleistungen von T€ 126.

Der Jahresüberschuss (+) bzw. -fehlbetrag (-) setzt sich, bezogen auf die gebildeten Betriebszweige, im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

		Vorjahr
	€	€
Dienstleistung	+ 622.108,11	-905.123,54
Gebäudewirtschaft	-409.821,69	-398.501,61
Abfallwirtschaft	+81.424,68	+58.385,15
Abwasserbeseitigung	+1.697.955,44	+1.487.890,41
Straßenunterhaltung	-1.411.995,29	-227.761,81
Grünflächen- und Gewässerunterhaltung	-350.935,32	-24.317,61
Friedhofsbewirtschaftung	<u>- 52.999,56</u>	<u>-3.114,82</u>
	+175.736,37	-12.543,83
	=====	=====

Im Einzelnen:

Betriebszweig Dienstleistung:

Die erzielten Umsatzerlöse von T€ 6.264 (Vorjahr: T€ 6.011) sind überwiegend auf die laufende Leistungserbringung an die Stadt Voerde sowie anderer Betriebszweige zurückzuführen. Die Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr von T€ 253 stehen vornehmlich im Zusammenhang mit erhöhten Stundenverrechnungssätzen für die geleistete Einsatzstunde von Maschinen und Personal.

Demgegenüber stehen Aufwendungen von T€ 5.676 (Vorjahr: T€ 7.575). Hierbei stellt der Personalaufwand mit T€ 3.665 (Vorjahr: T€ 3.816) den größten Aufwandsposten dar. Bei den sonstigen be-



trieblichen Aufwendungen von T€ 1.247 (Vorjahr: T€ 3.118) stellt der in Anspruch genommene Verwaltungskostenbeitrag mit T€ 959 (Vorjahr: T€ 959) die größte Positionen dar.

Die um T€ 253 gestiegenen Umsatzerlöse sowie die um T€ 1.871 gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen, bedingt durch den Abgang von Festwerten im Vorjahr (Wirtschaftsjahr 2016: T€ 0; Vorjahr: T€ 1.881), trugen im Wesentlichen zu dem um T€ 1.527 verbesserten Jahresergebnis von T€ 622 gegenüber dem Vorjahr (T€ -905) bei.

Betriebszweig Gebäudewirtschaft

Der Betriebszweig erwirtschaftet den überwiegenden Teil der Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gebäuden an die Kernverwaltung. Die Erträge insgesamt fallen mit T€ 9.345 um T€ 730 höher aus als die Erträge des Vorjahres mit einer Höhe von T€ 8.615. Dies basiert im Wesentlichen auf einem Anstieg der Umsatzerlöse (T€ 495). Trotz der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erträge wurde durch die um T€ 566 höheren Materialaufwendungen, als Folge der Anmietung zur Asylbewerberunterbringung, ein um T€ 11 geringfügig schlechteres Jahresergebnis von T€ -410 gegenüber dem Vorjahr (T€ -399) erzielt.

Betriebszweig Abfallwirtschaft:

In diesem Betriebszweig werden überwiegend Erträge aus Abfallbeseitigungsgebühren in Höhe von T€ 3.787 (Vorjahr: T€ 3.760) und Erträge aus dem Verkauf von Papier/Pappe/Kartons in Höhe von T€ 257 (Vorjahr: T€ 210) erzielt.

Die insgesamt um T€ 25 gestiegenen Umsatzerlöse von T€ 4.222 (Vorjahr: T€ 4.197), im Wesentlichen bedingt durch die höheren Abfallbeseitigungsgebühren aufgrund der Erschließung von Neubaugebieten, führten bei um T€ 10 höheren übrigen Erlösen und um T€ 11 gestiegenen Materialaufwendungen zu einem um T€ 24 verbesserten Jahresergebnis von T€ +82 (Vorjahr: T€ +58).

Betriebszweig Abwasserbeseitigung:

Dieser Betriebszweig erwirtschaftet in den Bereichen „Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen“, „Schmutzwasserbeseitigung“ und „Niederschlagswasserbeseitigung“ Erträge aus Benutzungsgebühren in Höhe von T€ 5.039 (Vorjahr: T€ 4.732). Letztlich wurden im Berichtsjahr insgesamt um T€ 182 höhere Umsatzerlöse (Wirtschaftsjahr 2016: T€ 6.772; Vorjahr: T€ 6.590) erzielt. Dies war Folge der um T€ 307 angepassten Erträge aus Kanalbenutzungsgebühren. Die um T€ 20 gesunkenen Entsorgungsleistungen sowie die um T€ 23 niedrigeren Aufwendungen für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens begründen im Wesentlichen die um T€ 59 verminderten Materialaufwendungen. Das Jahresergebnis (T€ +1.698) hat sich insgesamt um T€ 210 gegenüber dem Vorjahr (T€ +1.488) verbessert.



Betriebszweig Straßenunterhaltung:

Der Betriebszweig „Straßenunterhaltung“ erwirtschaftet Erträge, die hauptsächlich aus Leistungserbringungen an die Stadt und andere Betriebszweige in Höhe von T€ 2.797 (Vorjahr: T€ 3.556) sowie aus Gebühren für die Straßenreinigung in Höhe von T€ 167 (Vorjahr: T€ 167) bestehen.

Die Ergebnisverschlechterung um T€ 1.184 (2016: T€ -1.412; Vorjahr: T€ -228) resultiert dabei überwiegend aus um T€ 759 geringeren Leistungserbringungen an die Stadt und andere Betriebszweige bei um T€ 454 gestiegenen Aufwendungen für die Straßenunterhaltung und -reinigung.

Betriebszweig Grünflächen- und Gewässerunterhaltung:

Mit einem Betrag von T€ 761 (Vorjahr: T€ 834) stellen die Erlöse aus Leistungserbringungen an die Stadt in diesem Betriebszweig die größte Ertragsposition dar. Die Verschlechterung von T€ 73 führte bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen für die laufende Instandhaltung und Bewirtschaftung der Grünflächen und Gewässer aufgrund höherer Personal- und Maschinenstundenverrechnungssätze zu einer Ergebnisreduzierung von T€ 327 gegenüber dem Vorjahr. (2016: T€ -351; Vorjahr: T€ -24).

Betriebszweig Friedhofsbewirtschaftung:

Größte Ertragspositionen in diesem Betriebszweig sind naturgemäß die Erträge aus Gebühren, welche für die Friedhofsgebühren (Bereitung) und die Auflösung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten (Verleihung von Nutzungsrechten in der Vergangenheit) mit T€ 489 (Vorjahr: T€ 514) abschließen. Im Wesentlichen führte die Verminderung der gesamten Umsatzerlöse um T€ 25 neben der um T€ 20 höheren Materialaufwendungen als Folge erhöhter Maschinen- und Personalstundenverrechnungssätze zu einem schlechteren Ergebnis von insgesamt T€ 53 (Vorjahr: T€ -3).

4.3 Chancen und Risiken

Entsprechend der Beschlusslage zur Rückführung des KBV zum 01.01.2017 wurden die nachstehend beschriebenen Betriebszweige mit geringfügigen Anpassungen der Bezeichnungen, aber ohne Veränderung der Aufgabeninhalte, in die Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktstruktur der Kernverwaltung des Haushaltsjahres 2017 integriert.

Betriebszweig Dienstleistung:

Durch ein bereits in früheren Jahren eingeführtes Kennzahlensystem, das ständig weiter optimiert wird und die Ermittlung weiterer Datengrundlagen bei den Facility Services ist der Betriebszweig immer besser in der Lage darzustellen, welche Kosten eine Dienstleistung bezogen auf die entsprechende Mengen- bzw. Flächeneinheit verursacht.

Hierin besteht die Chance, weitere Effizienzsteigerungen zu generieren und bei bestehender nachweislicher Aufwandsstruktur zu entscheiden, Dienstleistungen weiterhin in Eigenregie durchzuführen



oder extern zu vergeben. Dabei bleibt wichtig, dass die externe Vergabe langfristig im Kernaufgabenbereich nicht zu einem Kompetenzverlust im eigenen Betrieb führt.

Betriebszweig Gebäudewirtschaft:

Der Gebäudebestand weist immer noch einen Instandhaltungsbedarf auf, obwohl schon sehr effektiv in einigen Liegenschaften Maßnahmen, wie z. B. die Teilsanierung des Gymnasiums Voerde, der Neubau des Ersatzbaus der Realschule und Erweiterungen an Kindertagesstätten zur "U-3-Betreuung" in früheren Jahren als auch die Fertigstellung des Anbaus an der Erich Kästner-Schule, die Vollsanierung der Grundschule Friedrichsfeld zu einer erheblichen Substanzverbesserung beigetragen haben. Die in Planung befindliche Sanierung des Altbaus der Gesamtschule Voerde sowie die aktuelle Vollsanierung der Dreifachturnhalle am Gymnasium Voerde werden in den nächsten Jahren einen weiteren wertvollen Beitrag leisten.

Die Risiken aus einer nicht ausreichenden Gebäudeunterhaltung konnten, insbesondere auch hinsichtlich der demographisch bedingten Überkapazitäten, im Gebäudebestand (Schulgebäude) nach entsprechenden Erkenntnissen aus dem Schulentwicklungsplan und mit dessen sukzessiver Ergebnisumsetzung weiter erfolgreich gemindert werden. Aus der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 04.07.2012 zur Aufgabe von zwei Grundschulstandorten ergab sich darüber hinaus durch die Fertigstellung der Baumaßnahmen und der Aufgabe der Altstandorte eine deutliche Verbesserung. Die Neubauten wurden nach der zum jeweiligen Errichtungszeitpunkt geltenden Energieeinsparverordnung –EnEV- errichtet, um erste nachhaltige Ansätze zu ermöglichen und Einsparungen im Energiebereich zu generieren.

Weitere Möglichkeiten für günstigere Bewirtschaftungsstrukturen bestehen auch darin, nach erfolgtem Rückbau von unwirtschaftlichen und nicht mehr genutzten Gebäudekapazitäten die daraus entstehenden Entwicklungschancen von Baugrundstücken in zentraler Lage dem Immobilienmarkt anbieten zu können.

Betriebszweig Abfallwirtschaft:

Die Verwertungserlöse für Pappe, Papier und Karton (PPK) betragen in 2015 noch 79,00 €/t. Im Laufe des Jahres 2016 sind diese wieder bis auf rund 105,00 €/t gestiegen. Eine verlässliche Aussage über die künftige Entwicklung der Erlössituation ist daher nur schwierig einschätzbar, da der Papierpreis von vielen, vor allem globalen Faktoren abhängt, wie z. B. dem Bedarf am internationalen Markt. Zusätzlich werden seit dem Jahr 2014 Erträge aus der Altkleiderverwertung erzielt.

Die Erträge finden entsprechende Berücksichtigung und führen zu mehr oder minder hohen Abschlägen in der Gebührenkalkulation bei der Abfallentsorgung.

Die abgerechneten Unternehmerleistungen bei der Abfallentsorgung entsprachen denen des Vorjahres. Die leicht gestiegenen Erträge aus der Papierverwertung führten dazu, dass durch den Einsatz von Überschüssen aus den Vorjahren die Gebühren noch stabil gehalten werden konnten. Inwieweit das künftig noch gelingt, bleibt risikobehaftet.

**Betriebszweig Abwasserbeseitigung:**

Der leitungsgebundene Abwassertransport ist in einem guten Zustand, so dass hier keine größeren Instandhaltungen zu erwarten sind. Auch sind ausreichende Kapazitäten für zusätzliche Einleiter vorhanden. Der bereits im Jahr 2012 mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit der Stadt Wesel abgeschlossene Vertrag über die Mitbenutzung der Kläranlage auf dem Stadtgebiet Wesel bietet eine große Versorgungssicherheit. Die weitere Kläranlage in Voerde mit dem Lippeverband als Betreiber soll in den nächsten Jahren komplett erneuert werden. Erste Planungsgespräche zwischen dem Kommunalbetrieb und dem Lippeverband sind angelaufen. Die Maßnahmen sollen im Jahr 2017 begonnen werden.

Die Überwachung des eigenen Kanalnetzes und die Überprüfung der privaten Hausanschlüsse haben bisher zu keinen auffälligen Reparaturkosten geführt. Aus den außergewöhnlichen Starkregenereignissen in den Monaten Mai/Juni 2016 sind einzelne Vernässungsschäden bekannt. Zur Verbesserung der Ableitung des Niederschlagswassers im Gewässersystem wird eine Bach- und Sohlbeträumung des Mommbachs notwendig. Die jährliche, regelmäßige Unterhaltung (Mahd und Sohlräumung) ist aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht sicherzustellen.

Die gesetzliche Auflage zur Selbstüberwachung des eigenen öffentlichen Abwassernetzes ist umgesetzt. Die gleichzeitige Zustands- und Funktionsprüfung der privaten Hausanschlüsse ist im Fremdwassersanierungsgebiet und in der Wasserschutzzone mit einer gesetzlichen Fristenregelung in der Entwässerungssatzung aufgenommen (31.12.15 bzw. 31.12.20). Bis zum 31.12.2016 hatten ca. 23 % der betroffenen Eigentümer Prüfungen durchgeführt.

Betriebszweig Straßenunterhaltung:

Nach den Erkenntnissen bei der Erstellung des Straßenkatasters in 2016 befinden sich die innerstädtischen Straßen durchschnittlich in einem guten Zustand. Unter der Voraussetzung einer weiterhin möglichen kostendeckenden Abrechnung der Leistungserbringung werden keine weiteren Risiken identifiziert. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass nur die Festlegung einer Ausbauquote (Investition) der teils noch nicht erst-ausgebauten und mittlerweile wieder zu erneuernden (nachmaliger Ausbau) Straßen hilft, den konsumtiven Anteil an der Straßenunterhaltung zu minimieren. Hierbei helfen auch die Erkenntnisse aus der durchgeführten und in Teilergebnissen vorliegenden körperlichen Inventarisierung auf der Grundlage der GemHVO NRW weiter. Die ersten Ergebnisse lassen einschätzen, dass kein außergewöhnlicher Werteverzehr, bedingt durch eine unzureichende Straßenunterhaltung, zu erwarten ist.

Betriebszweig Grünflächen- und Gewässerunterhaltung:

Ein Teil der Gewässerunterhaltung wird durch den Lippeverband wahrgenommen. Hierfür wird ein Beitrag entrichtet.

Die Reinigung der übrigen Wasserläufe kann - nach mehrjähriger Fremdvergabe –nunmehr nur abschnittsweise wahrgenommen werden. Hierzu wird für die kontinuierliche Unterhaltung ein Bewirtschaftungsprogramm aufgestellt.



Für den Bereich der Grünflächenunterhaltung sind Pflegepläne zu definieren und Pflegestandards abzustimmen.

Bei dem zu erwartenden altersbedingten Personalabgang in diesem Bereich und damit einhergehender verminderter Produktivität aus gesundheitlichen Gründen bei einem Durchschnittsalter der Mitarbeiter von > 50 Jahren, entstand in diesem Bereich das Risiko, die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, insbesondere im Bereich der Baumkontrolle und –pflege nicht immer zeitnah nachkommen zu können. Dieses gilt es, weiterhin zu vermeiden. Hierbei wurden bisher ca. 78 % des Baumbestandes erfasst, bewertet und einer permanenten Kontrolle unterzogen. Die weitere Erfassung dauert noch an. Bei der Festlegung auf Pflegestandards ist auch die öffentliche Wahrnehmung der Qualität der Grünanlagen im Blick zu behalten. Eine reine Reduzierung der Grünpflege auf die Verkehrssicherung reicht nicht aus. Bei der Neuanlage von Grünflächen und der Ausgestaltung von Straßenbegleitgrün ist ein entsprechender Pflegebedarf zu ermitteln und, soweit in der gegenwärtigen Haushaltssituation kein weiteres Personal eingestellt werden kann, ein entsprechendes finanzielles Äquivalent bereitzustellen oder der leistbare Standard bei der Anlage der Flächen zu berücksichtigen. Als Investition in die Zukunft war hier zunächst der erfolgte Einstieg in ein Grünflächeninformationssystem (GIS) gesehen worden. Dieses Informationssystem bietet die planerische Grundlage, die zu bewirtschaftenden Flächen exakt zu bemessen und somit eine Kalkulation in Abhängigkeit der Pflegestandards zu erstellen. Das beschlossene Markttestverfahren wurde beauftragt und erste Leistungen extern vergeben. Hierbei wurden für das Wirtschaftsjahr 2016 Baumpflege- bzw. Fällarbeiten ausgeschrieben und beauftragt. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines langfristig angelegten Testverfahrens (3 Jahre) für eine ganzheitliche Pflege eines Wohnquartiers wurden aufgenommen.

Betriebszweig Friedhofsbewirtschaftung:

Durch den KBV werden zwei kommunale Friedhöfe bewirtschaftet. Es handelt sich hierbei um den Friedhof an der Rönkenstraße im Ortsteil Voerde und den Waldfriedhof im Ortsteil Friedrichsfeld. Aus dem langjährigen Trend zu kostengünstigeren Bestattungen in Rasengräbern und insbesondere Urnengräbern, in Verbindung mit rückläufigen Bestattungszahlen entsprechend dem demographischen Wandel, gibt es Flächenüberkapazitäten, die in den nächsten Jahren abzubauen sind. Entsprechende Flächenkorrekturen sind bereits jetzt vorgenommen worden, da die betroffenen Vorratsflächen nicht mehr als Friedhofserweiterungsflächen vorgehalten werden müssen. Aufgrund des klar zu erkennenden Trends der Veränderung der Bestattungskultur, wird automatisch durch die Art der Nutzung (Urnengräber, pflegefreie Wahlgräber) eine Verdichtung der Altflächen im Hauptbereich des Friedhofs erzielt.



4.4 Bilanz zum 31.12.2016

Aktivseite

	€	€	<u>31.12.2015</u>
			€
A. Anlagevermögen			
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
ähnliche Rechte		28.885,25	33.090,04
<u>II. Sachanlagen</u>			
1. Grundstücke und Bauten			
2. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	96.457.251,86		98.153.632,45
3. technische Anlagen und Maschinen	42.667.948,49		43.772.661,28
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	494.200,43		524.805,76
5. Anlagen im Bau	986.521,79		802.376,28
	<u>3.909.169,01</u>	144.515.091,58	2.286.449,96
<u>III. Finanzanlagen</u>			
sonstige Ausleihungen		8.921,04	4.437,84
B. Umlaufvermögen			
<u>I. Vorräte</u>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
2. Grundstücke des Umlaufvermögens	17.043,79		17.341,37
	<u>474.780,40</u>	491.824,19	474.780,40
<u>II. Forderungen und sonstige</u>			
<u>Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	261.349,80		307.914,81
(Vorjahr: €	0,00		
2. Forderungen gegen die Stadt Voerde	0,00)	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	50.939,53		814.870,61
(Vorjahr: €	0,00		
3. sonstige Vermögensgegenstände	0,00)	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	3.700,55		35.234,56
(Vorjahr: €	0,00		
	0,00)	
		<u>315.989,88</u>	

III. Guthaben bei Kreditinstituten

3.415,87 71.148,54

C. Rechnungsabgrenzungsposten

5.994,05 25.601,21

145.370.121,86 147.324.345,11



Passivseite			<u>31.12.2015</u>
	€	€	€
A. Eigenkapital			
<u>I. Stammkapital</u>		20.000.000,00	20.000.000,00
<u>II. Rücklagen</u>			
1. Kapitalrücklage	26.047.947,21		26.047.947,21
- andere Gewinnrücklagen	0,00	26.047.947,21	2.882,71
<hr/>			
<u>III. Verlustvortrag</u>		-9.661,12	0,00
<u>IV. Jahresüberschuss (+), bzw.-fehlbetrag (-)</u>		175.736,37	-12.543,83
B. Sonderposten			
1. Sonderposten für Zuwendungen	40.511.978,91		41.884.336,48
2. Sonderposten für Beiträgen	20.048.128,15	60.560.107,06	20.651.056,40
<hr/>			
C. Rückstellungen			
1. Instandhaltungsrückstellungen	33.500,00		0,00
2. sonstige Rückstellungen	2.312.910,00	2.346.410,00	2.190.620,00
<hr/>			
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	907.202,67		48.978,56
- davon mit einer Restlaufzeit bis			
zu einem Jahr €	907.202,67		
(Vorjahr: €	48.978,56)		
- davon mit einer Restlaufzeit von			
mehr als einem Jahr €	0,00		
(Vorjahr: €	0,00)		
2. erhaltene Anzahlungen			
- davon mit einer Restlaufzeit bis	440.747,20		39.554,20
zu einem Jahr €	440.747,20		
(Vorjahr: €	39.554,20)		
- davon mit einer Restlaufzeit von			
mehr als einem Jahr €	0,00		
(Vorjahr: €	0,00)		



3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr €	956.950,30	1.620.185,84
(Vorjahr: €	1.620.185,84	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00	

4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Voerde

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr €	29.187.350,26	30.152.287,45
(Vorjahr: €	4.118.388,49	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	24.845.054,37	
(Vorjahr: €	26.033.898,96)	

5. sonstige Verbindlichkeiten

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr €	68.855,65	104.025,83
(Vorjahr: €	104.025,83)	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00)	
- davon aus Steuern €	60.119,78	
(Vorjahr: €	57.522,02)	
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00)	
		31.561.106,08

E. Rechnungsabgrenzungsposten

4.688.476,26 4.595.014,26

145.370.121,86 147.324.345,11



4.5 Gewinn- u. Verlustrechnung

	€	€	<u>Vorjahr</u> €
1. Umsatzerlöse		22.663.440,79	22.869.196,60
2. Verminderung des Bestandes an Grundstücken		0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen		246.395,88	120.333,58
4. sonstige betriebliche Erträge		<u>1.582.623,14</u>	<u>2.162.272,75</u>
		24.492.459,81	25.151.802,93
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	128.128,38		147.648,86
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>10.421.528,40</u>	10.549.656,78	<u>9.461.860,42</u>
			9.609.509,28
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.292.223,34		4.402.230,43
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.162.807,40		1.178.252,19
- davon für Altersversorgung €	322.171,83	<u>5.455.030,74</u>	
(Vorjahr: €	330.397,24)	5.580.482,62
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.895.595,54	3.863.570,95
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.412.921,78	5.186.570,79
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>990.259,52</u>	<u>915.543,84</u>
- davon an die Stadt Voerde €	990.259,52		
(Vorjahr: €	915.543,84)	
11. Ergebnis nach Steuern		188.995,45	-3.874,55
12. sonstige Steuern		<u>13.259,08</u>	<u>8.669,28</u>
13. Jahresüberschuss (+), bzw.-fehlbetrag (-)		<u><u>175.736,37</u></u>	<u><u>-12.543,83</u></u>



4.6 Sonstige Angaben

Betriebsleitung

Der Betriebsleitung gehörten im Wirtschaftsjahr 2016 Herr Wilfried Limke, Herr Ernst Brill (bis 31.03.2016) sowie Herr Michael Bruchhausen (ab 01.04.2016) an. Die für die Betriebsleitung aufgewandten Beträge belaufen sich im Wirtschaftsjahr 2016 auf T€ 78 für Herrn Limke (anteilige Personalkosten einschließlich Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung je 50 %), auf T€ 21 für Herrn Brill (anteilige Personalkosten einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgungskasse 100 %) sowie auf T€ 72 für Herrn Bruchhausen (anteilige Personalkosten einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgungskasse 100 %).

Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss des KBV bestand im Wirtschaftsjahr 2016 aus folgenden Mitgliedern (in alphabetischer Reihenfolge):

Mitglieder

Stellvertreter

Fregin, Manfred
Rentner

Claus, Jürgen
Schlosser

Goemann, Uwe
Leitender Angestellter

Siebert, Daniel
Industriekaufmann

Gördü, Hasan
Energieanlageelektroniker

Pollmann, Andreas
Anlagenbediener (bis 12.12.2016)
Neukäter, Heinrich
Oberstudienrat i.R. (ab 13.12.2016)

Kann-Guedes, Doris
Bürokauffrau

Goltz, Udo
Dipl.-Ing. i.R.

Kleinherne, Uwe
Hausmeister

Friedrichs, Klaus
Rechtsanwalt (bis 25.08.2016)
Kolbe, Tanja
Schulassistentin (ab 13.12.2016)

Knipping, Dominik
Kaufm. Angestellter (bis 02.06.2016)

Albri, Jürgen
Realschuldirektor i.R.

Pollmann, Andreas
Anlagenbediener (ab 13.12.2016)

Albri, Jürgen
Realschuldirektor i.R.



Langenfurth, Jan Bauingenieur	Hüsken, Gerd Vorstandsmitglied Volksbank Rhein- Lippe eG
Meiners, Stefan Beamter	Klenner, Michael Verwaltungsangestellter
Meulendyck, Hans-Peter Rentner	Ernsting, Ludger Bäcker
Neßbach, Ulrich Dipl.-Ing. Gartenbauingenieur	Krieg, Wolfgang Pensionär
Rieser, Ralf Arbeitsvermittler	Schwarz, Ulrike Pensionärin
Sarres, Hans-Bernd Betriebsleiter	Holl, Reinhold Unternehmer
Sarres, Mark Dipl.-Bauingenieur	Dr. Friege, Henning Dipl.-Chemiker
Schneider, Georg Speditionskaufmann, Gesellschafter	Hülser, Ingo Maschinenbautechniker
Thomas, Jörg Justizvollzugsbeamter	Kramer, Bernhard Beleuchter

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 GO NW

Alakas, Abdullah Busfahrer	Yirtik, Hakan Berufskraftfahrer
Bergmann, Hans-Peter Pensionär	---
Göttler, Helmut Rentner	Kempe, Hans-Jürgen Rentner

Ausschussvorsitzender:	Georg Schneider
1. stellv. Vorsitzender:	Hasan Gördü
2. Stellv. Vorsitzender:	Ulrich Neßbach



Separate Vergütungen für die Mitglieder des Betriebsausschusses wurden im Wirtschaftsjahr 2016 nicht geleistet.

4.7 Weitere Entwicklungen/Ausblicke

Der Rat der Stadt Voerde hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 beschlossen, den Kommunalbetrieb Voerde zum 01.01.2017 in die Kernverwaltung zurückzuführen. Insofern werden ab dem 01.01.2017 alle konsumtiven und investiven Geschäftsprozesse auf der Grundlage des NKF-Prinzips im Haushalt der Stadt Voerde geplant und bewirtschaftet.

Im letzten Wirtschaftsjahr des KBV wurde ein Jahresüberschuss von T€ 176 erwirtschaftet; die eigenbetriebsähnliche Einrichtung verfügte demzufolge bis zum Schluss über eine gesunde Eigenkapitalausstattung.

Die Rückführung wurde planmäßig umgesetzt.



5. Wasserversorgung Voerde GmbH

Wasserversorgung Voerde GmbH

Rathausplatz 20

46562 Voerde

Telefon: 02855 80 335

Telefax: 02855 80 570

E-Mail: wvv@voerde.de



5.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wasserversorgung Voerde GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Wasserversorgung Voerde GmbH
Sitz	Voerde (Niederrhein)
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Duisburg unter der Nummer HRB 9960
Gesellschaftsvertrag	Vertrag vom 26.10.1994 in der geänderten Fassung vom 14.12.2012



5.2 Unternehmensgegenstand der Wasserversorgung Voerde GmbH

Gegenstand des Unternehmens sind die Beschaffung und Lieferung von Trinkwasser und Energie im Stadtgebiet Voerde sowie der Bau und die Unterhaltung des hierzu erforderlichen Rohrnetzes und der Erwerb, Bau und Betrieb von Energieversorgungsanlagen.

Der Gesellschaftszweck ist auf öffentliche Zwecke ausgerichtet. Im Zusammenhang des Unternehmensgegenstandes kann die Gesellschaft

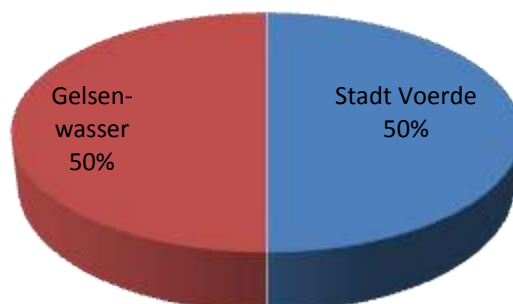
1. andere Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen,
2. Handelsgeschäfte und Dienstleistungen jeglicher Art ausführen,
3. Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen errichten.

5.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wasserversorgung Voerde GmbH

Stammkapital: 2.600.000 €

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Voerde	1.300.000	50
Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen	1.300.000	50

Gesellschaftsanteile





5.4 Organe der Wasserversorgung Voerde GmbH

Geschäftsführung

Christian Creutzburg
 Haltern am See
 seit 01. Juli 2016

Heiner Krietenbrink
 Gelsenkirchen
 bis 30. Juni 2016

Dirk Haarmann
 Voerde

Aufsichtsrat

Vorsitz

Eva Lucia Kröger
 Alpen
 Bereichsleiterin Verteilung Wasser der
 Gelsenwasser AG
 Vorsitzende seit 01. Januar 2017
 stellvertretende Vorsitzende bis 31. Dezember 2016

Ulrike Schwarz
 Voerde
 Schulamtsdirektorin a.D.
 Stellvertretende Vorsitzende seit 01. Januar 2017
 Vorsitzende bis 31. Dezember 2016

Mitglieder

Markus Barczik
 Dorsten
 Leiter Rechnungswesen der Gelsenwasser AG

Eckart Capitain
 Mülheim a.d. Ruhr
 Mitarbeiter Vertrieb Wasser der Gelsenwasser AG

Bernd Hartung
 Bochum
 Leiter Betriebsdirektion Unna der Gelsenwasser AG



Reinhold Holl
Voerde
Geschäftsführer des Gesundheitszentrums Friedrichs-
feld

Simone Kaspar
Dinslaken
Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Voerde

Stefan Meiners
Voerde
Beamter

Jens Sielemann
Gelsenkirchen
Mitarbeiter Teilnehmungsmanagement der Gelsenwas-
ser AG seit 01. Januar 2017

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 10.400 €.

Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder:

Ulrike Schwarz	1.300 €
Eva Lucia Kröger	1.300 €
Markus Barczik	1.300 €
Simone Kaspar	1.300 €
Eckart Capitain	1.300 €
Bernd Hartung	1.300 €
Stefan Meiners	1.300 €
Reinhold Holl	1.300 €

Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit nebenberuflich aus. Herr Krietenbrink ist hauptberuflich Geschäftsführer der Gelsenwasser Energienetze GmbH, Gelsenkirchen, Herr Creutzburg Leiter der Betriebsdirektion Niederrhein der Gelsenwasser Energienetze GmbH und Herr Haarmann Bürgermeister der Stadt Voerde.

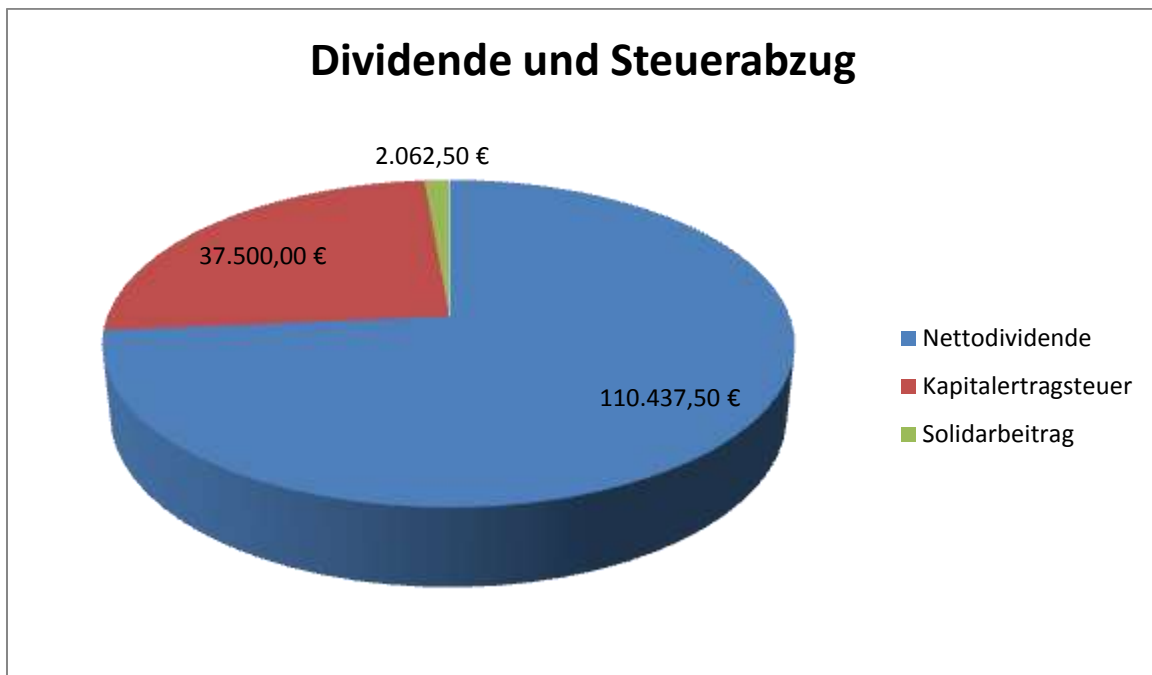
Herr Haarmann erhielt für seine Tätigkeit als Geschäftsführer 5.590,20 €. Herr Creutzburg und Herr Krietenbrink erhielten für ihre Tätigkeit keine Vergütung von der WVV.



5.5 Finanzielle Auswirkungen der Wasserversorgung Voerde GmbH auf den städtischen Haushalt

Die Gesellschaft hat im Wirtschaftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von 430.000,00 € erwirtschaftet. Von dem erwirtschafteten Jahresüberschuss werden 300.000,00 € an die Gesellschafter ausgezahlt, somit aufgrund der Geschäftsanteile 150.000,00 € an die Stadt. Die Nettodividende nach Abzug aller Steuern beträgt 110.437,50 € (s. nachfolgende Tabelle).

Dividende für das Geschäftsjahr 2016	
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde am 01.01.2016	1.300.000,00 €
Dividende für das Geschäftsjahr 2016	150.000,00 €
./. Kapitalertragsteuer	37.500,00 €
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	2.062,50 €
Nettodividende für das Geschäftsjahr 2015	110.437,50 €
Zu erwartende Erstattung von Kapitalertragsteuer und Solidarbeitrag	39.562,50 €



	Nettodividenden	Zuschüsse
2014	110.437,50	0,00
2015	110.437,50	0,00
2016	110.437,50	0,00



5.6 Auszug aus dem Wirtschaftsprüfungs- und Lagebericht der Wasserversorgung Voerde GmbH

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Die Aufgabe der Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV) ist die Versorgung der Stadt Voerde mit Trinkwasser sowie der Erhalt und der Ausbau der dazu notwendigen Versorgungsanlagen. Basis für die Wasserversorgung in der Stadt Voerde ist der langfristig vereinbarte Konzessionsvertrag.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 50 % der Anteile an der WVV. 50 % der Anteile werden von der Gelsenwasser AG gehalten.

Betriebsführung

Die WVV verfügt über kein eigenes Personal. Die Gelsenwasser Energienetze GmbH (GWN) führt den technischen und kaufmännischen Betrieb des Gelsenwasser-Unternehmens mit eigenen Mitarbeitern und mit Unterstützung durch Mitarbeiter der Gelsenwasser AG auf Basis eines langjährigen Vertrags.

Durch die Zertifizierung der GWN gemäß DVGW-Arbeitsblatt W1000 ist die Erfüllung der angezeigten „Anforderungen an Trinkwasserversorgungsunternehmen“ sichergestellt.

Wasserversorgung

Die WVV versorgt rd. 8.700 Kunden mit Trinkwasser, wobei die Wasserverteilung über ein 212 km langes Versorgungsnetz erfolgt.

Die Belieferung der WVV mit Trinkwasser erfolgt ausschließlich durch die Gelsenwasser AG.

Im Berichtsjahr belief sich die Trinkwasserabgabe auf 2.00 Mio. m³ (Vorjahr: 2,03 Mio. m³). Davon entfielen auf Tarifkunden 1.61 Mio. m³ (Vorjahr: 1.59 Mio. m³) und auf Großkunden 0,39 Mio. m³ (Vorjahr: 0,43 Mio. m³).

Im Jahresverlauf 2016 ergab sich eine rechnerische Differenz zwischen gemessener Wasserbezugsmenge und abgabeseitig fakturierter Menge in Höhe von 0,33 Mio. m³ (14,2 %). Zur Ermittlung der Wasserverluste ist diese Differenz um die Mengen für Rohrnetzspülung, Löschwasserentnahmen und sonstigen Eigenverbrauch zu korrigieren. Die sich daraus ergebende spezifische Verlustrate (qVR) beträgt gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt W 392 0, 1698 m³/(h*km).

Zum 01. Januar 2016 erfolgten keine Preisanpassungen.

Die Preise für Individualkunden wurden entsprechend den jeweiligen Preisvereinbarungen angeglichen.



Für das Jahr 2016 ergaben sich Umsatzerlöse mit Tarifkunden in Höhe von 4.365 T€ und mit Sonderkunden in Höhe von 505 T€. Insgesamt betragen die Haupterlöse 4.870 T€ (Vorjahr: 4.868 T€).

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Berichtsjahr wurde das Rohrnetz um 236 m erweitert; 2.660 m des Leitungsnetzes wurden erneuert. Zudem wurden 66 neue Hausanschlüsse hergestellt (Vorjahr: 48). Die Investitionen in Höhe von 847 T€ (Vorjahr: 786 T€) für das Jahr 2016 wurden aus der Innenfinanzierung gedeckt.

Gemessen an der Anlagenintensität sind 79,0 % (Vorjahr: 81,6 %) des Gesamtvermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung von WVV in den Cash-Pool des Gelsenwasser-Konzerns die Liquidität des Unternehmens.

Derivate Finanzinstrumente werden langfristig ausschließlich zur Aufhebung von Risiken aus Zinspositionen auf Basis des jeweiligen Grundgeschäfts eingesetzt.

Der Deckungsgrad zur Darstellung der fristenkongruenten Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens beträgt 51,9 % (Vorjahr: 49,9 %). Der Deckungsgrad für das langfristig gebundene Vermögen ist erwartungsgemäß weiterhin auf einem niedrigen Niveau, da die vertragsgemäße Restlaufzeit des langfristig aufgenommenen Darlehens weniger als 5 Jahre beträgt. Für die Refinanzierung des Darlehens werden frühzeitige Gespräche mit Kreditinstituten angestrebt.

Ertragslage

Im Jahr 2016 wurden die Tätigkeiten zur Substanzerhaltung des Wasserversorgungsnetzes fortgeführt. Dabei stehen den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Instandhaltungsmaßnahmen höhere Investitionen gegenüber, die sich erst durch die Periodisierung über die Nutzungsdauer aufwandsmindernd auswirken. Das betriebliche Ergebnis liegt mit 994 T€ über dem Vorjahresergebnis. Nach Abzug von Zinsergebnis und Steuern liegt der Jahresüberschuss mit 430 T€ um 10 T€ über dem Vorjahreswert.

Aus dem erwirtschafteten Ergebnis lässt sich eine Gesamtrentabilität nach Steuern von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) ableiten.



Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GWN über die GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. In diesem Zusammenhang wurde eine Aufnahme und Bewertung von Risiken sowie der Sicherungs- und Gegenmaßnahmen für die WVV durchgeführt.

Über den Betriebsführer werden regelmäßig latente Risiken identifiziert und analysiert sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenshöhe bestimmt. Dabei hat die Einrichtung von Sicherungssystemen zur Vermeidung von Risiken erste Priorität.

Risiken ergeben sich aus den allgemeinen Umfeld- und Betriebsbedingungen.

Die Sicherstellung der Liquidität wird durch die Einbindung in den Cash-Pool des GELSENWASSER-Konzerns und ein aktives Forderungsmanagement gewährleistet.

Aus heutiger Sicht sind für die WVV keine bestandsgefährdenden und sonstigen Risiken erkennbar, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Eintrittsfall zu Illiquidität oder Überschuldung führen können.

Ausblick

Hauptaufgaben für die Zukunft bleiben weiterhin die Sicherung, der Ausbau und der Erhalt einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Wasserversorgung.

Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 1.090 T€ vorgesehen, die ausschließlich für die Erneuerung und die Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen verwendet werden sollen.

Die Fortsetzung der notwendigen Rehabilitation von Wasserleitungen und Hausanschlüssen soll neben einer Verbesserung der Versorgungsverhältnisse hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Qualität auch eine Erhöhung der Nutzungsdauer der Leitungen bewirken. Zudem sollen diese Maßnahmen zur Senkung der Wasserverlustquote beitragen und diese auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Die Unternehmensplanung zeigt für die Jahre 2017 und 2018 einen temporären Ergebnisrückgang, ab dem Jahr 2019 tritt jedoch ein deutliches Ergebniswachstum ein. Somit zeigt sich insgesamt eine konstante Ergebnisentwicklung und eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Für das Jahr 2017 wird ein Jahresüberschuss i. H. v. rd. 245 T€ erwartet. Die WVV sieht im Hinblick auf die Fortsetzung des Rehabilitationsprozesses des Rohrnetzes durch die Zusammenarbeit mit der GWN/Gelsenwasser AG und deren Know-how sehr gute Chancen, eine nachhaltig sichere und langfristig stabile Wasserversorgung in der Stadt Voerde zu erreichen.

**5.7 Bilanz der Wasserversorgung Voerde GmbH**

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.427,00				
II. Sachanlagen						
1. Rohrnetz	11.210.659,00		11.448.112,00		11.684.462,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.078,26		41.174,89			
		11.308.164,26		11.489.286,89		11.684.462,00
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	244.418,65		199.025,94		231.531,13	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.340.506,58		970.976,87		940.988,39	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	180.500,19		179.272,74		249.754,84	
		1.765.425,45		1.349.275,55		1.422.274,36
II. Guthaben bei Kreditinstituten		1.215.178,49		1.211.977,16		1.251.204,44
		2.980.603,91		2.561.252,71		2.673.478,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten		24.261,32		28.136,60		32.011,88
		14.313.029,49		14.078.676,20		14.389.952,68



Passivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00		2.600.000,00		2.600.000,00	
II. Gewinnrücklagen						
Andere Gewinnrücklagen	1.803.513,68		1.683.513,68		1.533.513,68	
III. Jahresüberschuss	430.000,00		420.000,00		450.000,00	
		4.833.513,68		4.703.513,68		4.583.513,68
B. Bau- u. Ertragszuschüsse		1.339.037,00		1.327.923,00		1.365.927,00
C. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	-		18.208,00		18.208,00	
2. Sonstige Rückstellungen	253.917,85		206.130,31		220.346,89	
		253.917,85		224.338,31		238.554,89
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.669.378,22		7.669.378,22		7.757.576,07	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	204.115,06		147.509,66		429.057,95	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.319,69		216,21		3.135,31	
4. sonstige Verbindlichkeiten	10.747,99		5.797,12		12.187,78	
		7.886.560,96		7.822.901,21		8.201.957,11
		14.313.029,49		14.078.676,20		14.389.952,68

**5.8 Gewinn- und Verlustrechnung der Wasserversorgung Voerde GmbH**

	2016 €		2015 €		2014 €	
1. Umsatzerlöse		5.015.832,85		5.024.599,05		5.053.797,61
2. Sonstige betriebliche Erträge		11.523,19		14.881,73		3.524,43
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.629.137,66		-1.649.035,30		-1.569.459,84	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-498.894,35		-555.043,35		-570.138,76	
		-2.128.032,01		-2.204.078,65		-2.139.598,60
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	-6.190,20		-11.590,20		-10.210,65	
b) Soziale Abgaben	-867,33		-834,60		-669,37	
		-7.057,53		-12.424,80		-10.880,02
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-1.022.689,33		-977.917,57		-956.266,59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-875.282,39		-855.640,20		-896.314,56
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.193,53		3.093,51		5.364,20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-350.761,74		-350.136,55		-349.951,07
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-214.726,57		-222.376,52		-259.675,40
10. Ergebnis nach Steuern		430.000,00		420.000,00		450.000,00
11. Sonstige Steuern		-		-		-
12. Jahresüberschüsse		430.000,00		420.000,00		450.000,00



6. DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Moltkestr. 8

46483 Wesel

Telefon: 0281 30 02 30 30

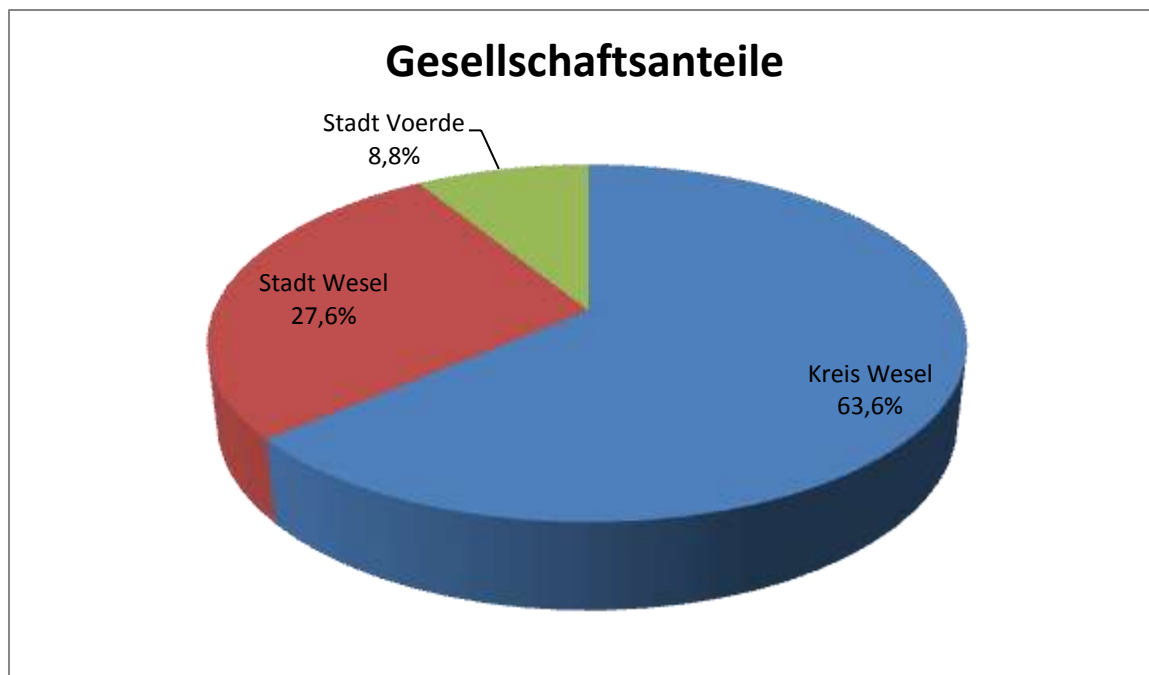
6.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Sitz	Wesel
Handelsregistereintragung	Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte beim Amtsgericht Duisburg unter HRB Nr. 11257 am 05.09.2012.
Gesellschaftsvertrag	vom 24. August 2012
Komplementärin	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die DeltaPort Verwaltungs GmbH (Amtsgericht Duisburg HRB 24773), ohne Anteil am Festkapital

6.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Stammkapital: **1.000.000 €**

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Kreis Wesel	636.000	63,6
Stadt Wesel	276.000	27,6
Stadt Voerde	88.000	8,8



6.3 Zusammensetzung der Organe und Angaben gem. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NW

Geschäftsführung

Stolte, Andreas
 Dipl.Wirtsch.-Ing.
 Bezüge Euro 74.666,67
 Tantieme Euro 18.666,67
 Gesamtsumme: Euro 93.333.34

Aufsichtsrat

Borkes, Karl
 Kreiskämmerer
 Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Franken, Heinz-Gerd
 Bergmann im Vorruhestand
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Nabbefeld, Michael
 Krankenkassenbetriebswirt
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Aufsichtsratsvorsitzender

Kiehlmann, Peter
 Verwaltungsangestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 5.200,00

Lordick, Ulrich
 Angestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Kück, Hubert
 Lehrer
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.000,00



Devers, Josef
Sparkassenbetriebswirt
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Kretz-Manteuffel, Rudolf
Rechtsanwalt
Sachk. Bürger
Euro 1.000,00

Trippe, Wilhelm
Rentner
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Mölleken, Bert
Rechtsanwalt
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.152,00

Schmitz, Monika
Hausfrau
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Kunstleben, Daniel
1. Beigeordneter der
Stadt Wesel
Euro 1.000,00

Drüten, Gerd
Hauptamtl. VHS Leiter
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Brands, Reinhold
freiberuflicher Publizist
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Wagner, Sascha Heribert
Landesgeschäftsführer DIE LINKE.NRW
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.000,00

Haubitz, Volker
Gymnasiallehrer i.R.
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Dr. Heß, Peter
Zweiter stellvertretender Bürgermeister
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.000,00

Paulik, Axel
prakt. Betriebswirt (KA)
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Hovest, Ludger
Rentner
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 2.142,00

Moll, Thomas
Dipl. Ingenieur
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Trittmacher, Helmut
Städtischer Oberverwaltungsrat
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Neßbach, Ulrich
Diplom-Gartenbauingenieur
Ratsmitglied Stadt Voerde
Euro 1.000,00

Garden, Christian
Dozent
Ratsmitglied Stadt Voerde
Euro 1.200,00



Langenfurth, Jan
 Bauingenieur
 Ratsmitglied Stadt Voerde
 Euro 1.500,00

Limke, Wilfried
 1. Beigeordneter der Stadt Voerde
 Euro 1.200,00

Strunk, Christian
 Mitglied der Geschäftsführung der
 Hülskens Holding GmbH & Co. KG
 Euro 600,00

Gesellschafterversammlung

Dr. Müller, Ansgar
 Landrat des Kreises Wesel
 Euro 5.200,00

Stellvertreter
 Borkes, Karl
 Kreiskämmerer
 Euro 600,00

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Berger, Frank
 Sozialversicherungsfachangestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 5.200,00

Stellvertreter

Bovenkerk, Udo
 Bauingenieur
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 0,00

Piechula, Monika
 Angestellte
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Stellvertreter
 Gerber-Weichelt, Gabriele
 Sparkassenbetriebswirtin
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 200,00

Westkamp, Ulrike
 Bürgermeisterin der Stadt Wesel
 Euro 600,00

Stellvertreter
 Fritz, Paul-Georg
 Beigeordneter und Stadtkämmerer
 der Stadt Wesel
 Euro 800,00

Lantermann, Jürgen
 Polizeihauptkommissar
 Ratsmitglied der Stadt Wesel
 Euro 1.400,00

Stellvertreter
 Bothen, Franz
 Rentner
 Ratsmitglied der Stadt Wesel
 Euro 0,00



Hornemann, Ulla Pensionärin Ratsmitglied der Stadt Wesel Euro 1.800,00	Stellvertreter Hänel, Wolfgang IT-Verwaltungsangestellter Ratsmitglied der Stadt Wesel Euro 0,00
Haarmann, Dirk Bürgermeister der Stadt Voerde Euro 1.600,00	Stellvertreter Kaspar, Simone Beigeordnete und Stadtkämmerin der Stadt Voerde Euro 0,00
Buhren-Goch, Gisela Personalberaterin Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 1.400,00	Stellvertreter Weltgen, Stefan Leitender Angestellter Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 0,00
Hülser, Ingo Maschinenbautechniker Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 800,00	Stellvertreter Altmeppen, Bernd Journalist Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 600,00

Die Vergütungen von Bürgermeisterin Ulrike Westkamp und Bürgermeister Dirk Haarmann werden an die Kommune abgeführt.

6.4 Unternehmensgegenstand der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Gegenstand des interkommunalen Unternehmens ist

- die marktgerechte Bereitstellung und Entwicklung von Flächen und Infrastruktur im Bereich der Häfen und des Bahnbetriebs. Dazu gehört auch die Planung, Errichtung, Unterhaltung und Finanzierung der dazu notwendigen Anlagen.
- Gegenstand des Unternehmens ist auch die Umsetzung der Flächenentwicklung im Bereich der vorhandenen Betriebsstätten, deren Arrondierung und Optimierung in Vorbereitung auf die Ansiedlung attraktiver Gewerbebetriebe sowie die Entwicklung und Vermarktung der Flächen der Gesellschaft an hafenaffine Nutzer.



6.5 Belegschaft

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer belief sich auf 13 Gehaltsempfänger.

6.6 Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses

Mit der Einbringung des Hafens Emmelsum und des Stadthafens Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel an der Betriebsstätte Rhein-Lippe-Hafen im August 2013, rückwirkend zum 01.01.2013, ist die DeltaPort GmbH & Co. KG für die Verwaltung und den Ausbau der Betriebsstätten Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen und Stadthafen Wesel zuständig.

Die DeltaPort GmbH & Co. KG ist eine rein kommunal beherrschte Gesellschaft. Gesellschafter sind der Kreis Wesel, die Stadt Wesel sowie die Stadt Voerde. Komplementärin ist die DeltaPort VerwaltungsgmbH.

Der trimodale (Wasser, Straße, Schiene) **Hafen Emmelsum** auf dem Gebiet der Stadt Voerde ist vornehmlich ein Umschlaghafen für Container und in geringerem Umfang für Stückgut. Er verfügt über eine eingehauste Saugvorrichtung für Schüttgüter zur Versorgung des Aluminiumwerkes sowie insgesamt 3 Portalkräne mit einer jeweiligen Tragfähigkeit von 50 Tonnen. Die Kräne werden von angesiedelten Unternehmen betrieben. Das Hafenbecken verfügt im Bereich der drei Krananlagen über Kai-mauern in einer Gesamtlänge von insgesamt 715 Metern. Das Sohlenniveau entspricht dem des Rheins, so dass jedes rheingängige Schiff den Hafen Emmelsum anlaufen kann. Die Größe des Hafenbeckens erlaubt 6er-Schubverbandseinheiten. Der Hafen Emmelsum hat eine Gesamtfläche von rd. 58 ha. Davon sind ca. 19 ha derzeit belegt. Der Standort verfügt über eine sofort nutzbare Ansiedlungsfläche von rd. 6 ha. Im Rahmen des Erweiterungsprojektes sollen zusätzliche Gewerbe-/Industrieflächen in einer Größenordnung von rd. 15 ha hergestellt werden.

Über die neugebaute Kreisstraße 12n (K12n) ist der Hafen ideal an das öffentliche Straßennetz (Bundesstraße B 8 und B 58, sowie die Bundesautobahnen BAB 3, BAB 31 und BAB 57) angebunden.

Ferner besitzt der Hafen Emmelsum eine eigene Schieneninfrastruktur mit einer Gesamtlänge von 13 Kilometern. Mit diesem Gleisanschluss wird das Hafensareal sowie das Gewerbegebiet Hünxebucholtswelmen über die Verbindungsstrecke Oberhausen-Spellen, unabhängig von der parallel verlaufenden Betuwe-Linie (Arnheim-Oberhausen) in Oberhausen an das Schienennetz der deutschen Bahn angeschlossen. Nach Anschluss an das dort neu eingerichtete elektronische Stellwerk ist künftig eine 24-stündige Befahrung der Verbindungsstrecke möglich.

Der **Rhein-Lippe-Hafen** liegt an der Einmündung des Wesel-Datteln-Kanals bei Rheinkilometer 813,4 komplett auf dem Gebiet der Stadt Wesel. Er hat die Funktion eines öffentlichen Industrie- und Umschlaghafens. Derzeit ist der Rhein-Lippe-Hafen für den Umschlag von Gefahr- und Massengütern, die schütt-, saug- und pumpbar gelöscht und verladen werden können, ausgelegt. Die Hafensflächen sind hochwasserfrei aufgeschüttet. Die Ufer sind über eine Länge von 1.650 Metern ausgebaut (Bö-



schung). Die Wasserfläche hat eine Größe von ca. 19 ha. Aufgrund der Wassertiefe von Pegelstand Wesel + 1,25 m können auch größere Schiffseinheiten den Hafen anlaufen.

Der Rhein-Lippe-Hafen ist über den Wesel-Datteln-Kanal und den Rheinstrom an das europäische Wasserstraßennetz angebunden. Über die neu angelegte Zufahrtsstraße hat der Hafen eine Verbindung mit der K12n und dem öffentlichen Straßennetz (Bundesstraßen B 8 und B 58 sowie den Bundesautobahnen BAB 3, BAB 31 und BAB 57). Über die in unmittelbarer Nachbarschaft bestehende Gleisinfrastruktur des Hafens Emmelsum kann ein Güterversand/-empfang abgewickelt werden. Der Hafen verfügt über Vermarktungsflächen von rd. 65 ha, von denen 20 ha sofort bebaubar sind.

Der ebenfalls trimodal angebundene Stadthafen ist ein Umschlagshafen für Agrargüter, Schütt- und Massengüter sowie Flüssiggüter.

Der **Stadthafen Wesel** verfügt über einen Mobilkran, eine Mineralölumschlagsanlage, Förderbänder sowie eine Sauganlage für Schüttgüter. Daneben wurde eine moderne, für die Salzverladung optimierte eingehauste Umschlagsanlage in Betrieb genommen. Ferner besitzt die Betriebsstätte eine sanierte Kaimauer mit einer Gesamtlänge von 815 Metern. Wie bei den übrigen Betriebsstätten existiert über die Bundesstraße 8 ebenfalls eine ideale Anbindung an das regionale und überregionale Verkehrsnetz. Der Stadthafen Wesel verfügt ferner wie der Hafen Emmelsum über eine eigene Schieneninfrastruktur mit einer Gesamtlänge von ca. 5 Kilometern. Die Anbindung an das deutsche Schienennetz erfolgt im Hauptbahnhof Wesel an die Schienenstrecke Oberhausen-Arnheim (Betuwe-Linie).

Für alle Betriebsstätten besteht eine gute Anbindung zu Flughäfen. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Verkehrslandeplatz „Schwarze Heide“ in Hünxe. Die Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Weeze sind ebenfalls schnell zu erreichen.

6.7 Unternehmensentwicklung

Öffentlicher Zweck der Hafengesellschaft ist aus dem Unternehmensgegenstand heraus die Entwicklung und der Ausbau der Hafenstandorte Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen Wesel sowie des Stadthafens Wesel. Dabei steht zum einen die Bestandssicherung der angesiedelten Unternehmen im Mittelpunkt. Zum anderen ist es Hauptaufgabe, die enormen Entwicklungspotentiale der Häfen zu heben und zu nutzen. Ziel ist es, Unternehmen anzusiedeln, die Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung für die Region generieren.

Um diese Ziele zu erreichen, wird es im Wirtschaftsjahr 2017 eine zentrale Aufgabe der Hafengesellschaft sein, die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Masterplan „Häfenkooperation NiederRhein“ fortzuführen.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen aus dem Masterplan wurde in einem ersten Schritt durch Umwandlung der Rhein-Lippe-Hafen Wesel GmbH und Einbringung der Häfen Emmelsum und Stadtha-



fen Wesel die Gründung einer gemeinsamen leistungsfähigen Hafengesellschaft umgesetzt. Ziel ist es, diesen Gründungsprozess, der bereits weit fortgeschritten ist, abzuschließen. Mit der Gründung der gemeinsamen Hafengesellschaft ist es im Geschäftsjahr 2017 weiterhin eine Aufgabe, die Hafengesellschaft am Markt zu platzieren und in der Logistikbranche bekannt zu machen. In diesem Zusammenhang finden weitreichende und wirkungsvolle Marketingmaßnahmen statt. Des Weiteren werden verschiedene Möglichkeiten, Kooperationen mit Beteiligten der Logistikbranche sowie Häfen einzugehen, geprüft. Eine generell engere Zusammenarbeit mit den Häfen in NRW wird ebenfalls angestrebt und befindet sich in der Entwicklung. Mit dem Projekt DeltaPort 4.0 wird die Hafengesellschaft auf zukünftige Entwicklungen und Anforderungen vorbereitet und Maßnahmen entwickelt, den Hafenstandort dauerhaft attraktiv zu halten. Es finden ferner regelmäßig Gespräche mit potentiellen Ansiedlern und Investoren sowie ein reger Austausch mit bereits angesiedelten Unternehmen statt.

Darüber hinaus ist die Hafengesellschaft bestrebt, die Standortfaktoren an den Betriebsstätten zu verbessern. Hierzu werden entsprechende Themen aufgegriffen und bearbeitet (z.B. Breitbandversorgung, Angebot Schiffsausrüster uvm.).

In der Betriebsstätte Hafen Emmelsum wird es in 2017 eine Hauptaufgabe sein, das Projekt Erweiterung Hafen Emmelsum weiter voranzubringen, um zusätzliche Ansiedlungsflächen zu schaffen. Die Genehmigungsverfahren laufen und müssen auch im folgenden Geschäftsjahr intensiv bearbeitet bzw. begleitet werden.

Im Rhein-Lippe-Hafen Wesel soll der Bau einer Kaianlage am nördlichen Ufer vorangetrieben werden. Die hierfür notwendige Genehmigung liegt vor. Vorbereitende Arbeiten wurden im Jahr 2015 begonnen und ein Antrag auf Gewährung von Fördermitteln eingereicht, der voraussichtlich Anfang 2017 final positiv beschieden wird. Das notwendige Notifizierungsverfahren bei der europäischen Kommission wurde durchgeführt und mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Ferner wird die Baureifmachung der übrigen nördlichen Gewerbe- und Industrieflächen weiter vorbereitet.

Die Firma Hegmann die Errichtung ihrer Betriebsanlagen abgeschlossen und den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Die Betriebsanlagen der Firma GS-Recycling befinden sich weiterhin im Bau. Nach Abschluss des ersten Bauabschnitts in 2015 läuft die errichtete Kläranlage in der Erprobung. Im Geschäftsjahr 2016 wurde neben der Errichtung der Betriebsanlagen auch der Bau der Steigeranlage vorangetrieben und wird in 2017 weitergeführt.

Im Stadthafen Wesel ist die Sanierung der Kaimauer und der Bahnanlagen durch die Stadtwerke Wesel GmbH abgeschlossen. Die Übergabe erfolgte zum 01.07.2016. Durch die Fertigstellung der neuen Kai- und Gleisanlagen sind die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Umschlagsaktivitäten von Rhenus geschaffen worden.

Die von der Firma Hülskens Anfang 2015 in Betrieb genommene moderne Salzverladeanlage wird weiter stark frequentiert. Diese Entwicklung soll sich auch in 2017 fortsetzen. Durch die Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages hat die Firma HOMA ihre Geschäftstätigkeit auf den Stadthafen ausgedehnt. Seit 2016 werden veraltete Umschlagsanlagen abgerissen und durch leistungsfähigere ersetzt. Diese Arbeiten werden auch in 2017 fortgeführt. Der Erbbaurechtsvertrag mit



der Firma RWZ wurde vorzeitig beendet. RWZ wird in 2017 die maroden Betriebsanlagen auf eigene Kosten zurückbauen. Für die Dauer der Arbeiten ist ein Zeitraum von maximal zwei Jahren vorgesehen. Die Hafengesellschaft wird parallel Maßnahmen ergreifen, die freiwerdende Fläche an idealer Stelle im Stadthafen zeitnah zu vermarkten.

Neben den vorgenannten Hauptaufgaben sind in 2017 auch die üblichen, im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Hafengesellschaft anfallenden Aufgaben zu bewerkstelligen.

6.8 Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2016 belaufen sich auf TEUR 1.936 (Vorjahr: TEUR 2.103). Davon entfallen TEUR 341 (Vorjahr: TEUR 346) auf Erbbauzinsen, TEUR 292 (Vorjahr: TEUR 288) auf Nutzungsentschädigungen und TEUR 1.276 (Vorjahr: TEUR 1.414) auf Hafententgelte.

6.9 Investitionen

Die Anlageninvestitionen belaufen sich auf TEUR 10.536 (Vorjahr: TEUR 1.988). Es handelt sich im Wesentlichen um Zugänge im Zusammenhang mit der Erweiterung des Hafen Emmelsum sowie mit dem Bau einer Kaianlage im Rhein-Lippe-Hafen Wesel.

6.10 Personal- und Sozialbereich

Im Personal- und Sozialbereich haben sich im Geschäftsjahr 2016 Veränderungen ergeben.

Die Hafengesellschaft beschäftigte zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres sieben Mitarbeiter/innen in der Geschäftsstelle in Vollzeit sowie fünf Hafenmeister in Vollzeit an den drei Betriebsstätten. Darüber hinaus bildet die Hafengesellschaft einen Auszubildenden zum Bürokaufmann aus. Die Ausbildung wurde zum Jahreswechsel 2015/2016 erfolgreich abgeschlossen, so dass eine Übernahme erfolgte. Eine Auszubildende für den Beruf der Kauffrau für Büromanagement hat in 2015 ihre Ausbildung begonnen.

Nach Umwandlung der Rhein-Lippe-Hafen GmbH in die DeltaPort GmbH & Co. KG in 2012 erfolgte die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers zu Beginn des Jahres 2013. Der bisherige Geschäftsführer verließ auf eigenen Wunsch das Unternehmen zum 31.03.2016. Bis zur Anstellung eines neuen Geschäftsführers wurde ein Interimsgeschäftsführer für den Zeitraum 01.04.2016 bis 31.05.2016 berufen. Zum 01.06.2016 nahm der neue hauptamtliche Geschäftsführer seine Tätigkeit auf.

Zur Aufgabenwahrnehmung in der Geschäftsstelle wurden der Hafengesellschaft in 2013 zwei Bedienstete des Kreises Wesel befristet zugewiesen. Darüber hinaus erfolgte 2013 die Anstellung von zwei zusätzlichen Mitarbeiterinnen zur Ergänzung des Personalstammes. Da der für technische Aufgaben zuständige Bedienstete des Kreises Wesel Ende 2013 in den Ruhestand ging, wurde im No-



vember ein Ingenieur als Nachfolger angestellt. In 2015 erfolgte die Anstellung eines weiteren technischen Mitarbeiters. Durch Einbringung des Hafens Emmelsum sowie des Stadthafens Wesel erhöhte sich die Zahl der Hafenmeister auf fünf. Für die Dauer der Sanierungsarbeiten der Kai- sowie der Bahnanlagen im Stadthafen übernehmen die Stadtwerke Wesel GmbH die Personalkosten der beiden dort tätigen Hafenmeister zur Hälfte. Diese Vereinbarung endete mit Übernahme der sanierten Kai- und Gleisanlagen im Stadthafen zum 01.07.2016. Neben den fest angestellten Mitarbeitern/innen beschäftigt die DeltaPort GmbH & Co. KG für eine befristete Zeit einen freien Mitarbeiter.

Aufgrund der begonnenen und geplanten Entwicklungsprojekte der einzelnen Hafenstandorte und dem damit verbundenen Aufgabenzuwachs sind in 2017 weitere Änderungen im Personalbereich möglich.

6.11 Darstellung der Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 33.086, davon entfallen auf das Anlagevermögen TEUR 31.710 und auf das Umlaufvermögen TEUR 1.085. Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 19.755. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 59,71 %.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 über die vorhandenen Bankguthaben sowie durch die Gewährung eines Liquiditätsdarlehens eines Gesellschafters jederzeit sichergestellt.

Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag 2016 beläuft sich auf TEUR -253.



6.12 Vermögenstruktur

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+/- TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0	1	0	4
Sachanlagen	31.704	96	21.521	94	10.186
Finanzanlagen	2	0	2	0	0
Langfristig gebundenes Vermögen	31.711	96	21.521	94	10.190
Vorräte	2	0	2	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	604	2	881	4	-277
Forderungen im Verbundbereich	248	1	248	1	0
Sonstige Vermögensgegenstände	64	0	74	0	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	291	1	320	1	-29
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.209	4	1.525	6	-316
Liquide Mittel	63	0	31	0	32
	32.983	100	23.077	100	9.906

6.13 Kapitalstruktur

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+/- TEUR
Kapitalanteil/e abzgl. nicht angeforderter Pflichteinlagen	1000	3	1000	4	0
Rücklagen	18.873	57	18.873	83	0
Bilanzverlust/-gewinn	-228	-1	135	1	-363
Eigenkapital/Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag/Kapitalanteil/e abzgl. nicht eingeforderter Pflichteinlagen	19.645	59	20.008	88	-363
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.674	23	0	0	7.674
Langfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	0	0	500	2	-500
Langfristiges Fremdkapital	7.674	23	500	2	7.174
Mittelfristige Sonstige Rückstellungen	434	1	434	2	0
Mittelfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.004	3	0	0	500
Mittelfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	500	2	0	0	500
Mittelfristiges Fremdkapital	1.938	6	434	2	1.504
Steuerrückstellungen	44	0	59	0	-15
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	188	1	46	0	142
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.526	5	533	2	993
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	903	3	424	2	479
Kurzfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	1.276	4	1.009	4	267
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	-211	-1	64	0	-275
Kurzfristiges Fremdkapital	3.726	12	2.135	8	1.591
	32.983	100	23.077	100	9.906



Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 9.906 (= 42,9 %) auf TEUR 32.983 wesentlich erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in Anlagevermögen. Demgegenüber kam es zu einer Minderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 277 (= 31,4 %).

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 93,3 % in 2015 auf 96,1 % im Geschäftsjahr 2016 unwesentlich erhöht.

Die Veränderungen der Sachanlagen (Erhöhung um TEUR 10.186) resultieren im Wesentlichen aus der Übernahme der sanierten Kaimauer einschließlich Hafenbahn des Stadthafens mit einem Gesamtvolumen von TEUR 9.064. Weiterhin wurden Investitionen in die Westerweiterung des Hafens Emmelsum (TEUR 989) sowie des Rhein-Lippe-Hafens (TEUR 434) getätigt. Zusätzlich erfolgte die Erneuerung eines Bahnübergangs am Schied (TEUR 58).

Die Minderung der Forderungen (um TEUR 277) resultiert aus der Stichtagsbezogenheit des Abschlusses. Die Forderungen im Verbundbereich betreffen Rückforderungen an die Gesellschafter aufgrund gezahlter Kapitalertragsteuern.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (TEUR 291) beinhaltet im Wesentlichen abgegrenzte Investitionszuschüsse zu einem Portalkran.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist um TEUR 363 (= 1,8 %) auf TEUR 19.644 leicht gefallen. Die Verringerung resultiert aus dem Jahresfehlbetrag 2016 (TEUR -363).

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt zum Abschlussstichtag 59,6 % (Vorjahr: 86,7 %) des insgesamt wesentlich erhöhten Gesamtkapitals.

Nach Angaben der Geschäftsführung der Gesellschaft wird gemäß der derzeitigen Planung für 2017 erneut mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet.

Der Gesellschafter Kreis Wesel hat DeltaPort ein zum 31.12.2020 endfälliges Darlehen über TEUR 500 gewährt. Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein weiteres Darlehen über 770 TEUR gewährt, welches eine Laufzeit von einem Jahr hat. Die Laufzeit verlängert sich ohne Kündigung um jeweils ein Jahr.



Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	<u>2016</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>
Sachanlagenintensität in %	96,1	93,2	93,5	91,8
<u>Sachanlagen * 100</u>				
Gesamtkapital				
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	3,2	2,4	2,2	2,2
<u>Umsatzerlöse</u>				
Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen				
Eigenkapitalquote in %	59,7	86,7	93,5	94,7
<u>Eigenkapital</u>				
Gesamtkapital				

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 32.975, davon entfallen auf das Anlagevermögen TEUR 31.710 und auf das Umlaufvermögen TEUR 974.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 19.644. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 59,58 %.



2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechenden Vorjahresausweis erstellt:

	TEUR	2016 TEUR	2015 TEUR
Periodenergebnis	-363		232
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	345		254
+ Zunahme der Rückstellungen	127		17
+ / - Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	2		-2
+ / - Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	324		-128
+ Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	695		346
+ Zinsaufwendungen	119		18
= Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		1.249	737
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6		0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0		2
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-10.530		-1.998
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit		-10.536	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	8.925		700
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-233		0
- gezahlte Zinsen	-119		-18
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit		8.573	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds		-714	-567
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-502		65
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		-1.216	
+ Zahlungsmittel		63	31
- Jederzeit fällige Bankverbindlichkeiten		-1.279	-533
		-1.216	-502

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 über die vorhandenen Bankguthaben sowie durch die Gewährung eines Liquiditätsdarlehens eines Gesellschafters jederzeit sichergestellt.



3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+ / - TEUR	%
Umsatzerlöse	1.937		2.104		-167	-8
Andere aktivierte Eigenleistungen	75		154		-79	-51
Betriebsleistung	2.012	100	2.258	100	-246	-11
Materialaufwand	-307	-15	-330	-15	23	7
Personalaufwand	-939	-47	-811	-36	-128	-16
Abschreibungen	-345	-17	-254	-11	-91	-36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-762	-38	-654	-29	-108	-17
Sonstige Steuern	-14	-1	-42	-2	28	67
Betriebsaufwand	-2.367	-118	-2.091	-93	-276	-13
Sonstige betriebliche Erträge	89	4	105	5	-16	-15
Betriebsergebnis	-266	-14	272	12	-538	-<-100
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-119		-18		-101	
Ergebnis vor Ertragsteuern	-385		254		-639	
Ertragsteuern	22		-22		44	
Jahresergebnis	-363		232		-595	

Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2015 um TEUR 246 (=10,9 %) auf TEUR 2.012 vermindert. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Minderung der Hafententgelte um TEUR 139 sowie der aktivierten Eigenleistung um TEUR 79.

Der Materialaufwand TEUR 307 hat einen Anteil von 15,4 % der Betriebsleistung und besteht im Wesentlichen aus bezogenen Leistungen für Infrastruktur.

Der Personalaufwand TEUR 939 hat einen Anteil von 47,0 % der Betriebsleistung und hat sich gegenüber dem Vorjahr planmäßig erhöht (Zunahme um TEUR 128 oder 15,8 %). Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Neueinstellungen im Jahr 2015, welche sich im Jahr 2016 erst in voller Höhe ausgewirkt haben, sowie die Übernahme eines Auszubildenden Anfang 2016. Daneben haben tarifliche Höhergruppierungen und Steigerungen Auswirkungen auf die Personalkosten.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände TEUR 345 handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die im Wesentlichen Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen darstellen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 762 haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 108 (= 16,6 %) erhöht. Sie betreffen im Berichtsjahr insbesondere Rechts- und Beratungskosten TEUR 217, Öffentlichkeitsarbeit TEUR 62, Fremdarbeiten TEUR 81 sowie Raummieten TEUR 58.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zu 2015 um TEUR 538 auf TEUR -266 verschlechtert.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der aufgenommenen Darlehen um TEUR 101 verschlechtert (TEUR – 119, Vorjahr: TEUR -18).



Insgesamt ergibt sich in 2016 ein Jahresfehlbetrag von TEUR -363 (Vorjahr: Jahresüberschuss von TEUR 232); das Jahresergebnis hat sich somit gegenüber dem Vorjahr stark verschlechtert (um TEUR 595).

Die Ergebnisstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	2016	2015	2014	2013
Umsatzrentabilität in % Ergebnis vor Ertragsteuern u. <u>Zinsaufwand lt. GuV * 100</u> Umsatzerlöse	-13,7	12,9	1,7	-8,9
Eigenkapitalrentabilität in % <u>Ergebnis nach Ertragsteuern * 100</u> Eigenkapital	- 1,8	1,2	0,2	-0,6
Gesamtkapitalrentabilität in % Ergebnis vor Ertragsteuern u. <u>Zinsaufwand lt. GuV * 100</u> Gesamtkapital	-0,8	1,2	0,1	-06
Materialintensität in % <u>Materialaufwand * 100</u> Gesamtleistung	14,6	14,9	19,7	18,9
Personalintensität in % <u>Personalaufwand * 100</u> Gesamtleistung	44,7	34,3	44,9	39,3

6.14 Risikobericht und Prognosebericht

In 2009 wurde ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Das Risikofrüherkennungssystem wird bedarfsmäßig in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und grundlegend überarbeitet, um die Aussagekraft des Berichtes zu erhöhen. Die Ergebnisse fließen in die nachstehende Darstellung der Chancen und Risiken im Rahmen des Risikoberichtes durch die Geschäftsführung mit ein.

Eine Überarbeitung erfolgte nach Einbringung der Häfen Emmelum und Stadthafen Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel Ende 2013. Zum 31.12.2016 erfolgte eine Aktualisierung des Risikoberichts.



1. Risikobericht

Unternehmensstruktur

Ein möglicher Verlust der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DeltaPort GmbH & Co. KG wird als relativ niedrig eingestuft. Das Beteiligungscontrolling der Gesellschafterkommunen Kreis Wesel, Stadt Wesel und Stadt Voerde beobachten die Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG kontinuierlich. Aufwendungen in größerem Rahmen entstanden im Jahr 2013 durch die Neugründung der Hafengesellschaft. Weiterhin werden in den drei Hafengebieten ab 2014/2015 größere Investitionen für die Herstellung der Erweiterungsfläche Emmelsum und den Bau einer Kaianlage am Nordufer des Rhein-Lippe-Hafen Wesel getätigt. Darüber hinaus erfolgt die Übernahme der Finanzierungsverpflichtungen nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an den Kai- und Bahnanlagen im Stadthafen Wesel. Der Eintritt eines Schadens der Gesellschaft aufgrund genannter Investitionen wird als möglich eingestuft. Ohne Investitionen könnten die Flächen jedoch nicht der Vermarktung zugeführt bzw. nicht weiter genutzt werden. Gespräche bezüglich Fördermittel und Verhandlungen über günstige Kredite laufen. Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird aufgrund der vorliegenden rechtlichen Gestaltung als hoch angesehen.

Organisation

Auch Organisationsrisiken werden aufgrund einer guten Aufbau- und Ablauforganisation, funktionierender interner Kontrolle im Team, der Tätigkeit der Überwachungsorgane für unwahrscheinlich und in ihrer Höhe für niedrig gehalten. Daneben finden regelmäßig Prüfungen durch Dritte im Bereich der Auf- und Ablauforganisation statt (Jahresabschlussprüfung). Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird als hoch angesehen.

Infrastruktur

Als mögliche Risiken mit hohem Schadenspotential im Zusammenhang mit der Infrastruktur werden die Ausübung von Heimfallansprüchen durch den Hafen bei Beendigung bestehender Erbbaurechte oder durch Zeitablauf, Verkehrssicherungspflichten für den Hafen, Verletzung der Brandschutzbestimmungen oder die Verletzung des Gewässerschutzes gesehen. Diese Risiken sind grundsätzlich durch Verlagerung auf Dritte (z.B. Hafennutzer, Ansiedler, Versicherungen) durch vertragliche Vereinbarungen und die Versicherung verbleibender Risiken beeinflussbar und deren Eintrittswahrscheinlichkeit begrenzt.

Im Rahmen der Gründung der Hafengesellschaft sind allerdings auch bestehende Altverträge auf die DeltaPort GmbH & Co. KG übergegangen, bei deren Abschluss die o.a. Risiken nicht oder lediglich im begrenzten Umfang geregelt wurden. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme durch die DeltaPort GmbH & Co. KG sind bei bestehenden Vertragsverhältnissen entsprechend eingeschränkt. Eine Pflicht zur Bildung von Rückstellungen, um finanzielle Auswirkungen eines Schadenseintritts abfedern zu können, besteht nicht. Rückstellungen auf freiwilliger Basis sind rechtlich ebenfalls nicht möglich, so



dass sich bei Eintritt eines Schadens in Zukunft Auswirkungen mit hohem Schadenspotential auf die Hafengesellschaft ergeben können. Eine Minimierung der Risiken kann in diesen Fällen nur sukzessive im Rahmen von Vertragsanpassungen erfolgen. Gleichwohl wird von der DeltaPort GmbH & Co. KG geprüft, inwieweit die bestehenden Vertragsregelungen zu anderen Sachverhalten (bspw. Instandhaltungsverpflichtung baulicher Anlagen) dazu dienen können, die vorgenannten Risiken zu verringern.

Beschaffung

Aufgrund einer guten Beschaffungsorganisation werden die Risiken als gering und unwahrscheinlich eingestuft. Durch Verlagerung von Risiken auf Lieferanten bestehen sehr große Chancen, die Risiken zu minimieren.

Vertrieb

Vertriebsrisiken werden in Investitionen gesehen, die unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich wünschenswerten Ansiedlung von weiteren Hafennutzern getätigt werden, die dann jedoch aufgrund möglicher Änderungen im Nachfrageverhalten nicht im geplanten Maße ausgelastet werden. Dabei könnten die Schäden eine erhebliche Höhe erreichen. Außerdem können Risiken durch Wegfall und mangelnder Bonität von Hafennutzern eintreten. Der Eintritt eines solchen Falles wird für möglich gehalten. Es bestehen zwar durch genaue Marktbeobachtung, Planungsrechnungen und Einschaltung externer Experten und die entsprechende Ausgestaltung von Verträgen mit ansässigen und potentiellen Ansiedlern Möglichkeiten der Risikobeeinflussung. Letztendlich lassen Bedarfsänderungen sowie tiefgreifende wirtschaftliche Entwicklungen (Wirtschaftskrisen) sowie die Änderung der Geschäftsstrategien von angesiedelten Unternehmen und potentiellen Kunden sich aber nicht beeinflussen. Im Übrigen müssen zur Ansiedlung meist „Vorleistungen“ erbracht werden, deren Nutzen erst im längerfristigen Geschäftsverlauf ersichtlich wird, so dass ein erhebliches wirtschaftliches Risiko verbleibt.

Umwelt

Die Umweltrisiken sind teilweise bereits in anderen Risikobereichen aufgeführt und bewertet (Infrastruktur, Recht, Versicherungen). Obwohl das Schadenspotential bei Umweltrisiken hoch sein kann, wird die Wahrscheinlichkeit für einen Eintritt als gering eingestuft. Der Eintritt eines Schadens durch den Betrieb der angesiedelten Firmen wird als möglich eingestuft. Die Risikoabsicherung wurde vertraglich auf die Unternehmen abgewälzt. Weiterhin besteht die Möglichkeit von Änderungen im Umweltrecht, die ggf. den Vertrieb beeinflussen. Der Eintritt dieser Risiken, mit gegebenenfalls hohem Schadenspotential, wird als möglich eingestuft. Eine Risikobeeinflussung ist nur in geringem Umfang möglich.

**Recht**

Trotz sorgfältiger Kenntnis von Rechtsvorschriften können durch neue Rechtsgrundlagen, Gesetzesänderungen und Rechtsfolgen aus Grundsatzurteilen in der Rechtsprechung, insbesondere im Bereich des Steuerrechts und der Hafensicherheit, erhebliche nicht vorhersehbare Risiken für den Hafen oder die Hafennutzer und Ansiedler entstehen. Daneben kann auch die Einführung neuer sowie die Erweiterung umweltrechtlicher Vorschriften ein erhebliches Risiko darstellen. Die Geschäftsführung versucht diese Risiken durch regelmäßige Einholung von Informationen und ggf. durch die Inanspruchnahme von externen Fachleuten zu verringern.

Personal

Risiken im Bereich des Personals werden als gering eingestuft. Das Personal der DeltaPort GmbH & Co. KG kann je nach Geschäftsverlauf kurzfristig aufgestockt werden.

Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage

Aufgrund der guten Planungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragssituation der Hafengesellschaft werden hier relativ geringe Risiken gesehen.

Versicherungen

In der Vergangenheit sind nur kleine Schäden, die durch die Versicherung reguliert wurden, entstanden. Grundsätzlich sind zwar hohe Schäden möglich, aber dafür besteht nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, wobei eine hohe Chance der Risikobeeinflussung gegeben ist.

2. Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2016 wurde für die gemeinsame Hafengesellschaft mit den drei Standorten Rhein-Lippe-Hafen, Hafen Emmelsum und Stadthafen aufgestellt.

Nach diesem Wirtschaftsplan wird ein negatives Jahresergebnis erwartet. Der prognostizierte Verlust hat seine Ursache unter anderem in geplanten Zinsaufwendungen für die Finanzierung der Erweiterungsprojekte.

Nach Abschluss der Sanierung der Kaimauer im Stadthafen zum 01.07.2016 liegen nunmehr gute Voraussetzungen für eine Steigerung der Umschlagmengen und eine damit verbundene Verbesserung der Erlössituation im Stadthafen vor. Die Vermarktungsaktivitäten wurden dahingehend intensiviert, um eine positive Entwicklung einzuleiten.



Des Weiteren beeinflussen Aufwendungen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG, das Projekt Erweiterung Hafen Emmelsum sowie der Bau einer Kaianlage am nördlichen Ufer des Rhein-Lippe-Hafen Emmelsum den Geschäftsverlauf in den kommenden Geschäftsjahren maßgeblich, da sowohl für die Herstellung der Erweiterungsflächen im Hafen Emmelsum als auch für den Bau einer Kaianlage im Rhein-Lippe-Hafen Wesel größere Investitionen zu tätigen sind. Dies gilt auch für die baureif zu machenden Gewerbe- und Industrieflächen auf den nördlichen Flächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel.

Mit der Firma Hegmann wurde 2014 ein Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Schwergutterinals abgeschlossen. Die Betriebsanlagen wurden zwischenzeitlich errichtet. Im Zuge der Herstellung der Kaianlage sollen diese um ein Schwergutterterminal erweitert werden. Darüber hinaus sind die Bauarbeiten zur Errichtung der Betriebsanlagen von GS-Recycling weit fortgeschritten. In 2017 soll insbesondere der Bau der Rohrleitungstrasse sowie des Anlegesteigers vorangetrieben werden.

Die Arbeiten zur Reaktivierung des Containerterminals der Firma Contargo auf der Westseite des Hafens Emmelsum haben begonnen und sind weit fortgeschritten. Es entsteht dort das derzeit modernste Terminal des kombinierten Verkehrs an der Rheinschiene. Zum Ende des ersten Quartals 2017 ist der operative Umschlagbetrieb geplant.

Im Stadthafen wird RWZ vereinbarungsgemäß die maroden Betriebsanlagen in 2017 zurückbauen und die freigewordenen Grundstücke an die Hafengesellschaft geräumt übergeben. Maßnahmen zur direkten Wiedervermarktung wurden bereits eingeleitet und werden intensiv fortgeführt, um eine möglichst lückenlose Nutzung der in bester Lage befindlichen Fläche zu gewährleisten.

Die Firma HOMA hat durch Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages der Firma UFOK ihre Geschäftstätigkeit auf den Stadthafen ausgedehnt. Durch die Modernisierung der Verladeanlagen und Vergrößerung der Umschlagkapazitäten sollen die Umschlagaktivitäten gesteigert werden.

Daneben soll die gemeinsame Hafengesellschaft eine optimale Entwicklung der Hafenstandorte gewährleisten und durch den Ausbau der Häfen sowie die Vermarktung der Gewerbe- und Industrieflächen einen positiven Geschäftsverlauf sicherstellen. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit gleichbleibenden bzw. leicht steigenden Umschlagsmengen gerechnet.

Sonstige Angaben

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres ergeben.



6.15 Bilanz der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.180,81	5.180,81	563,21	563,21	1.163,51	1.163,51
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.440.240,06		16.565.649,06		15.434.799,71	
2. Infrastrukturvermögen Häfen	11.795.027,44		2.871.793,67		2.977.813,67	
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.183,00		1.383,00		0	
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	80.114,23		88.869,88		90.705,00	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.386.933,29		1.989.637,16		1.280.088,55	
		31.703.498,02		21.517.332,77		19.783.406,93
III. Finanzanlagen						
• Beteiligungen	1.636,13		1.636,13		1.636,13	
		1.636,13		1.636,13		1.636,13
		31.710.314,96		21.519.532,11		19.786.206,57
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
• Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.162,06		2.178,87		8.828,41	
		2.162,06		2.178,87		8.828,41
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
• Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	735.966,22		881.385,63		742.948,61	
• Forderungen gegen Gesellschafter	247.584,62		247.584,62		247.584,62	
• Sonstige Vermögensgegenstände	56.785,81		74.471,65		49.514,13	
		908.555,69		1.203.441,90		1.040.047,36
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten						
		63.321,07		30.738,01		64.815,70
		1.019.295,99		1.236.358,78		1.113.691,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
		290.599,55		319.683,72		348.385,16
		33.085.693,63		23.075.574,61		21.248.283,20



Passiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Eigenkapital						
I. Kapitalanteile		1.000.000,00		1.000.000,00		1.000.000,00
II. Rücklagen		18.872.655,69		18.872.655,69		18.872.655,69
III. Gewinn-/Verlustvortrag		135.076,67		-96.486,82		-126.852,98
IV. Jahresfehlbetrag/- überschuss		-252.619,12		231.562,82		
		19.755.113,24		20.007.732,36		
						30.366,83
B. Rückstellungen						19.776.169,54
1. Steuerrückstellungen	43.797,44		58.930,51		36.895,51	
2. Sonstige Rückstellungen	622.117,74		480.095,94		484.900,00	
		665.915,18		539.026,45		521.795,51
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.203.813,25		532.580,74		0,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferun- gen und Leistungen - davon mit einer Rest- laufzeit bis zu einem Jahr: EUR 423.810,32 (Vj. EUR 171.644,97)	903.114,95		423.810,32		171.644,97	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.508.608,97(Vj. EUR 224.045,07)	1.275.950,00		1.508.608,97		724.045,07	
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 63.118,88 (Vj. EUR 54.628,11) davon aus Steuern: EUR 8.956,61 (Vj. EUR 13.783,00) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 688,72 (Vj. EUR 110,50)	279.151,01		63.118,88		54.628,11	
		12.662.029,21		2.528.118,91		950.318,15
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.636,00		696,89		0,00
		33.085.693,63		23.075.574,61		21.248.283,20



6.16 Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
1. Umsatzerlöse		2.047.222,88		2.103.249,71		1.611.518,61
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		74.631,38		153.717,29		131.751,09
3. Gesamtleistung		2.121.854,26		2.256.967,00		1.743.269,70
4. Sonstige betriebliche Erträge		88.776,73		105.380,55		183.987,49
		88.776,73		105.380,55		
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-16,81		-8.169,24		-1.181,25	
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	-306.864,16	-306.880,97	-321.518,24	-329.687,48	-360.179,05	-361.360,30
		1.903.750,02		2.032.660,07		1.565.896,89
6. Rohergebnis						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	-763.559,66		-652.896,62		-693.631,44	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-174.981,74		-157.792,03		-131.209,69	
davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vj. EUR 12.632,34)		-938.541,40		-810.688,65		824.841,13
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-345.121,43	-345.121,43	-254.312,09	-254.312,09	-259.787,08	-259.787,08
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-761.785,37		-653.502,45		-453.506,36
		-761.785,37		-653.502,45		
10. Betriebsergebnis		-252.438,48		314.156,88		27.762,32
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		47,05		30,00		6.109,68
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-119.298,06		-18.092,36		-1.748,67
13. Finanzergebnis		-119.251,01		-18.062,36		4.361,01
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-22.032,38		-22.042,91		3.975,00
		-22.032,38		-22.042,91		
15. Ergebnis nach Steuern		-238.916,81		-42.488,79		
16. Sonstige Steuern		-13.702,31		-64.531,70		-5.731,50
17. Jahresfehlbetrag/-überschuss		--252.619,12		231.562,82		30.366,83



7. DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel

7.1 Darstellung des Geschäftsverlaufes einschl. des Geschäftsergebnisses

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich auf die Übernahme der Funktion der persönlich haftenden Gesellschafterin und Geschäftsführung bei der DeltaPort GmbH & Co. KG ausgerichtet. Eine operative Geschäftstätigkeit übt die GmbH nicht aus.

7.2 Darstellung der Lage

Ausgestattet ist die Gesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00, welches in voller Höhe eingezahlt ist. Sie hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von EUR 3.330,01 erzielt. Dabei werden die laufenden Verwaltungsausgaben der Gesellschaft aus der Haftungsvergütung bestritten, die sie von der DeltaPort GmbH & Co.KG erhält.

7.3 Risiko- und Prognosebericht

Die Entwicklung der Gesellschaft ist ausschließlich abhängig vom Geschäftsverlauf der DeltaPort GmbH & Co.KG, Wesel. Insoweit wird auf den Lagebericht der Kommanditgesellschaft verwiesen.

7.4 Sonstige Angaben

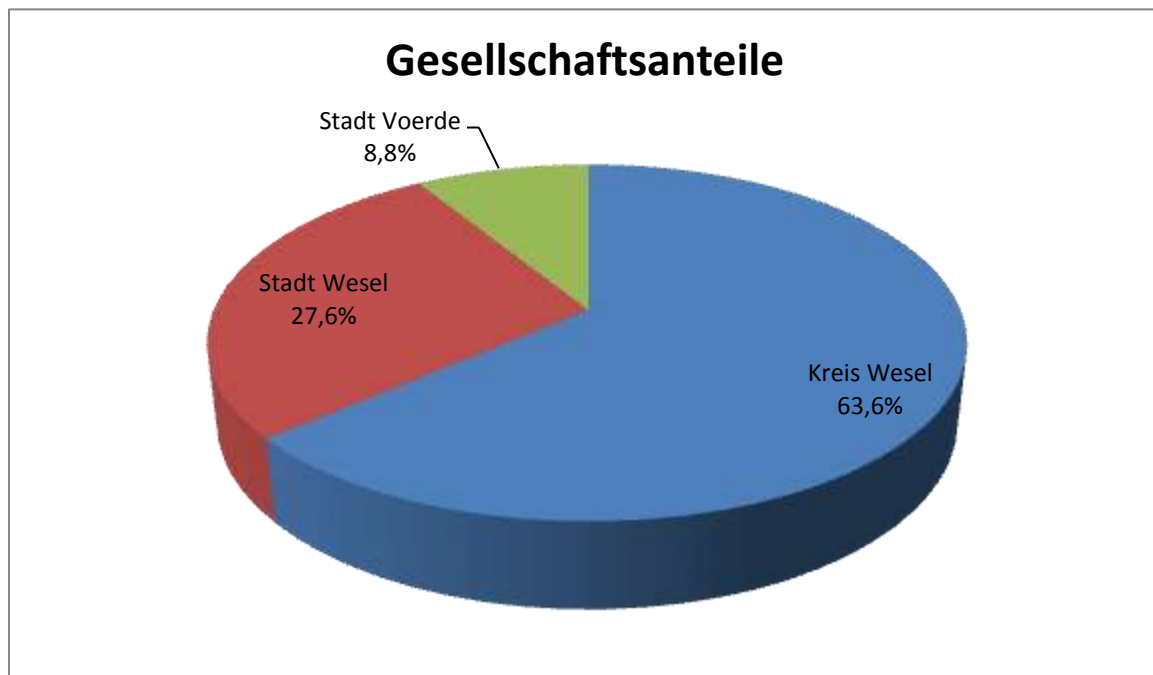
Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres ergeben.



7.5 Rechtliche Grundlagen

Regelungen im Gesellschaftsvertrag bezüglich der Organe der Gesellschaft und anderer rechtlicher Grundlagen zeigt der folgende Überblick:

Firma	DeltaPort VerwaltungsGmbH
Sitz	Wesel
Gesellschaftsvertrag	vom 24. August 2012
Handelsregister	Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte beim Amtsgericht Duisburg unter HRB Nr. 24773. Tag der Eintragung 28. August 2012.
Gegenstand des Unternehmens	Geschäftsführung der DeltaPort GmbH & Co. KG als deren persönlich haftende Gesellschafterin.
Stammkapital	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € (§ 3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages).
Kapitalverhältnisse	Die Gesellschaftsanteile verteilen sich auf die einzelnen Gesellschafter im Berichtsjahr wie folgt:
	Kreis Wesel 15.900,00 € 63,60 %
	Stadt Wesel 6.900,00 € 27,60 %
	Stadt Voerde <u>2.200,00 €</u> <u>8,80 %</u>
	<u>25.000,00 €</u> <u>100,00 %</u>



Geschäftsjahr	Kalenderjahr (§ 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages)
Organe	<p>Organe der Gesellschaft sind</p> <p>a) die Geschäftsführung,</p> <p>b) die Gesellschafterversammlung.</p>
Geschäftsführung	<p>Am 30. Januar 2013 wurde Herr Jens Briese, Kaufmann, zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Am 11. März 2016 wurde Herr Jens Briese zum 31. März 2016 als Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH abberufen. Am 11. März 2016 wurde Herr Karl Borkes, Kreiskämmerer zum 01. April 2016 zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Am 11. März 2016 wurde Herr Karl Borkes zum 31. Mai 2016 als Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH abberufen. Am 11. März 2016 wurde Herr Andreas Stolte, Dipl.-Wirtsch.-Ing. zum 01. Juni 2016 zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Die Geschäftsführer sind alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB für Geschäfte mit der DeltaPort GmbH & Co. KG befreit.</p>



Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte des gesamten Stammkapitals vertreten ist. Je 100 € eines Stammkapitalanteils gewähren eine Stimme. Es besteht eine Personengleichheit zwischen der DeltaPort GmbH & Co. KG und der DeltaPort VerwaltungsGmbH.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.950,00		4.462,50		2.975,00	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	103,05		0,00		0,00	
		6.053,05		4.462,50		2.975,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	18.195,05		22.895,58		24.411,28	
		24.248,10		27.358,08		27.386,28



Passiva	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00		25.000,00		25.000,00
II. Gewinnvortrag		778,11		1.503,76		841,94
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-3.330,01		-725,65		661,82
		22.448,10		25.778,11		26.503,76
B. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	0,00		147,00		432,25	
2. Sonstige Rückstellungen	1.800,00		920,00		0,00	
		1.800,00		1.067,00		432,25
C. Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00		512,97		450,27	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00						
- davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 512,97)		0,00		512,97		450,27
		24.248,10		27.358,08		27.386,28

7.6 Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel

	2016 EUR	2015 EUR
Umsatzerlöse	1.250,00	1.250,00
Gesamtleistung	1.250,00	1.250,00
Rohergebnis	1.250,00	1.250,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.606,74	-2.102,65
Betriebsergebnis	-3.356,74	-852,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26,73	127,00
Ergebnis nach Steuern	-3.330,01	-725,65
Jahresfehlbetrag	-3.330,01	-725,65



8. Wohnbau Dinslaken GmbH

Wohnbau Dinslaken

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Moltkestr. 4

46535 Dinslaken

Postfach 10 05 04

46525 Dinslaken

Telefon: 02064 6208 0

Telefax: 02064 6208 89

Internet: www.wohnbau-dinslaken.de

E-Mail: kontakt@wohnbau-dinslaken.de

8.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wohnbau Dinslaken GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Wohnbau Dinslaken Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz	Dinslaken
Handelsregistereintragung	B 9632 Amtsgericht Duisburg
Gesellschaftsvertrag	Neufassung am 10.06.2009



8.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wohnbau Dinslaken GmbH

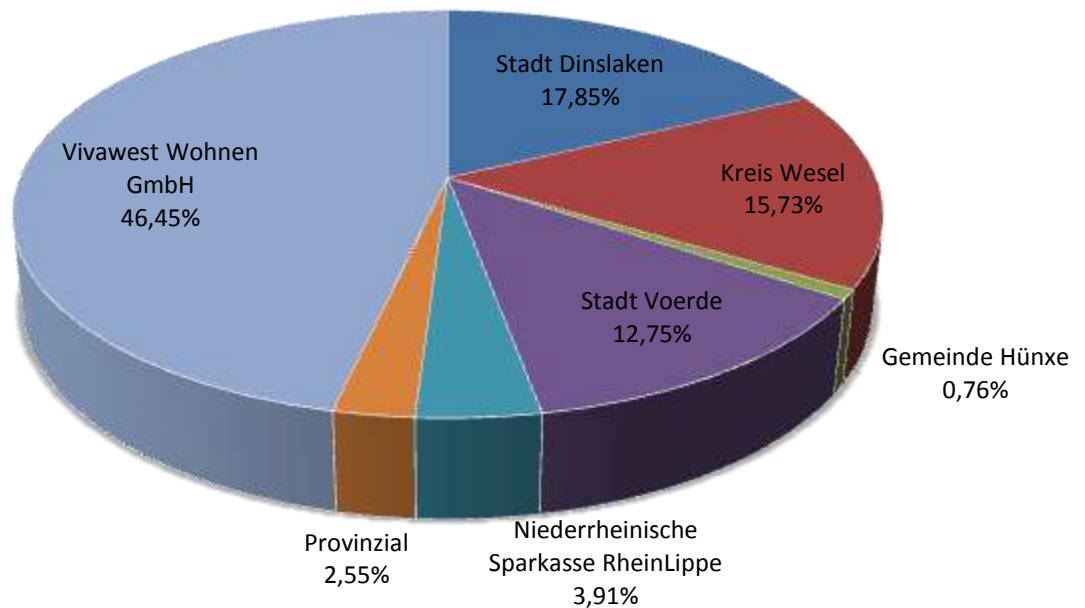
Stammkapital:

6.016.400 €

Gesellschafter	€	%
Stadt Dinslaken	1.073.800,00	17,85
Kreis Wesel	946.500,00	15,73
Stadt Voerde	767.000,00	12,75
Gemeinde Hünxe	46.100,00	0,76
Vivawest Wohnen GmbH	2.794.600,00	46,45
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe	235.000,00	3,91
Provinzial Rheinland Versicherung AG	153.400,00	2,55
Gesamt	6.016.400,00	100,0



Gesellschaftsanteile



8.3 Organe der Wohnbau Dinslaken GmbH

I. Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Wilhelm Krechter

II. Aufsichtsrat

Dr. Michael Heidinger, Dinslaken
Bürgermeister der Stadt Dinslaken

Vorsitzender

Claudia Goldenbeld, Dinslaken
Mitglied der Geschäftsführung
der Vivawest GmbH

Stellv. Vorsitzende

Karl Borkes, Rees
Kämmerer des Kreises Wesel



Dirk Buschmann, Hünxe
Bürgermeister der Gemeinde Hünxe

Karl-Heinz Geimer, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken

Michael Groll, Witten
Bereichsleiter der Vivawest Wohnen GmbH

Dirk Haarmann, Voerde
Bürgermeister der Stadt Voerde

Dr. Dieter Körner, Sprockhövel
Bereichsleiter der Vivawest Wohnen GmbH

Monika Piechula, Dinslaken
Mitglied des Kreistages des Kreises Wesel

Georg Schneider, Voerde
Ratsherr der Stadt Voerde

Haluk Serhat, Dortmund
Geschäftsbereichsleiter
der Vivawest Wohnen GmbH

Mark Sarres, Voerde
Ratsherr der Stadt Voerde

Michele La Torre, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken

Heinrich Vahnenbruck, Dinslaken
Mitglied des Kreistages des Kreises Wesel

Rolf Wagner, Dinslaken
Mitglied des Vorstandes
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Heinrich Wansing, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken



Die Bezüge der Geschäftsführung sowie der Mitglieder von Aufsichtsrat, Beisitzer und Gesellschaftervertreter stellen sich ohne Umsatzsteuer folgendermaßen dar:

Geschäftsführung

Der Alleingeschäftsführer Wilhelm Krechter hat im Geschäftsjahr 2016 Bezüge in Höhe von 102.000,00 € als erfolgsunabhängiges Jahresgrundgehalt erhalten.

Für das Geschäftsjahr 2015 erhielt er aufgrund seiner Tätigkeit als Prokurist erfolgsabhängig 49.000,00 €. Dieser Betrag wurde von der vom Aufsichtsrat eingesetzten Personalkommission auf Grundlage einer unternehmensbezogenen Bemessungsgrundlage, welche sich an einer definierten Cashflow – Kennzahl orientiert, festgelegt. Der Betrag wurde mit der Feststellung des Jahresabschluss 2015 fällig.

Entsprechend der dienstvertraglichen Regelung nutzt der Geschäftsführer ein von der Gesellschaft gestelltes Dienstfahrzeug. Für die Überlassung des Dienstfahrzeugs wurde ein geldwerter Vorteil gegenüber dem Geschäftsführer von insgesamt 6.832,80 € geltend gemacht.

Mitglieder des Aufsichtsrates, Beisitzer und Gesellschaftervertreter

<u>Name, Vorname</u>	<u>Gesamtsumme</u>
Borkes, Karl	2.500,00 €
Buschmann, Dirk	2.100,00 €
Geimer, Karl-Heinz	2.100,00 €
Goldenbeld, Claudia	2.800,00 €
Groll, Michael	4.000,00 €
Haarmann, Dirk	3.000,00 €
Heidinger, Dr., Michael	3.400,00 €
Körner, Dr., Dieter	3.000,00 €
Lantermann, Gerd	200,00 €
La Torre, Michele	1.900,00 €
Limke, Wilfried	400,00 €
Meyer, Horst	200,00 €



Palotz, Dr., Thomas	400,00 €
Paradowski, Detlef	200,00 €
Piechula, Monika	1.900,00 €
Pingel, Thomas	200,00 €
Sarres, Mark	1.700,00 €
Serhat, Haluk	2.100,00 €
Schmitz, Monika	200,00 €
Schneider, Georg	2.100,00 €
Sprey, Dr., Ralf	200,00 €
Süselbeck, Michael	200,00 €
Vahnenbruck, Heinrich	2.100,00 €
Wagner, Rolf	1.900,00 €
Wansing, Heinrich	2.100,00 €

8.4 Personal der Wohnbau Dinslaken GmbH

Anzahl der Mitarbeiter			
	männlich	weiblich	Gesamt
Geschäftsführer/Prokuristen	3	-	3
Rechnungswesen/Allg. Verw.	4	10	14
Wohnungsbewirtschaftung	3	7	10
Technische Abteilung	8	4	12
Auszubildende	2	2	4
Gesamt	20	23	43

Nicht in der Tabelle aufgeführt sind 14 geringfügig Beschäftigte.

**8.5 Unternehmensleistungen der Wohnbau Dinslaken GmbH****Veränderungen im Bestand**

	Häuser	WE	Heimplätze	GE	Garagen
Stand am 01.01.2016	989	5.817	370	48	1.923
Zugang (Neubau)	3	26	0	0	17
	992	5.843	370	48	1.940
Abgang	0	3	0	0	5
Stand am 31.12.2016	992	5.840	370	48	1.935
Wohn-/Nutzfläche (m ²)		366.610	16.758	6.807	32.101
Gesamtfläche	422.276				

8.6 Gesamte Wohnungsbauleistungen seit Bestehen der Gesellschaft

(ohne Gewerbeeinheiten)

	Bauleistungen in						
	eigener Bauherrschaft			Baubetreuung		insgesamt	
	Wohnungen in		Heim- plätze	Wohnungen in		Wohnungen / Heimplätze in	
	Miethäuser	Verkaufshäuser		Miethäuser	Verkaufshäuser	Miethäuser	Verkaufshäuser
Bestand am 31.12.2016	5.840	0	370	0	0	6.210	0
Baubetreuung	0	0	0	1.683	1.281	1.683	1.281
Veräußerungen u.a.	516	3.276	0	0	0	516	3.276
Fertig gest. bis 31.12.2016	6.356	3.276	370	1.683	1.281	8.409	4.557
Bauüberhang 31.12.2016	73	0	0	0	0	73	0
	6.429	3.276	370	1.683	1.281	8.482	4.557
Wohnungen insgesamt	10.075			2.964		13.039	

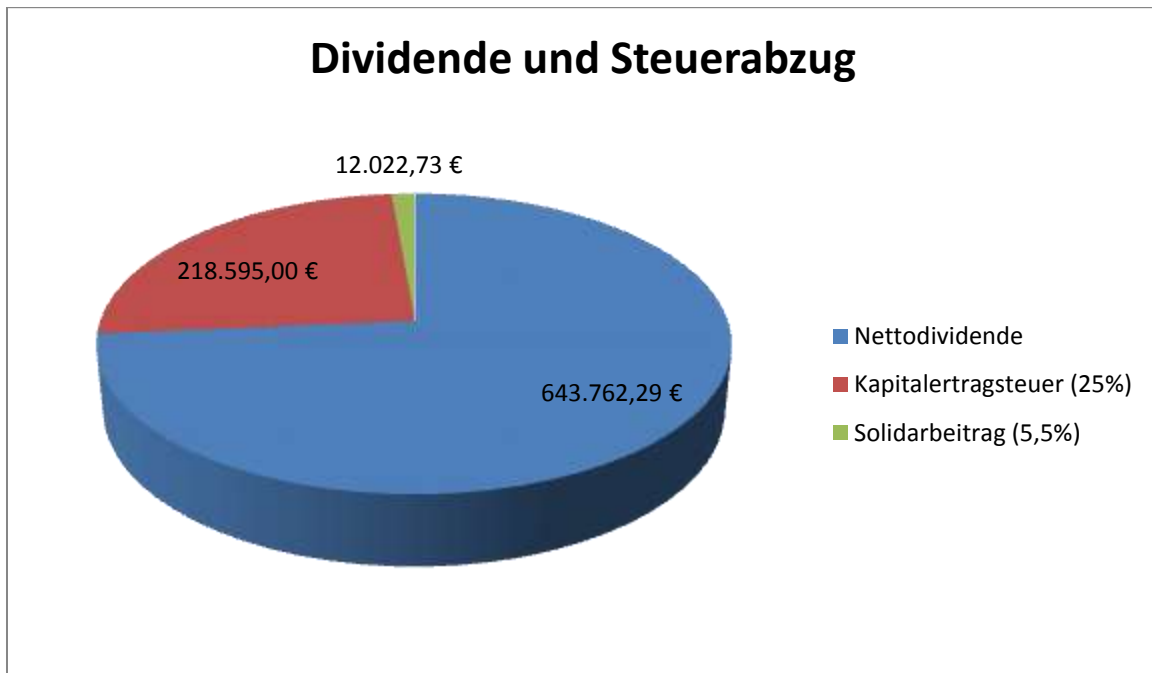


8.7 Finanzielle Auswirkungen der Wohnbau Dinslaken GmbH auf den städtischen Haushalt

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Bilanzgewinn von 6.886.719,49 € ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, eine Dividende von 114 % auf das Stammkapital von 6.016.400,00 € auszuschütten.

28.023,49 € werden in andere Gewinnrücklagen eingestellt. Im Haushalt der Stadt Voerde wurde eine Netto-Dividende von 643.838,65 € vereinnahmt.

Dividende für das Geschäftsjahr 2016	
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde am 01.01.2016	767.000,00 €
Dividende für das Geschäftsjahr 2016	874.380 €
./. Kapitalertragsteuer	218.595,00 €
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	12.022,71 €
Nettodividende für das Geschäftsjahr 2015	643.762,29 €
Zu erwartende Erstattung von Kapitalertragsteuer und Solidarbeitrag	230.617,71 €





8.8 Auszug aus dem Lagebericht der Wohnbau Dinslaken GmbH

8.8.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Unternehmen und Geschäftstätigkeit

Die Wohnbau Dinslaken GmbH wurde im Jahre 1920 als „Siedlungsgesellschaft für den (damaligen) Kreis Dinslaken GmbH“ gegründet. Bis zur Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahre 1989 war die Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Aber auch für die Zeit danach wurden wohnungspolitische und gemeinnützige Aufgaben im Bereich der Bau- und Wohnungswirtschaft im Unternehmensleitbild festgeschrieben. Dabei steht die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit qualitätvollen Lebensräumen, vom Wohnraum bis zum Quartier, im Fokus der Gesellschaft.

Sie errichtet, bewirtschaftet, verwaltet und betreut Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter auch Eigenheime und Eigentumswohnungen und versteht sich zudem als Partner der beteiligten Kommunen im Bereich des Städtebaus, der Quartiersentwicklung und der Infrastruktur.

Da der Bestand der Gesellschaft in einem Umkreis von maximal 10 km von der Hauptverwaltung, in den Gemeindegrenzen von Dinslaken, Voerde, Hünxe und Duisburg-Walsum liegt, ist dieser entsprechend kundenfreundlich zu bewirtschaften und schnell zu erreichen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaftliche Konjunktur wurde im Berichtsjahr 2016 weiterhin von einem Abwärtstrend dominiert. Nach einem verhaltenen Start in das Jahr 2016 konnte sich allerdings im Sommer 2016 ein Produktionsanstieg abzeichnen und in der zweiten Jahreshälfte kam die Weltwirtschaft wieder etwas mehr in Schwung. Wie in den Vorjahren hat sich die Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wie den USA, stärker ausgeweitet als in den Schwellenländern. Die Konjunktur in den Schwellenländern stabilisierte sich gegensätzlich zu den vorherigen Berichtsperioden allerdings allmählich, was vor allem in China durch expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen erreicht werden konnte. Aber auch in Russland und Brasilien beruhigte sich die wirtschaftliche Situation und der Abwärtstrend wurde entschärft. Wie in den Vorjahren war die Geldpolitik sehr expansiv ausgerichtet, welches auf die niedrigen Inflationsraten zurückgeführt werden kann.

Bei der Betrachtung der Lage der Europäischen Union im Jahr 2016 war zu erkennen, dass die Konjunktur sich ähnlich zu der weltwirtschaftlichen Konjunktur entwickelte. Im ersten Halbjahr zeigte sich eine sehr verhaltene Grunddynamik, welches durch den Rückgang des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 % im ersten Quartal 2016 auf 0,3 % im zweiten Quartal deutlich wurde. Die Lage des Arbeitsmarktes war vergleichbar zu den vorherigen Berichtsperioden und erholte sich weiterhin leicht. Dies wurde durch die Betrachtung der Arbeitslosenquote deutlich, welche im Berichts-



jahr weiterhin rückläufig war und im Juli bei 10,1 % (Vorjahr 11,0 %) lag. Vor allem in den von der Krise betroffenen südeuropäischen Ländern war die Arbeitslosenquote rückläufig.

Die deutsche Wirtschaft war in der Berichtsperiode 2016 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Verdeutlicht wurde dieses robuste Wachstum durch den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 1,9 % (Vorjahr 1,7 %). Dieses Wachstum wurde insbesondere von der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor getragen. Maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt waren die privaten Konsumausgaben sowie die des Staates. Diese erhöhten Ausgaben des Staates konnten auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden im Jahr 2016 und die dadurch resultierenden Kosten zurückgeführt werden. Das Niveau der Kreditzinsen folgte auch im Jahr 2016 dem Abwärtstrend. Effektivzinssätze gingen zwischen den Stichtagen in allen Fristigkeitsbereichen weiterhin zurück. Bei der Betrachtung des deutschen Arbeitsmarktes war zu erkennen, dass die Arbeitslosenquote weiterhin rückläufig von 6,1 % im Dezember 2015 auf 5,8 % im Dezember des Berichtsjahres war. Zum einen waren 321.000 Menschen mehr erwerbstätig als im Vorjahr und zum anderen wurden die negativen demografischen Effekte von der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen. Im Einzugsgebiet der Wohnbau Dinslaken GmbH entwickelte sich die Arbeitslosenquote wie folgt: Der Kreis Wesel lag mit einer Arbeitslosenquote von 6,6 % (Vorjahr 6,7 %) leicht über dem Bundesdurchschnitt für den Zeitraum Dezember. Im Gebiet der Stadt Duisburg lag die Arbeitslosenquote allerdings sehr deutlich über dem deutschen Durchschnitt mit 12,6 % (Vorjahr 13 %).

Immobilienwirtschaft

Die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft konnte in der Berichtsperiode 2016 ein ähnliches Wachstum wie im Vorjahr erzielen. Dieses Wachstum wurde durch die gestiegenen Baugenehmigungen begünstigt, denn in den ersten 11 Monaten des Jahres 2016 wurden 23 % mehr Baugenehmigungen genehmigt als im Vorjahreszeitraum. In Zahlen bedeutet dies, dass von Januar bis November 2016 der Bau von insgesamt 340.000 Wohnungen genehmigt wurde. Die Investitionen in den Neubau von Wohnungen stiegen um 10,7 % in Bezug zum Vorjahr 2015 an, was einem Betrag von rd. 400 Mio. Euro entsprochen hat.

Geschäftsergebnis

Die positive Geschäftsentwicklung der Wohnbau Dinslaken GmbH hat sich im Berichtsjahr 2016 fortgesetzt. Das Geschäftsergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erhöhte sich zum Abschlussstichtag um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr und beträgt 7,5 Mio. €.

Zum 31.12.2016 verbesserte sich der Jahresüberschuss um 0,4 Mio. € auf 6,9 Mio. €. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Wohnungsbewirtschaftung

Am 31.12.2016 bewirtschaftete die Gesellschaft 5.840 Wohnungen, 370 Seniorenheimplätze, 48 Gewerbeeinheiten und 1.935 Garagen im eigenen Bestand. Dieser verteilt sich in etwa gleichmäßig auf die Städte Dinslaken, Voerde sowie Duisburg-Walsum und in geringem Maße auf die Gemeinde Hünxe. Hiermit verbunden ist eine Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 422.276 qm. Der bebaute sowie



unbebaute Grundbesitz beträgt zusammen 946.051 qm. Dabei sind Erbbaurechtsflächen in einer Größe von 26.240 qm enthalten.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen hat sich im Bestandsbereich der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 weiter verbessert. Ein Grund dieser Entwicklung war die Zuwanderung von Schutzsuchenden im Berichtsjahr 2016. Weiterhin deutlich festzustellen ist aber ein Nachfrageüberhang nach betreuten Wohnformen für ältere Menschen, den das Unternehmen seit Jahren durch geeignete Neubauprojekte im Bestand weiter begegnen wird.

Mittlerweile liegt der Anteil an barrierefreien Wohnungen bei 13,6 % des Bestandes der Gesellschaft und damit weit über dem bundesweiten Durchschnitt.

Im Berichtsjahr fanden 508 Mieterwechsel statt. Bezogen auf die Anzahl der Bestandswohnungen resultiert hieraus eine Fluktuationsquote wie im Vorjahr von 8,7 %. Die durchschnittliche monatliche Sollmiete erhöhte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 von 4,93 € je qm Wohn- und Nutzfläche auf 4,98 € je qm Wohn- und Nutzfläche.

Die Erlösschmälerungsquote liegt unverändert bei 0,8 % der Netto-Sollmieten.

Die Leerstandsquote zum 31. Dezember 2016 sank gegenüber dem Vorjahr von 1,0 % auf 0,8 %. Hierbei beinhalten beide Kennzahlen auch die maßnahmenbedingten Erlösschmälerungen infolge umfangreicher Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die nachfragebedingte Leerstandsquote ohne den maßnahmenbedingten Anteil liegt bei 0,7 %.

Für die laufende Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudebestandes wurden im Geschäftsjahr 2016 rd. 8,4 Mio. € an Fremdleistungen aufgewandt.

Verkaufstätigkeit

Zurzeit wird keine Bauträgermaßnahme durchgeführt.

Sonstige Wohnungsverwaltung

In der Berichtsperiode 2016 konnte für die ausgeübten Betreuungstätigkeiten Umsatzerlöse in Höhe von rd. 79 T€ erzielt werden.

Personal- und Sozialwesen

Zum 31.12.2016 beschäftigte die Gesellschaft zusammen mit der Geschäftsführung 39 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zusätzlich wurden zu diesem Zeitpunkt 4 junge Menschen zur Immobilienkauffrau bzw. zum Immobilienkaufmann ausgebildet. Darüber hinaus waren 14 geringfügig Beschäftigte im Geschäftsjahr 2016 für das Unternehmen tätig.



8.8.2 Darstellung der Lage

8.8.2.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Wohnbau Dinslaken GmbH beträgt zum Bilanzstichtag rd. 137,0 Mio. €. Davon sind rd. 117,9 Mio. € in Vermögensgegenständen des Sachanlagenvermögens gebunden. Die Sachanlagenintensität beträgt 86,1 %.

Die Finanzlage des Unternehmens ist geordnet. Dabei beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.12.2016 ca. 27,2 %. Die kurzfristige Liquiditätssituation des Unternehmens ist gesichert.

8.8.2.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von rd. 6,9 Mio. € (Vorjahr rd. 6,5 Mio. €) erzielt.

Die Gesellschaft erbrachte im Jahr 2016 eine Gesamtleistung in Höhe von rd. 37,5 Mio. € (Vorjahr rd. 38,3 Mio. €).

Die erwirtschaftete Betriebsleistung verringerte sich um rd. 0,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf rd. 38,3 Mio. €, wobei sich gleichzeitig die Aufwendungen für die Betriebsleistung um rd. 0,9 Mio. € auf rd. 31,0 Mio. € vermindert haben.

Durch vorgenannte Veränderungen konnte durch die Gesellschaft ein Betriebsergebnis von rd. 7,3 Mio. € für das Geschäftsjahr 2016 erzielt werden (Vorjahr rd. 7,1 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Hausbewirtschaftung erzielte die Wohnbau Dinslaken GmbH ein Ergebnis von rd. 7,2 Mio. € (Vorjahr rd. 6,8 Mio. €).

Das Ergebnis aus der Bautätigkeit im Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag rd. -104 T€. Dabei stehen den aktivierten Eigenleistungen in Höhe von rd. 163 T€ Aufwendungen für technische und kaufmännische Eigenleistungen von rd. 267 T€ gegenüber.

Im Bereich der Bauerstellung und Verkaufstätigkeit ergibt sich ein Leistungsergebnis in Höhe von rd. 32 T€ (Vorjahr rd. 252 T€).

Die Betreuungstätigkeit trug in der Berichtsperiode 2016 mit rd. 20 T€ zum Unternehmensergebnis bei.

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Tätigkeit erreichte zum Bilanzstichtag eine Höhe von rd. 190 T€ (Vorjahr rd. 140 T€).

Mit rd. -6 T€ (Vorjahr rd. - 6 T€) schloss das Finanzergebnis in 2016 ab.



Das neutrale Ergebnis beträgt für das Geschäftsjahr 2016 rd. 223 T€ (Vorjahr rd. 27 T€).

Gegenüber rd. 681 T€ für das Jahr 2015 beziffern sich die Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Jahr 2016 auf rd. 631 T€.

Insgesamt ist die Ertragslage der Wohnbau Dinslaken GmbH gesichert.

8.8.2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Vergleich zur Berichtsperiode 2016 stellen sich die finanziellen Leistungsindikatoren der Wohnbau Dinslaken GmbH zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wie folgt dar:

Leistungsindikatoren	2016	2015	Veränderungen
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss v.ESt./Eigenkapital)	17,1 %	16,4 %	0,7 %
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss v.ESt. + Zinsaufwand/Gesamtkapital)	6,5 %	6,4 %	0,1 %
EBITDA	13,8 Mio. €	13,5 Mio. €	0,3 Mio. €
Leerstandsquote	0,8 %	1,0 %	-0,2 %
Fluktuationsquote	8,7 %	8,7 %	0,0 %
Durchschnittl. mtl. Sollmiete	4,98 €/m ²	4,93 €/m ²	0,05 €/m ²
Instandhaltungskosten	19,93 €/m ²	19,75 €/m ²	0,18 €/m ²

8.8.2.4 Risikobericht

Aktives Risikomanagement

Bereits im Jahr 2000 hat die Wohnbau Dinslaken GmbH auf der Basis des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem mit Frühwarnsystem, Risiko-Controlling und internem Kontrollsystem eingerichtet, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen möglichst früh zu erkennen. Dieses System wird unter dem Kapitel „Risikomanagement“ in aussagefähiger Form im internen Online-Unternehmenshandbuch der Gesellschaft für alle Mitarbeiter einsehbar geführt.

Ziel ist es, die Risiken des Unternehmens zu definieren, transparent zu machen und entsprechend zu quantifizieren. Hier werden die unterschiedlichsten Risiken jeweils in einer Neunermatrix im Verhältnis von der Höhe der Auswirkung zur Eintrittswahrscheinlichkeit dargestellt. Für die automatische Risikomeldung sind die Leiter der fünf Hauptabteilungen verantwortlich, die turnusgemäß die Einhal-



tung bestimmter Meldegrenzen in ihren Abteilungen überprüfen, die an Unternehmenskennzahlen gebunden sind und von der Geschäftsleitung bestimmt werden.

Zur notwendigen fortlaufenden Risikoidentifikation des Risiko-Managementsystems ist bei der Wohnbau Dinslaken GmbH ein sog. „Risiko-Komitee“ gebildet worden, das sich aus dem vorgenannten Geschäftsbereichsleitern sowie den Stabsstellen zusammensetzt. Aufgabe dieses Komitees ist die laufende Fortentwicklung und Anpassung des Risikofrüherkennungssystems an sich verändernde Markt- und Risikosituationen, d.h. Erkennung neuer Risiken, die Modifikation bestehender und die Integration neuer risikosteuernder Maßnahmen. Zu Jahresbeginn werden mehrere Sitzungen des Komitees terminiert, in denen der Geschäftsführung über die Risikosituation der Gesellschaft berichtet und gemeinsam diskutiert wird. Zur Dokumentation werden schriftliche Risikoberichte abgefasst.

Strategische Risiken

Von wesentlicher strategischer Bedeutung für die Entwicklung der Geschäfte der Wohnbau Dinslaken GmbH sind die Bevölkerungsentwicklung, die Sozialstruktur, die Einkommensentwicklung, der Wohnflächenbedarf der privaten Haushalte und die Zuwanderungsentwicklung. Eine besondere Herausforderung stellt nach wie vor die zunehmend älter werdende Bevölkerung dar. Bereits ab 2025 werden gut 35 % der Dinslakener Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Insofern ist längerfristig mit Erlösschmälerungen infolge zunehmender Leerstände zu rechnen, wenn die Bestandswohnungen nicht in ausreichender Anzahl zumindest seniorenfreundlich umgestaltet werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass der Druck auf die Wohnungswirtschaft, die Spanne zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot auf einen zunehmend individualisierten Markt zu schließen, nicht geringer wird. Gelingt es nicht, diese Spanne zu verringern, entwickelt sich weiterer Nachfrageüberhang im einen und Leerstand im anderen Segment.

Marktrisiken

Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass die Betriebskosten deutlich stärker steigen als die Nettokaltmiete und als der harmonisierte Verbraucherpreisindex. Sollte diese Entwicklung sich in gleicher Weise fortsetzen, werden viele Mieter sich die Bruttowarmmiete nicht mehr leisten können. Insofern wird sich der Vermieter sehr genau überlegen müssen, wo er in aufwändige Modernisierungen investiert und wo nicht. Auf jeden Fall geht kein Weg daran vorbei ein intensives Betriebskostenmanagement zu betreiben, um die Disparität zwischen Kaltmiete und Betriebskosten nicht weiter ausufern zu lassen.

Finanzrisiken

Bei der Wohnbau Dinslaken GmbH wurden Investitionsvorhaben grundsätzlich durch festverzinsliche Darlehen finanziert. In der gegenwärtigen Niedrigzinsphase wird die Wohnbau Dinslaken GmbH die äußerst günstigen Festzinskonditionen durch Umschuldungen und Prolongationen weiter zu ihrem Vorteil nutzen. Kreditverhandlungen werden dabei durch die sehr gute Bonität der Gesellschaft, die sich in entsprechend sehr guten Bankenratings ausdrückte, unterstützt.



Weiter ist festzuhalten, dass das Unternehmen frühzeitig das Zinsmanagement auch zur Vermeidung von „Klumpenrisiken“ genutzt hat und dementsprechend die Prolongationsfälligkeiten langfristig über die Jahre verteilt wurden.

Betriebsrisiken

Risiken aus der Abwicklung von Bauvorhaben und großen Modernisierungsvorhaben bestehen für die Gesellschaft nur in geringer Weise. Zur Risikominimierung bei der Rentabilität solcher Vorhaben wird ein mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft abgestimmtes dynamisches Wirtschaftlichkeitsberechnungsverfahren (Discounted Cashflow Verfahren) zugrunde gelegt, das schon vor dem Grundstückserwerb greift und auch ein späteres Controlling im Betrieb mit einbezieht. Die Projekte der Gesellschaft zeichnen sich durch konsequente Einhaltung der Baukosten und die Erreichung der für die Einhaltung der Rendite notwendigen Zielmiete aus.

Gesamtaussage

Nach Bewertung der Risikolage der Wohnbau Dinslaken zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können. Auch für die kommenden Jahre sind keine solchen Risiken erkennbar.

8.8.2.5 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Seit mehr als drei Jahrzehnten wird schon der seinerzeit erkennbaren demografischen Entwicklung durch bedarfsgerechten Neu- und Umbau begegnet. Mittlerweile können 13,6 % des Bestandes als seniorengerechte Wohnungen angeboten werden, die zum großen Teil mit niederschwelligem Betreuungsangebot vor Ort bis hin zur Vollpflege in den 370 Seniorenheimplätzen der Gesellschaft versorgt werden können. Im Geschäftsjahr 2016 wurde mit dem Bau von 43 weiteren bedarfsgerechten Wohnungen begonnen. Auch in Zukunft werden noch weitere Projekte dieser Art hinzukommen.

Bei einer durchschnittlichen Miete von 4,98 € im gesamten Bestand kann die Gesellschaft Wohnraum in allen Preisklassen anbieten. Dabei wird besonders auch Wert gelegt auf dem Erhalt und die Schaffung von Wohnraum im unteren und preisgebundenen Segment. Aber auch im gehobenen Segment werden Wohnungen vorgehalten bzw. bedarfsgerechte Angebote für den Markt entwickelt.

Im Problemfeld Klimaschutz und Energieeffizienz ist die Gesellschaft seit Jahren sehr engagiert. Im Geschäftsjahr 2016 wurden weitere 386 Wohnungen in Voerde-Friedrichsfeld auf Nahwärmeversorgung, die über Biomasse erzeugt wird, umgestellt. Somit werden 86 % der Bestände entweder aus dem Fernwärme- oder dem vorgenannten Nahwärmenetz mit einem hervorragenden Primärenergiefaktor beheizt. Im Jahr 2017 soll in mehreren Bauabschnitten damit begonnen werden weitere 394 Wohnungen an das Nahwärmenetz anzuschließen. Diese sehr gute Energieeffizienz bei der Wärmeerzeugung und das Minimum an Haustechnik bei der Wärme- und Warmwassererzeugung haben



positive Kosteneinflüsse auf alle aktuellen und künftigen Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen der Gesellschaft. Gleichzeitig weisen ihre Bestände eine vergleichsweise gute CO2 Bilanz aus.

Bezüglich steigender Bau- und Baunebenkosten setzt die Gesellschaft auf die Bauabwicklung (Planungsbegleitung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung) im eigenen Hause, um negativen Preisentwicklungen schon ab der Planungsphase frühzeitig begegnen zu können.

Verantwortungsvolles Handeln aller Akteure der Gesellschaft, ein ausgeprägtes Umwelt- und Kostenbewusstsein und gesellschaftliches Engagement sind die stabilen Fundamente für eine wirtschaftlich erfolgreiche und somit nachhaltige Entwicklung des Unternehmens. Damit genießt die Gesellschaft heute schon ein großes Vertrauen bei den Kunden, Geschäftspartnern und Gesellschaftern. Im Ergebnis drückt sich dies in der vergleichsweise sehr niedrigen Erlösschmälerungsquote, niedrigen Zinskonditionen und niedrigen Baukosten aus.

Die Wohnbau Dinslaken GmbH kann mit Zuversicht in die kommenden Vermietungsjahre blicken. Sowohl die nach wie vor guten Branchenaussichten, als auch die strategische Ausrichtung der Gesellschaft werden sich weiterhin positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

8.8.2.6 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 ist ein Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 7,4 Mio. € geplant, der überwiegend durch das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung bestimmt wird. Die verhältnismäßig günstige Erlösschmälerungssituation der Gesellschaft wird sich in etwa auf dem guten Niveau des Geschäftsjahres 2016 bewegen.

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Investitionen von rund 16,6 Mio. € geplant. Davon sind rund 8,3 Mio. € für die Instandhaltung der Bestände sowie 8,3 Mio. € für Neubau und Modernisierung vorgesehen.

8.8.2.7 Finanzinstrumente

Die Verbindlichkeiten haben sich im Geschäftsjahr 2016 um rd. 3,3 Mio. € auf rd. 92,2 Mio. € erhöht. Dabei sind langfristige Darlehen grundsätzlich über Grundpfandrechte gesichert. Im Rahmen der Finanzplanung werden mögliche Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken laufend überwacht und falls notwendig durch geeignete Maßnahmen angepasst.



8.9 Bilanz der Wohnbau Dinslaken GmbH

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände	58.025,00	58.025,00	79.457,00	79.457,00	99.279,00	99.279,00
Sachanlagen						
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	110.831.942,29		109.719.163,85		110.472.362,72	
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	858.360,45		920.168,45		982.256,45	
Grundstücke ohne Bauten	509.672,44		803.667,66		655.519,81	
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	930.591,98		1.010.800,06		1.074.827,68	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	335.254,10		289.247,00		343.036,00	
Anlagen im Bau	4.343.316,61		2.284.367,22		0,00	
Bauvorbereitungskosten	128.042,77		75.793,86		52.338,01	
Finanzanlagen						
Sonstige Ausleihungen		55.208,29		53.220,42		56.316,34
Anlagevermögen insgesamt		118.050.413,93		115.235.885,52		114.167.998,19
Umlaufvermögen						
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte						
Grundstücke ohne Bauten	1.231.400,09		1.231.400,09		1.231.400,09	
Unfertige Leistungen	11.437.480,99	12.668.881,08	11.500.117,39	12.731.517,48	10.843.461,40	12.737.554,92
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
Forderungen aus Vermietung	56.660,76		51.934,23		62.599,72	



Sonstige Vermögensgegenstände	202.068,57	258.729,33	422.718,62	474.652,85	993.528,59	1.056.128,31
Flüssige Mittel						
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		6.019.964,72		5.002.489,94		5.670.870,90
Rechnungsabgrenzungsposten						
Andere Rechnungsabgrenzungsposten		3.352,62		10.573,94		2.387,91
Bilanzsumme		137.001.341,68		133.455.119,73		133.783.827,77

Passivseite	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital		6.016.400,00		6.016.400,00		6.016.400,00
Gewinnrücklagen						
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	3.008.200,00		3.008.200,00		3.008.200,00	
Bauerneuerungsrücklage	14.986.476,33		14.986.476,33		14.986.476,33	
Andere Gewinnrücklage	13.175.552,26		13.154.280,16		13.122.623,10	
		31.170.228,59		31.148.956,49		31.117.299,43
Bilanzgewinn						
Jahresüberschuss		6.886.719,49		6.458.820,10		6.348.877,06
Eigenkapital insgesamt		44.073.348,08		43.624.176,59		43.482.576,49
Rückstellungen						
Steuerrückstellungen	0,00		164.734,00		0,00	
Sonstige Rückstellungen	687.246,00	687.246,00	761.985,00	926.719,00		527.625,00
Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	65.392.966,12		61.038.330,75		60.821.763,48	
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	11.797.659,79		12.179.208,85		13.013.701,42	
Erhaltene Anzahlungen	13.538.534,45		13.247.023,04		13.713.413,58	
Verbindlichkeiten aus Vermietung	475.655,25		431.566,04		352.690,10	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.028.824,08		1.998.357,69 9.737,77 (6.737,77)	88.904.224,14	1.855.334,85	89.773.626,28
Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern: 6.737,77 €	7.107,91		9.737,77		16.722,85	
Bilanzsumme		137.001.341,68		133.455.119,73		133.783.827,77



8.10 Gewinn- u. Verlustrechnung der Wohnbau Dinslaken GmbH

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Umsatzerlöse						
a) aus der Hausbewirtschaftung	37.232.564,10		36.190.266,06		35.735.127,73	
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		1.924.312,20		500.230,00	
c) aus Betreuungstätigkeit	78.837,77		97.255,16		97.207,44	
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	49.952,65	37.361.354,52	0,00	38.211.833,42		36.332.565,17
Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Leistungen		-62.636,40		-6.037,44		-118.061,94
Andere aktivierte Eigenleistungen		163.100,00		96.900,00		141.000,00
Sonstige betriebliche Erträge		1.078.107,03		754.047,82		1.408.592,80
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen						
a) Hausbewirtschaftung	19.974.567,15		19.936.359,62		19.217.124,88	
b) Verkaufsgrundstücke	0,00	19.974.567,15	920.800,39	20.857.160,01	569.677,52	19.786.802,40
Rohergebnis		18.565.358,00		18.199.583,79		17.977.293,63
Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	2.215.020,00		2.207.403,67		2.215.354,12	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	544.103,60	2.759.123,60	554.186,20 (147.745,26)	2.761.589,87	549.832,85	2.765.186,97
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.806.423,24		4.913.470,94		4.843.264,33
Sonstige betriebliche Aufwendungen		899.267,69		844.597,57		885.543,11
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		192,02		1.471,38		14.137,74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.434.470,55		1.452.967,87		1.570.534,98



	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		630.615,70		681.061,74		655.227,85
Ergebnis nach Steuern		8.035.649,24		8.228.428,92		7.926.901,98
Sonstige Steuern		1.148.929,75		1.088.547,08		922.797,07
Jahresüberschuss / Bilanzgewinn		6.886.719,49		6.458.820,10		6.348.877,06



9. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH, Hünxe

Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mit beschränkter Haftung

Schwarze Heide 35

46569 Hünxe

Telefon: 02858 390

Telefax: 02858 82510

E-Mail: flugplatz@schwarze-heide.com

Handelsregister: Amtsgericht Duisburg, HRB-Nr.: 10569

9.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
Sitz	Hünxe (Kreis Wesel)
Handelsregistereintrag	Amtsgericht Duisburg HR B 10569
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 19. Dezember 1977

9.2 Unternehmensgegenstand der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

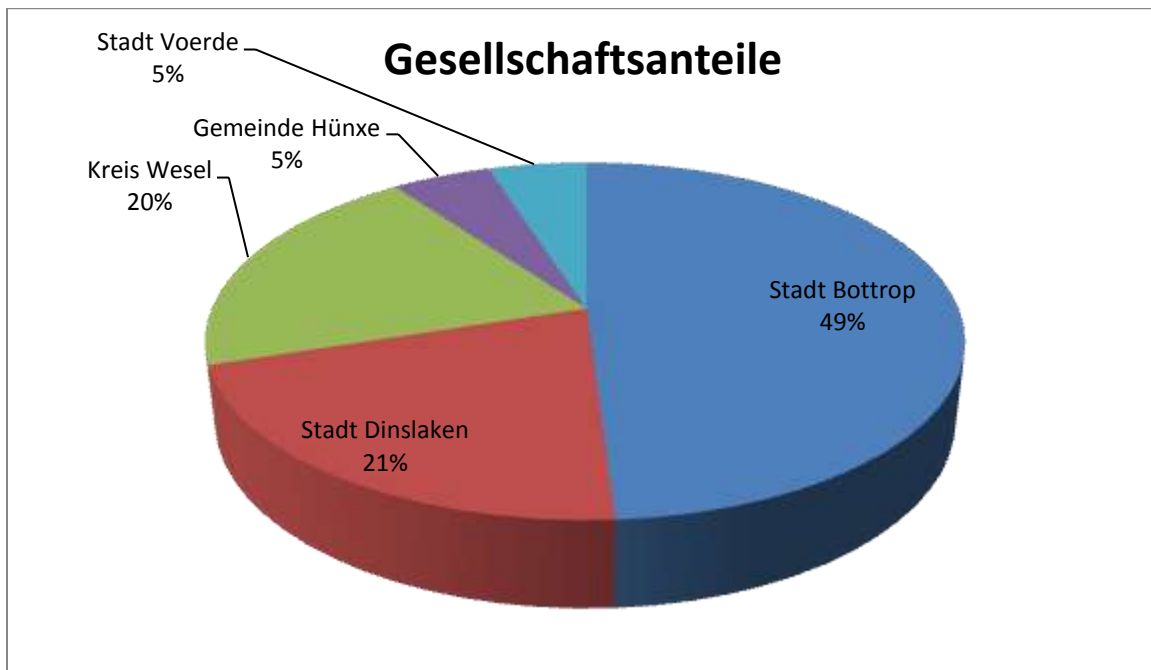
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Gewährleistung des Flugsports und der zivilen Luftfahrt durch den Betrieb und die Entwicklung des Flug- und Verkehrslandeplatzes Schwarze Heide als Verkehrslandeplatz und Segelfluggelände einschließlich der umliegenden Flächen.



9.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Stammkapital: 50.000,00 DM (Umrechnungskurs für den Jahresabschluss 1,95583 DM/€)

Gesellschafter	Anteil in DM	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Bottrop	24.500,00	12.526,65	49,0
Stadt Dinslaken	10.500,00	5.368,56	21,0
Kreis Wesel	10.000,00	5.112,92	20,0
Gemeinde Hünxe	2.500,00	1.278,23	5,0
Stadt Voerde	2.500,00	1.278,23	5,0





9.4 Organe der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

I. Geschäftsführung

Geschäftsführer	André Hümpel, Dipl.-Ingenieur
Prokurist	im Berichtsjahr keine Bestellung
Handlungsbevollmächtigter	im Berichtsjahr keine Bestellung

Gesamtbezüge der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat für das Geschäftsjahr T€ 83 (davon feste Bezüge: T€ 76, davon erfolgsbezogene Komponenten: T€ 7) erhalten.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vorsitzender	Ratsmitglied Martin Meyer, Elektroniker, Gemeinde Hünxe	(ab 10/2004)
Stellvertr. Vorsitzender	Ratsmitglied Ludger Schnieder, Stadt Bottrop	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Michele La Torre, Stadt Dinslaken	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Reinhold Butzkies, Kreis Wesel	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Stefan Weltgen, Stadt Voerde	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Michael Helmich, Gemeinde Hünxe	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Pascal Kaminski, Stadt Bottrop	(ab 07/2014)
Als Vertreterin	Ratsmitglied Kristina Grafen, Stadt Dinslaken	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Saban Entjes, Kreis Wesel	(ab 09/2015)



Als Vertreter	Ratsmitglied Udo Wülbeck, Kreis Wesel	(ab 10/2015)
Als Vertreterin	Ratsmitglied Elke Kleinschmidt, Stadt Voerde	(ab 07/2014)
Aufsichtsrat		
Vorsitzender	Norbert Höving Technischer Beigeordneter Stadt Bottrop	(ab 07/2011 bis 02/2016)
	Paul Ketzer Erster Beigeordneter Stadt Bottrop	(ab 03/2016 bis 09/2016)
	Klaus Müller Technischer Beigeordneter Stadt Bottrop	(ab 09/2016)
	Hans Nover Gemeinde Hünxe	(ab 11/2009)
Als Vertreter	Ulrich Lordick Gemeinde Hünxe	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Arnd Capell-Höpken Kreis Wesel	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Rainer Gardemann Kreis Wesel	(ab 07/2014)
	Bürgermeister Dr. Michael Heidinger Stadt Dinslaken	(ab 11/2009)
	Ratsmitglied Jan Langenfurth Stadt Voerde	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Dominik Knipping Stadt Voerde	(ab 07/2014 bis 12/2016)
Als Vertreter	Heinrich Neukäter Stadt Voerde	(ab 12/2016)



9.5 Personal der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 6 Arbeitnehmer (Vorjahr: 6, ohne Aushilfen) beschäftigt. Durchschnittlich wurden 12 Aushilfen beschäftigt. Die Berechnung erfolgte methodisch nach § 267 Abs. 5 HGB.

9.6 Finanzielle Auswirkungen der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf den städtischen Haushalt

Im Rahmen der Beteiligung an der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH wurden folgende Zahlungen als Betriebskostenzuschuss bzw. Nachschuss aus dem städtischen Haushalt gezahlt:

Betriebskostenzuschuss für das Jahr	Betrag in €
2016	12.820,00
2015	13.367,50
2014	13.800,00

9.7 Auszug aus dem Lagebericht der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH ist Betreiberin eines Verkehrslandeplatzes für den qualifizierten Geschäftsreiseflugverkehr. Eine Kernaufgabe des Unternehmens ist die Bereitstellung der öffentlichen Luftverkehrsinfrastruktur mit den Flugbetriebsflächen, der Landebahn, Rollwegen und Abstellflächen. Gemäß der Satzung sind die Infrastruktureinrichtungen des Verkehrslandeplatzes für den Geschäftsreiseflugverkehr und für den Flugsport zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen stellt Flugbetriebsflächen mit Landebahn, Rollwegen und Abstellflächen sowie Flugzeughallen zur sicheren Unterbringung von Luftfahrzeugen bereit und betreibt eine Tankanlage für Flugbetriebskraftstoffe als Agenturbetrieb. Neben den Verkehrsflächen und einer Tankanlage werden Gewerbe- und Büroflächen für die ansässigen Unternehmen und Wohnungen bewirtschaftet. Des Weiteren ist die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf der Grundlage des Luftverkehrsgesetzes und ihrer gültigen Betriebsgenehmigung für den Betrieb und die Sicherheit auf den öffentlichen Verkehrsflächen und auf dem sonstigen Flugplatzgelände zuständig. Die Flugplatzgesellschaft stellt sicher, dass der Flugbetrieb auf dem Platz ordnungsgemäß abläuft und die Luftfahrzeugführer durch die Bereit-



stellung eines Informationsdienstes bei der Durchführung ihres Flugvorhabens unterstützt werden. Dabei ist eine Kernaufgabe der Flugplatzgesellschaft die Bereitstellung des Feuerwehr- und Rettungsdienstes während der Betriebszeiten des Verkehrslandeplatzes. Weitere wichtige Aufgaben sind die ständige Unterhaltung des bestehenden Verkehrslandeplatzes und die Durchführung notwendiger Investitionen. Demgemäß hat die Flugplatzgesellschaft ihre satzungsgemäße öffentliche Zwecksetzung zu erfüllen.

Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen unterhält keine Forschungs- und Entwicklungsabteilung.

Wirtschaftsbericht

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Branche verläuft anhaltend positiv. Wachstumsmotor an den deutschen Flughäfen war 2016 erneut der Europaverkehr mit einem Anstieg der Reisenden von +4,6%.

Die Gesamtbilanz 2016 der deutschen Flughäfen verzeichnet über 233 Mio. ein- und aussteigende Passagiere. In den letzten Jahren konnten die deutschen Flughäfen die Zahl ihrer Passagiere deutlich steigern. Diese Steigerungsraten bei Passagieren und Cargo gehen mit einem Wachstum der Starts und Landungen einher. Allein in NRW starteten und landeten über 40 Mio. Passagiere im Jahr 2016 an den sechs größten Flughäfen des Landes. Für die allgemeine Luftfahrt verändern europäische Harmonisierungen bei Zulassungs- und Sicherheitsauflagen die Rahmenbedingungen der Flugplätze und der Luftfahrt im Allgemeinen. Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass in einer international verflochtenen und auf Export orientierten Region wie Nordrhein-Westfalen ein vielfältiger Geschäftsreiseverkehr per Flugzeug zur wichtigen und unverzichtbaren Voraussetzung für die im Land ansässigen Unternehmen geworden ist.

Der mit kleineren Flugzeugen abgewickelte Mittelstreckenverkehr zu Zielen im europäischen Ausland findet mit den Schwerpunktlandeplätzen komfortable Luftverkehrs-Standorte in jeder Region des Landes. Der Wunsch nach Mobilität jedes Einzelnen und die internationale Vernetzung der Geschäftsbeziehungen lassen den Luftverkehr weiter wachsen. Die Bereitstellung eines Flugplatzes, als Knotenpunkt des Netzwerkes Luftverkehr, kommt diesen Wünschen entgegen und erhöht die Attraktivität des Luftverkehrs insgesamt und des Standortes in Besonderen.

Geschäftsverlauf

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklungen, Sicherheitsauflagen, allgemeine technische Einflussgrößen aber auch großräumige Wetterlagen haben direkten Einfluss auf das Verkehrsaufkommen in der allgemeinen Luftfahrt.

Im Wirtschaftsjahr 2016 waren, im Gegensatz zum Vorjahr, in der ersten Jahreshälfte längere Schlechtwetterperioden zu registrieren, so dass diese Einflussgröße die Flugbewegungszahlen in den ersten beiden Quartalen negativ beeinflusst hat. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Flugbewegungen über den Vergleichszeitraum des Vorjahres gesteigert. Dieser wetterbedingte Rückgang in



den ersten beiden Quartalen zeigte sich im Wesentlichen bei den Luftfahrzeugen im Sport- und Freizeitsektor (Ultralight und Segelflugzeuge), die konstruktionsbedingt von guten Wetterbedingungen abhängig sind. Die vorrangig gewerblich genutzten Luftfahrzeuge (Hubschrauber und F, G, I - Luftfahrzeuge) zeigen einen konstanten Nutzungsgrad bzw. eine leichte Steigerung auf, da diese wetterunabhängiger betrieben werden. Die Flugbewegungszahlen der Motorsegler, Hubschrauber und mehrmotorigen Luftfahrzeuge im Schulungsbetrieb konnten deutlich zulegen. Die Anzahl der Flugbewegungen mit Luftfahrzeugen der Klassen über 2 t Abfluggewicht (B, C, I, F) haben auch im Jahr 2016 weiter zugelegt und haben zum ersten Mal in der Geschichte des Verkehrslandeplatzes die 500er-Marke überschritten.

Wie im Vorjahr gelang es die Umsatzerlöse in diesem Geschäftsjahr über den Zielansatz des Wirtschaftsplans zu steigern. Die Steigerungen ergaben sich im Einzelnen durch die gute Auslastung der vorhandenen Flugzeughallen sowie durch die hohe Anzahl an Flugbewegungen mit hochwertigen Luftfahrzeugen, die jeweils höhere Einnahmen aus Landegebühren ermöglichen, und dem gestiegenen Treibstoffverkauf.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft beendet das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 241 T€ (im Vorjahr 251 T€), was gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung von TEUR 10 entspricht.

Im Wirtschaftsjahr 2016 stiegen die Umsatzerlöse aus Ab- und Unterstellungen von Luftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8,1. Die Zahl der Flugbewegungen mit Luftfahrzeugen (aller Klassen) ging insgesamt wetterbedingt leicht zurück und lag bei 48.008 Bewegungen. Die Erlöse aus Landegebühren stiegen insgesamt um TEUR 3,1. Die Flugbewegungen von Luftfahrzeugen mit einem Abfluggewicht über 2 t stieg auf 504 Flugbewegungen (Vorjahr: 484 Flugbewegungen Klassen C, I, F).

Die Provisionseinnahmen für den Verkauf von Flugbetriebsstoffen wurden um 2,1 TEUR gesteigert.

Durch die Umstellung der Umsatzerlöse nach dem Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz werden die Mieterlöse nun auch unter dem Posten Umsatzerlöse ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der des neuen Begriffs der Umsatzerlöse haben sich diese von TEUR 452 (operativ TEUR 358, Vermietung TEUR 94) um TEUR 19 auf TEUR 471 (operativ TEUR 371, Vermietung TEUR 100) gesteigert.

Der Verbrauch von JET A1 stieg auch in diesem Wirtschaftsjahr deutlich an und lag um 23.490 Liter höher als im Vorjahr. Der Verbrauch von AVGAS stieg im Vergleich zum Vorjahr um 6.400 Liter an.

Die Rückstellung für den Rückbau hat sich um TEUR 35 (Vorjahr TEUR 21) auf TEUR 241 (TEUR 205) erhöht.

**Finanzlage**

Die Finanzlage des Unternehmens ist hinsichtlich der laufenden Kosten derzeit stabil und durch die Bereitstellung des Betriebskostenzuschusses gesichert.

Finanzmanagement, Cash Flow Planung

Die Cash Flows des Unternehmens werden durch die Zuflüsse aus Umsatzerlösen und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt. Damit ist die Liquidität der Gesellschaft hinsichtlich der laufenden Kosten derzeit gesichert.

Vermögenslage

Die Gesellschafter stellten der Flugplatzgesellschaft 2016 einen Betriebskostenzuschuss von EUR 256.400 finanzwirksam zur Verfügung, der auf Basis der Gesellschafterbeschlüsse in die Kapitalrücklage eingestellt wurde.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzielle Leistungsindikatoren werden die Umsätze durch Landegebühren, Ab- und Unterstelleneinnahmen und Treibstoffprovisionen definiert.

Die Erlöse aus Landegebühren stiegen insgesamt um 3,1 T€. Die Provisionseinnahmen für den Verkauf von Flugbetriebsstoffen lag 2,1 T€ über dem Vorjahresniveau. Im Wirtschaftsjahr 2016 stiegen die Umsatzerlöse aus Ab- und Unterstellungen von Luftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um 8,1 T€.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die strategische Ausrichtung des Unternehmens zielt auf eine deutliche Verstärkung des Luftverkehrs sowohl mit Luftfahrzeugen der Klassen über 2 Tonnen Abfluggewicht als auch in den Klassen der leichteren Luftfahrzeuge. Dabei ist es ein Ziel, die Luftfahrzeuge am Standort anzusiedeln und in geeignete Flugzeughallen unterzubringen. Als geplante Alternative ist die Stationierung und Unterbringung von neuen Luftfahrzeugen auch in Flugzeughallen auf den Flächen des benachbarten Gewerbegebietes vorgesehen. Die positiven wirtschaftlichen Effekte durch die geplante Entwicklung im Gewerbegebiet werden den Standort und die Flugplatzgesellschaft weiter stärken. Die derzeitige Auskiesung und belastungsfähige Rückverfüllung der geplanten Gewerbeflächen verschieben diese Planungen zeitlich nach hinten.

Das Bauvorhaben eines privaten Investors, eine Flugzeughalle auf dem Flugplatzgelände zu errichten und dort mehrere Luftfahrzeuge inklusive eines Businessjets einzustellen soll im Jahr 2017 verwirklicht werden. Dieses Vorhaben wird die Flugbewegungszahlen in der Klasse der Flugzeuge über 2 t weiter steigern. Insgesamt stellt sich die Entwicklung in den Jahren 2017 und 2018 für das Unternehmen positiv dar. Die intensive Nutzung der Infrastruktur durch Luftfahrzeuge im privaten und



gewerblichen Sektor bestätigt die mit der Landebahnverlängerung eingeschlagene mittelfristige Unternehmensstrategie das Angebot für gewerbliche Flugzeugbetreiber attraktiv zu gestalten und damit die Grundlage für weitere positive Entwicklungen zu schaffen. Die Verzögerungen bei der Entwicklung des angrenzenden Gewerbegebietes werden die positive Entwicklung, besonders im Bereich der Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe jedoch verlangsamen. Es wird für das Geschäftsjahr 2017 eine Erhöhung der Erlöse aufgrund des geplanten Neubaus einer weiteren Rundhalle und der Errichtung einer SuperPlus Tankstelle zur Treibstoffversorgung der Luftfahrzeuge der unteren Gewichtsklassen. Insgesamt sind operative Umsatzerlöse von TEUR 385 geplant. Daneben werden noch Mieterlöse in ähnlicher Höhe wie 2016 erwartet. Unter Berücksichtigung der geplanten Optimierungen wird ein Jahresergebnis von TEUR – 246 erwartet. Aufgrund der systembedingten Rahmenbedingungen, die der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes mit sich bringt, kann die Gesellschaft keine konkreten Details zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens abgeben. Die Geschäftsführung weist bei zukunftsbezogenen Aussagen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens sind keine bedeutsamen Risiken zu erkennen, sofern die Gesellschafterbeschlüsse zur weiteren Entwicklung des Verkehrslandeplatzes und seines Umfeldes umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Entwicklung im Gewerbegebiet der Stadt Bottrop sowie die Entwicklung von Hangarflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Hünxe. Die Auskiesung der Bottroper Gewerbeflächen verschiebt den Beginn der Ansiedlung weiterer flugaffiner Unternehmen am Standort. Durch den Bau weiterer und größerer Flugzeughangars auf anderen Flächen kann die Gesellschaft neue Zielgruppen dauerhaft an den Flugplatz binden, um so Umsatzerlöse signifikant zu steigern. Für die zukünftige Entwicklung wird auch entscheidend sein, wie sich die finanzielle Situation der kommunalen Gesellschafter entwickeln wird. Der Handlungsspielraum für die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH hängt unmittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess der beteiligten Kommunen ab.

Der Handlungsspielraum für die Flugplatzgesellschaft ist aufgrund der dünnen Eigenkapitaldecke sehr eng. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der notwendigen Investitionen. Gleiches gilt dann, wenn die Dotierung der Kapitalrücklage durch die Gesellschafter nicht oder nicht in der notwendigen Höhe erbracht wird. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden könnten. Daher ist es dringend notwendig, das Eigenkapital zu erhöhen.

Chancen

Nach dem Ausbau des Flugplatzes ist das Unternehmen im Wettbewerb gut positioniert. Regionale Wettbewerber mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit oder Ausgangsposition werden aufgrund spezieller Reglementierungen oder örtlichen Besonderheiten in ihrer Entwicklung gehindert oder sollen gemäß politischer Beschlüsse vom Markt gehen. Die Ausstattung und die geographische Lage im Ballungsraum Ruhrgebiet zeichnen den Verkehrslandeplatz aus. Die beiden großen Flughäfen in der



Region bilden zusammen mit unserem Verkehrslandeplatz ein Dreieck, das den Großraum Ruhrgebiet umschließt. Der auf diesen Flughäfen abgewickelte Linienverkehr wird weiter wachsen und zu einer Verdrängung des Individualluftverkehrs zu dem Standort hin führen. Die Verkehrsinfrastruktur Straße wird in Zukunft über die Belastungsgrenze hinaus ausgelastet und Kunden, die auf Mobilität und Flexibilität angewiesen sind, werden verstärkt Angebote der Luftfahrt und damit den Standort nutzen.

Gesamtaussage

Die Konsolidierungsphase der Gesellschaft ist noch nicht abgeschlossen und wird auch in den nächsten Jahren weitergeführt. Das Unternehmen ist auf die Zukunft gut vorbereitet und wird für seine Kunden aus den Geschäftsfeldern des Privat- und Geschäftsreiseflugverkehrs ein attraktiver Partner sein können.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft arbeitet zum großen Teil mit langjährigen Kunden zusammen. Forderungsausfälle sind daher die Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele erfüllt. Im langfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über Darlehen bei Kreditinstituten sowie Gesellschafterdarlehen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Das Unternehmen verfolgt eine konservative Risikopolitik. Die Liquidität wird regelmäßig geplant.



9.8 Bilanz der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.862.467,04		4.124.514,54		4.121.595,20	
2. technische Anlagen und Maschinen	8.698,50		11.919,00		11.306,00	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.356,50		10.727,50		13.383,50	
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		0,00		175.632,24	
		3.880.552,04		4.147.161,04		4.321.916,94
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Fertige Erzeugnisse und Waren		5.607,65		4.720,50		9.225,88
2. geleistete Anzahlungen		4.587,50				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.101,84		16.108,40		17.692,79	
2. sonstige Vermögensgegenstände	15.586,81		9.088,92		19.535,55	
		35.688,65		25.197,32		37.228,34
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		602.487,35		600.213,18		509.078,48
Bilanzsumme		4.528.893,19		4.777.292,04		4.877.449,64



Passiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59		25.564,59		25.564,59
II. Kapitalrücklage		37.381,70		22.014,24		5.757,92
III. Gewinnrücklagen						
andere Gewinnrücklagen		195.900,00		195.900,00		195.900,00
IV. Bilanzverlust		-179.423,71		-179.423,71		-179.423,71
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil		1.593.063,76		1.710.628,69		1.828.358,41
C. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		214.305,98		229.986,90		245.667,82
D. Rückstellungen						
Sonstige Rückstellungen		297.647,64		260.721,89		234.521,16
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	233.121,57		248.070,56		109.997,01	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.340,32		30.443,27		128.618,13	
3. sonstige Verbindlichkeiten	2.090.991,34		2.233.385,61		2.282.488,31	
		2.344.453,23		2.511.899,44		2.521.103,45
Bilanzsumme		4.528.893,19		4.777.292,04		4.877.449,64



9.9 Gewinn- und Verlustrechnung der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
1. Umsatzerlöse	471.314,76		452.285,34		332.517,47	
2. sonstige betriebliche Erträge	152.429,12		144.299,02		263.118,83	
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	453,12		485,15		547,16	
4. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	309.643,32 88.131,69	397.775,01	300.945,78 85.288,67	386.234,45	306.388,47 81.698,73	388.087,20
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	268.695,98		269.175,84		263.240,75	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	142.884,93		142.435,90		186.299,80	
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen Euro 2.947,90 (Euro 3.473,00)	3.076,26		3.633,71		5.020,42	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 38.123,65 (Euro 36.960,35)	44.354,66		43.526,22		23.072,66	
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33,86		37,49		0,00	
10. Ergebnis nach Steuern		-227.377,42		-241.676,98		-260.590,85
11. sonstige Steuern	13.655,12		9.416,70		9.651,23	
12. Jahresfehlbetrag		241.032,54		251.093,68		270.242,08
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		179.423,71		179.423,71		179.423,71
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		241.032,54		251.093,68		270.242,08
15. Bilanzverlust		179.423,71		179.423,71		179.423,71



Es ergibt sich folgende **Kennziffernanalyse** zur Vermögenslage:

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	<u>T€ / Wert</u>	<u>T€ / Wert</u>	<u>T€ / Wert</u>
Anlagenintensität	86 %	87 %	89 %
<u>Anlagevermögen * 100</u>	<u>3.881</u>	<u>4.147</u>	<u>4.322</u>
Gesamtvermögen	4.528	4.777	4.878
Anlagendeckung I	2 %	2 %	1 %
<u>Eigenkapital * 100</u>	<u>79</u>	<u>65</u>	<u>47</u>
Anlagevermögen am 31.12.	3.881	4.147	4.322
Anlagendeckung II	8 %	8 %	42 %
<u>(Eigen- + langfristiges Fremdkapital) * 100</u>	<u>312</u>	<u>313</u>	<u>157</u>
Anlagevermögen am 31.12.	3.881	4.147	4.322
Eigenkapitalquote	2 %	1 %	1 %
<u>Eigenkapital * 100</u>	<u>79</u>	<u>65</u>	<u>47</u>
Gesamtkapital	4.528	4.777	4.878
Verschuldungsgrad	5632 %	7249 %	10279 %
<u>Fremdkapital * 100</u>	<u>4.449</u>	<u>4.712</u>	<u>4.831</u>
Eigenkapital	79	65	47
Anspannungskoeffizient	98 %	99 %	99 %
<u>Fremdkapital * 100</u>	<u>4.449</u>	<u>4.712</u>	<u>4.831</u>
Gesamtkapital	4.528	4.777	4.878



Es ergibt sich folgende **Kennziffernanalyse** zur Ertragslage:

	2016	2015	2014
	<u>T€ / Wert</u>	<u>T€ / Wert</u>	<u>T€ / Wert</u>
Kennzahlen der Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	-305 %	-386 %	-574 %
<u>Jahresfehlbetrag * 100</u>	-241	-251	-270
Eigenkapital –gesamt	79	65	47
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	-386 %	-386 %	-574 %
Jahresfehlbetrag + Steuern vom			
<u>Einkommen und Ertrag * 100</u>	-241	-251	-270
Eigenkapital –gesamt	79	65	47
Umsatzrentabilität I	-51 %	-70 %	-81 %
<u>Jahresüberschuss * 100</u>	-241	-251	-270
Umsatzerlöse	471	358	333



10. DINKOMM GmbH

Dinslakener Telekommunikations-Gesellschaft mbH

Gerhard-Malina-Str. 1

46537 Dinslaken

Telefon: 02064 605 0

E-Mail: info@dinkomm.de

10.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DINKOMM GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	DINKOMM GmbH
Sitz	Dinslaken
Gesellschaftsvertrag	vom 17. Juni 2002, zuletzt geändert am 06. Mai 2004
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Duisburg-Hamborn, Abt. B Nr. 10381

Durch Gesellschafterbeschluss vom 29.04.2016 ist die DINKOMM GmbH mit Wirkung ab dem 01.01.2017 an die Stadtwerke Dinslaken GmbH veräußert worden.

10.2 Unternehmensgegenstand der DINKOMM GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung folgender Dienstleistungen: der Betrieb von Übertragungswegen, die für Telekommunikationsdienstleistungen genutzt werden, An- und Verkauf, Anmietung und Vermietung von Telekommunikationseinrichtungen, Planung und Realisierung von Telekommunikationsvorhaben, Betrieb eigener und fremder Telekommunikationseinrichtungen, Beratung und Unterstützung bei der Planung und Realisierung von Telekommunikationsvorhaben.



10.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DINKOMM GmbH

Stammkapital:

322.000 €

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Stadtwerke Dinslaken GmbH	184.200	57,2
Stadt Dinslaken	61.400	19,1
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe	61.400	19,1
Stadt Voerde	15.000	4,6





10.4 Organe der DINKOMM GmbH

Die DINKOMM GmbH hat weder einen Aufsichtsrat noch einen Beirat.

Geschäftsführung

Michael Hörsken, Dinslaken (ab 01.01.2015)
Diplom Ingenieur

10.5 Finanzielle Auswirkungen der DINKOMM GmbH auf den städtischen Haushalt

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 196 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 6 T€) ab.

10.6 Sonstiges

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung wird vertragsgemäß von den Stadtwerken Dinslaken GmbH, Dinslaken, wahrgenommen.

**10.7 Bilanz der DINKOMM GmbH**

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. technische Anlagen und Maschinen	0,00		350.475,00		390.383,00	
2. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	0,00	1.790,00	352.265,00	2.152,00	392.535,00
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	0,00	0,00	14.750,00	14.750,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		2.688,30		1.635,29	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	73.307,57		5.592,05		37,37	
3. sonstige Vermögensgegenstände	229,57	73.537,14	4.840,08	13.120,43	35,22	1.707,88
II. Guthaben bei Kreditinstituten		113.662,51		184.134,91	0,00	187.461,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten			5.536,13	5.536,13		0,00
		187.199,65		569.806,47		581.704,65



Passivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	322.000,00		322.000,00		322.000,00	
II. Gewinnvortrag	21.481,57		15.391,01		26.390,41	
III. Jahresüberschuss	-195.630,85	147.850,72	6.090,56	343.481,57	-10.999,40	337.391,01
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		0,00		12.737,00		13.687,00
C. Rückstellungen						
1. sonstige Rückstellungen	4.165,65	4.165,65	6.043,64	6.043,64		4.000,00
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 23.591,33 €)	0,00		182.296,33		205.020,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 5.888,21 €)	2.030,57	2.030,57	5.888,21		3.656,94	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 19.267,77 €)	11.742,63	11.742,63	19.267,77		8.330,00	
4. sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 91,95 €) - davon aus Steuern bis zu 1 Jahr (i. Vj. 0,00 €) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (im Vorjahr 0,00 €)	21.410,08 21.410,08	21.410,08	91,95	207.544,26	9.619,70	226.626,64
		187.199,65		569.806,47		581.704,65

**10.8 Gewinn- und Verlustrechnung der DINKOMM GmbH**

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
		€		€		€
1. Umsatzerlöse		254.648,32	265.383,24		280.506,84	
2. sonstige betriebliche Erträge		638,80	632,71	266.015,95	4.130,13	284.636,97
3. Material-aufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.866,75		0,00			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	170.077,46	186.944,21	124.592,89	124.592,89	135.929,82	135.929,82
4. Rohergebnis		68.342,91		141.423,06		148.707,15
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	51.296,00	51.296,00		74.344,84	98.626,51	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		188.013,56		53.521,89	56.991,19	155.617,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24.524,20		0,00		261,64
- davon an verbundene Unternehmen (im Vorjahr 0,00 €)	0,00					
- davon aus Aufzinsung (im Vorjahr 0,00 €)	279,47					
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00			-0,56	-3.888,93	
9. Ergebnis nach Steuern		-195.490,85		6.256,56		
11. sonstige Steuern		140,00		166,00	104,00	-3.784,93
12. Jahresfehlbetrag/ -überschuss		-195.630,85		6.090,56		-10.999,40



11. Zweckverbände

11.1 Sparkassenzweckverband Wesel – Dinslaken

Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes sind die Städte

Wesel, Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sowie die Gemeinden Schermbeck und Hünxe

An dem Verband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

Stadt Wesel	40,18 %
Stadt Dinslaken	23,36 %
Stadt Hamminkeln	13,56 %
Stadt Voerde	11,83 %
Gemeinde Schermbeck	6,26 %
Gemeinde Hünxe	4,81 %

Sitz des Zweckverbandes: Bismarckstr. 1
46483 Wesel

11.1.1 Organe des Zweckverbandes

Die Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung und
- der Verbandsvorsteher.



11.1.2 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 50 Vertretern der Verbandsmitglieder.

Davon entsenden die Verbandsmitglieder:

- Stadt Wesel 14 Vertreter
- Stadt Hamminkeln 4 Vertreter
- Gemeinde Schermbeck 4 Vertreter
- Stadt Dinslaken 16 Vertreter
- Stadt Voerde 8 Vertreter sowie
- die Gemeinde Hünxe 4 Vertreter.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungen der Verbandsmitglieder für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte und aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Verbandsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. In gleicherweise ist für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ein Stellvertreter zu wählen, der bei Verhinderung des Mitgliedes dessen Aufgabe wahrnimmt.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungen der Verbandsmitglieder den Vorsitzenden der Verbandsversammlung und dessen Stellvertreter. Sie dürfen nicht der Vertretung desselben Verbandsmitgliedes angehören.

11.1.3 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes

Zweckverbandsversammlung

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
Bürgermeister Dirk Haarmann	Beigeordnete Simone Kaspar
Bastian Lemm	Uwe Goemann
Stefan Schmitz	Wolfgang Krieg
Hans-Peter Meulendyck	Ulrich Neßbach
Bernd Altmeppen	Hasan Gördü
Walter Seelig	Engin Aydin



Stefan Meiners

Gabriele Rohr

Jörg Thomas

Britta Dickmann

Verwaltungsrat

Uwe Goemann

Bastian Lemm

Hasan Gördü

Ingo Hülser

Stefan Meiners

Jörg Thomas

11.1.4 Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Der Verband ist Träger der „Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe“, die durch Aufnahme der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe durch die Verbands-Sparkasse Wesel gemäß § 27 SpkG NRW entstanden ist. Die Sparkasse führt den Namen „Niederrheinische Sparkasse RheinLippe“.

11.1.5 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem städtischen Haushalt

keine

12. Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

12.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Der Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken, dessen Mitglieder die Städte Wesel, Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sowie die Gemeinden Schermbeck und Hünxe sind, ist Träger der Sparkasse.

Gemäß öffentlich-rechtlichem Vertrag vom 17.12.2015 zwischen dem Sparkassenzweckverband der Städte Wesel und Hamminkeln und der Gemeinde Schermbeck und dem Sparkassenzweckverband der Städte Dinslaken, Voerde und der Gemeinde Hünxe wurden die Sparkasse Dinslaken-Voerde-



Hünxe und die Verbands-Sparkasse Wesel (aufnehmendes Institut) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 (Verschmelzungstichtag nach § 27 Abs. 3 Satz 3 SpkG Nordrhein-Westfalen) gemäß § 27 Abs. 1 SpkG Nordrhein-Westfalen zur Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe vereinigt. Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe hat ihren Sitz in Wesel.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe definiert sich als Universalbank und bietet mit ihren Verbundpartnern alle Produkte und Serviceleistungen aus dem gesamten Finanzbereich an. Damit verfolgt die Sparkasse die geschäftspolitische Zielsetzung, die Versorgung der Bevölkerung mit kreditwirtschaftlichen Leistungen und die Förderung des mittelständischen Gewerbes sowie die Finanzierung wirtschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen der Kommunen zu gewährleisten. Als wesentliche strategische Geschäftsfelder werden insbesondere die private Baufinanzierung, das gewerbliche Kreditgeschäft sowie das Versicherungs- und Wertpapiergeschäft definiert.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach wirtschaftlichen Grundsätzen, die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck ihres Geschäftsbetriebes. Durch die Nähe zu den Kunden und durch die Kenntnis der örtlichen Bedürfnisse soll eine vertrauensvolle und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zum Wohle der gesamten Region gewährleistet werden.

Die Grundlagen der Geschäftstätigkeit ergeben sich, neben den für alle Kreditinstitute geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere aus dem Sparkassengesetz NRW. Hieraus ergibt sich auch aus §2 SpkG NRW der öffentliche Auftrag der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe. Des Weiteren verfolgt die Sparkasse das Regionalprinzip, welches in § 3 des SpkG NRW verankert ist. Eine weitere Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse ist die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ist über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband in Düsseldorf Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Berlin. Die Hessische Landesbank (Helaba) hat für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe die Funktion der Girozentrale.

Eine Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland führte ab Mitte des Jahres 2005 zu einer Änderung der Haftungsgrundlagen der Sparkassen. Aufgrund der vereinbarten Übergangsregelung haftet für Verbindlichkeiten der Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 gegründet wurden, neben dem Sparkassenvermögen der Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken betragsmäßig unbeschränkt. Für danach begründete Verbindlichkeiten haftet die Sparkasse – wie bisher auch – mit ihrem gesamten Vermögen.

Zum 3. Juli 2015 ist in Deutschland das Einlagensicherungssystem (EinSiG) in Kraft getreten. Das Gesetz setzt die entsprechende EU-Richtlinie um. Die Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe zählt, hat ihr bestehendes Sicherungssystem nach den geänderten gesetzlichen Vorgaben neu ausgerichtet. Hierbei wird grundsätzlich das bewährte Prinzip der Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbank und Landesbausparkassen fortgesetzt. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgaben wahr, die Solvenz und Liquidität der Mitgliedsinstitute bei drohenden oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern.



Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus:

- den 11 Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände
- der Sicherungsreserve der Landesbanken / Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Der dezentrale Aufbau des Sicherungssystems sorgt dafür, dass die Mitgliedsinstitute eng begleitet werden können. Er verringert damit das Risiko wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Alle Sparkassen einer Region sind Mitglieder des zuständigen regionalen Sparkassenstützungsfonds. Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt. Dadurch wird zu jeder Zeit dessen Liquidität und Solvenz gewährleistet. Wenn bei einem regionalen Sparkassenstützungsfonds die Mittel für eine mögliche Stützung nicht ausreichen sollten, tritt ein überregionaler Ausgleich ein: Alle anderen Sparkassenstützungsfonds beteiligen sich dann gemeinsam an einer notwendigen Maßnahme zur Stützung eines Instituts. Darüber hinaus stehen bei Bedarf im Rahmen des systemweiten Ausgleichs

- alle Sparkassenstützungsfonds,
- die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie
- der Sicherungsfonds der Landesbausparkassen

gemeinschaftlich zusammen, falls die notwendigen Aufwendungen zur Stützung eines Instituts die vorhandenen Mittel der betroffenen Sicherungseinrichtung übersteigen. Durch diesen systemweiten Ausgleich stehen in einem Krisenfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen zusammen für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung. Die Ratingagentur Fitch Ratings hat weiterhin für die Sparkassen-Finanzgruppe das Gruppenrating von A+ für langfristige Verbindlichkeiten sowie F1+ für kurzfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

12.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Bei der folgenden Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs setzen sich für Vergleichsmöglichkeiten die Vorjahreswerte aus den summierten Werten der seinerzeit noch eigenständigen Institute Verbands-Sparkasse Wesel und Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe zusammen. In der Bilanz zum 31. Dezember 2016 und in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 werden ergänzend sowohl die zusammengefassten Vorjahreswerte der vereinigten Sparkassen als auch die Vorjahreswerte allein der Verbands-Sparkasse Wesel dargestellt.

Angesichts der Branchensituation, insbesondere gekennzeichnet durch die anhaltende Niedrigzinsphase und zunehmender Regulatorik, sind wir mit den Vertriebsleistungen und der gesamten Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 zufrieden, auch wenn mit Blick auf die Prognoseberichterstattung für das Jahr 2016 die geplante moderate Ausweitung des Geschäftsvolumens nicht erreicht werden konnte.



12.3 Bilanzsumme

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) ging um 6,7 % auf 2.980,6 Mio. EUR zurück. Die Bilanzsumme verringerte sich um 6,3 % auf 2.944,1 Mio. EUR.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen				
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.944,1	3.142,9	-198,8	-6,3
Geschäftsvolumen (Bilanzsumme inkl. Eventualverbindlichkeiten)	2.980,6	3.194,0	-213,4	-6,7

12.4 Darstellung und Analyse der Lage

Ertragslage

Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft ist das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe im Geschäftsjahr 2016 zufriedenstellend. Die Planwerte zum Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss wurden allerdings um 1,44 Mio. EUR bzw. 1,38 Mio. EUR nicht erreicht. Beim Zinsüberschuss liegt die Ursache hierfür insbesondere darin begründet, dass zum einen die Entwicklung des Kreditgeschäfts hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und zum anderen das Zinsniveau bis zum Ende des III. Quartals 2016 – entgegen der Planungsannahmen aus Ende 2015 – nochmals deutlich gesunken ist, mit entsprechenden spürbaren Auswirkungen auf den Zinsertrag. Die Unterschreitung des Planwertes im Provisionsüberschuss resultiert insbesondere aus der in 2016 im Rahmen der Fusion durchzuführenden Prozessharmonisierungen, welche – mehr als erwartet – auch Kapazitäten im Vertrieb gebunden haben. Der Verwaltungsaufwand in 2016 liegt um 2,3 Mio. EUR deutlich unter dem geplanten Wert. Sowohl der Planwert zum Sachaufwand als auch zum Personalaufwand konnten deutlich unterschritten werden. Im Sachaufwand konnten hier insbesondere die kurzfristig zu hebenden Synergieeffekte aus der Fusion weitestgehend umgesetzt werden. Abweichend von der Prognose im Rahmen der Lageberichterstattung des Vorjahres ist der Sachaufwand insofern nicht nur leicht sondern deutlich gesunken. Die Aufwendungen in der Bewertung des Kundenkreditgeschäfts liegen mit 1,1 Mio. EUR deutlich unter den geplanten Aufwendungen für 2016. Abweichend vom Ist-Ergebnis 2016 wurde im Lagebericht 2015 ein Bewertungsaufwand von 5,0 – 9,0 Mio. EUR prognostiziert. Für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft ist abweichend von den ursprünglich prognostizierten Aufwendungen von 1,5 – 2,0 Mio. EUR ein Ertrag in Höhe von 0,5 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Sparkasse hat für die unbedingte und unwiderrufliche Verpflichtung zur Zahlung von planmäßigen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes gemäß den Grundsätzen der risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe eine Rückstellung in Höhe von 1,9 Mio. EUR gebildet. Der Aufwand aus der Zuführung



zu dieser Rückstellung war in der Planung für das Jahr 2016 nicht enthalten. Nach Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5,3 Mio. EUR beträgt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit 7,7 Mio. EUR (10,5 Mio. EUR 2015). Nach Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss für das Jahr 2016 auf 2,5 Mio. EUR (2,7 Mio. EUR 2015).

Der Zinsüberschuss – (einschließlich GuV Posten 3) – sank im Vergleich zu 2015 um 4,0 Mio. EUR (6,3 %) auf 59,8 Mio. EUR. Das Zinsgeschäft bleibt allerdings weiter die bedeutendste Ertragsquelle. Durch die erzielten Erträge aus Eigenanlagen sowie des Kundenkreditgeschäftes ist die Entwicklung des Zinsergebnisses vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus zufriedenstellend. Für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme eine Zinsspanne von 1,89 % (1,90 % 2015), die leicht über dem Niveau der rheinischen Sparkassen mit 1,81 % (1,92 % 2015) liegt. Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe hat sowohl negative Zinsen erhalten als auch gezahlt, der Höhe nach allerdings nicht wesentlich für die Ertragslage.

Der Provisionsüberschuss sank leicht von 23,4 Mio. EUR in 2015 auf 23,2 Mio. EUR in 2016. Wesentliche Bestandteile des Provisionsergebnisses sind die Erträge aus den Vermittlungsgeschäften von Wertpapieren, Versicherungsleistungen und Immobilien sowie die Gebührenerträge aus dem Giroverkehr.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe weist unter den sonstigen betrieblichen Erträgen unter anderem 1,2 Mio. EUR Ertrag aus der geänderten Abzinsungsvorschrift für Altersvorsorgeverpflichtungen aus. Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus der imparitätischen Einzelbewertung von Derivaten, die die Voraussetzungen zur Einbeziehung in die verlustfreie Bankbuchbewertung nicht erfüllt haben, wird, vermindert um eine gleichmäßige, erfolgswirksame Auflösung ab dem Jahr 2016 über einen Zeitraum von zehn Jahren, fortgeführt. Der jährliche Auflösungsbetrag in Höhe von 0,4 Mio. EUR wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen berücksichtigt.

Der Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 8 beträgt insgesamt 86,9 Mio. EUR nach 91,8 Mio. EUR im Vorjahr.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 2,2 % auf 63,5 Mio. EUR gesunken (2015 64,9 Mio. EUR). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf 40,4 Mio. EUR (Vorjahr 41,5 Mio. EUR). Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken um 0,3 % auf 23,1 Mio. EUR (Vorjahr 23,4 Mio. EUR). In den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten ist der Aufwand zur Dotierung einer Rückstellung für die unbedingte und unwiderrufliche Verpflichtung zur Zahlung von planmäßigen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes gemäß den Grundsätzen der risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Die Rückstellung wird bis spätestens 2024 jährlich anteilig für planmäßige Beitragszahlungen bis zur Höhe der gesetzlichen und satzungsrechtlich festgelegten finanziellen Zielausstattung des Sparkassenstützungsfonds verwendet. Des Weiteren enthalten die anderen Verwaltungsaufwendungen 2,0 Mio. EUR Aufwendungen, welche in direktem Zusammenhang mit der Fusion stehen, insbesondere hier Beratungsdienstleistungen und Aufwendungen für die technische Umsetzung.



Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen 3,4 Mio. EUR (Vorjahr 3,0 Mio. EUR).

Die Aufwand/Ertrag-Relation (Cost-Income-Ratio), ermittelt nach den Regularien des Betriebsvergleiches des DSGV, die den Verwaltungsaufwand in Relation zu den Bruttoerträgen setzt, verbesserte sich in 2016 leicht auf 77,3 % (RSGV 71,2 %) von 77,8 % im Vorjahr (RSGV 69,2 %). Das Betriebsergebnis vor Bewertung in % zur Jahresdurchschnittsbilanzsumme erreicht in 2016 0,60 % (RSGV 0,71 %) nach 0,59 % (RSGV 0,79 %) im Vorjahr.

Für das Jahr 2016 wird ein Aufwand aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft – nach Verrechnung mit den Erträgen – in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. EUR (Vorjahr Ertrag 17,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Ertrag aus dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus einem Sondereffekt (Auflösung von Einzelwertberichtigungen) des Althauses der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe in Höhe von 20,0 Mio. EUR. Mit Blick in die Vergangenheit konnte insofern der Bewertungsaufwand im Kundenkreditgeschäft in 2016 für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden. Der Ertrag aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere nach Verrechnung mit den Aufwendungen beträgt 0,2 Mio. EUR (2015 7,6 Mio. EUR). Das Vorjahr war bisher hier maßgeblich durch die Realisierung von Kursgewinnen aus Verbriefungstransaktionen in Höhe von 7,8 Mio. EUR aus dem Althaus Verbands-Sparkasse Wesel geprägt.

Im Zusammenhang mit der Erhebung des Jahresbeitrags 2015 zur EU-Bankenabgabe hat die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Anteil des festgesetzten Jahresbeitrag in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen zu erbringen. Die Absicherung der Zahlungsansprüche erfolgt durch eine von der Sparkasse bei der FMSA hinterlegten Barsicherheit in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Im Rahmen des umstellungsbedingten Zuführungsbedarfs bei den Pensionsrückstellungen aufgrund der erstmaligen Anwendung der Bewertungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum 01.01.2010 hat die Sparkasse bis 2015 von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge zu Pensionsrückstellungen aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB) Gebrauch gemacht. Im Jahr 2016 wurde allerdings der noch ausstehende Betrag von 1,9 Mio. EUR vollständig zugeführt. Der Betrag ist in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ erfasst.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag inkl. sonstiger Steuern ergeben einen Aufwand von 3,3 Mio. EUR (2015 7,6 Mio. EUR). Der ausgewiesene Bilanzgewinn von 2,5 Mio. EUR (2015 2,6 Mio. EUR) soll in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,09 %.

**Finanzlage**

Von den eingeräumten Kreditlinien bei der Hessischen Landesbank (Helaba) und der Deutschen Bundesbank wurde der Kredit bei der Helaba zeitweise in Anspruch genommen. Zur kurzfristigen Liquiditätssteuerung wurden insbesondere Geldaufnahmen bei anderen Kreditinstituten getätigt. Die in der Liquiditätsverordnung ermittelte Liquiditätskennzahl, die mindestens 1,0 betragen muss, weist zum Jahresende einen Wert von 2,08 (2,33 in 2015) aus. Die Bandbreite im laufenden Jahr erstreckt sich von 1,88 bis 2,19. Die Liquidity Coverage Ratio, die im Jahr 2016 mindestens 70 % betragen muss, liegt zum Jahresende bei 156 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2016 aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf den Risikobericht verwiesen.

Vermögenslage

Nach der Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2016 beläuft sich die Sicherheitsrücklage auf 152,3 Mio. EUR (2015 149,7 Mio. EUR). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres Kernkapital nach § 340g HGB. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel beträgt in Prozent des 12,5fachen der Gesamtanrechnungsbeträge gemäß CRR i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV 14,45 % per 31.12.2016 (2015: Verbands-Sparkasse Wesel 12,11 %, Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe 12,61 %) und überschreitet deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert inkl. Kapitalerhaltungspuffer von 8,625 % (ohne SREP-Zuschlag). Die Eigenmittelanforderungen bilden den Rahmen für unsere zukünftige Geschäftsausweitung. Der Mittelwert aller rheinischen Sparkassen liegt zum 31.12.2016 bei 17,11 % (Vorjahr 16,40 %).

Insgesamt sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe auf Basis der dargestellten Vermögens- und Finanzlage zusammen mit der unter den aktuellen Rahmenbedingungen dargestellten Ertragslage als solide anzusehen.

Personal- und Sozialbereich

Zum Stichtag 31.12.2016 waren bei der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe 691 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 429 Vollzeitkräfte, 209 Teilzeitkräfte und 53 Auszubildende.

12 Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2016 mit Erfolg beendeten, übernahm die Sparkasse in das Angestelltenverhältnis. Mit dem weiterhin hohen Anteil von 53 Auszubildenden stellen wir unser Engagement für unsere Region erneut unter Beweis.

Insbesondere der geschäftliche Erfolg der Sparkasse und der positive Umgang mit Veränderungen hängt auch von der fachlichen Qualifikation und dem persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Daher bildet deren gezielte Förderung und Entwicklung, gerade auch im Hinblick auf den Ausbau der ganzheitlichen Kundenberatung, technische Neuerungen und sich ändernde Rahmenbedingungen, einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

**Zusammenfassung der Risikolage**

Durch das Risikomanagement der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe können vorhandene Risiken frühzeitig erkannt und gesteuert werden. Zugleich dient das Risikomanagement zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, das Gesamtbankrisiko ist ausreichend abgesichert. Die höchste Bedeutung haben weiterhin die Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft. Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe daher ein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich.

Unter Berücksichtigung der Ertragsprognosen für den Planungszeitraum bis Ende 2017 sowie der derzeitigen Risikosituation im Kundengeschäft und Eigenhandelsgeschäft gehen wir von einer gleichbleibenden Entwicklung für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe aus. Sofern die Niedrigzinsphase weiter anhält, sind jedoch operative Ergebnisrückgänge durch Belastungen der Zinsspanne vorgezeichnet. Diesen Belastungen gilt es durch weitere Kostenreduzierungen und den Ausbau des Provisionsgeschäftes entgegenzuwirken. Eine Korrektur der bisherigen Geschäftspolitik wird für nicht erforderlich gehalten. Insgesamt steuert die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität angemessen ist.



12.5 Jahresbilanz am 31.12.2016

Aktivseite		Niederrheinische Sparkasse RheinLippe				
		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016				
		Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR	31.12.2015 ¹ Tsd. EUR
1.	Barmreserve				31.732	16.068
a)	Kassenbestand	33.730.085,80			31.732	16.068
b)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	77.519.088,68			37.680	23.273
			111.249.174,48		69.411	39.342
2.	Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a)	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen					
b)	Wechsel					
3.	Forderungen an Kreditinstitute				177.449	109.534
a)	täglich fällig	44.727.630,05			1.005	34
b)	andere Forderungen	780.650,40			178.459	109.628
			45.508.280,45		2.223.670.917,87	1.263.022
4.	Forderungen an Kunden					
	darunter:					
	durch Grundpfandrechte gesichert	1.213.236.170,50 Euro			(1.262.551)	(659.569)
	Kommunikalkredite	48.500.595,92 Euro			(36.335)	(22.783)
5.	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a)	Geldmarktpapiere					
aa)	von öffentlichen Emittenten					
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					
	ab) von anderen Emittenten					
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					
b)	Anleihen und Schuldverschreibungen				81.378	20.033
ba)	von öffentlichen Emittenten	85.298.171,93 Euro			(81.378)	(20.033)
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				271.202	100.096
bb)	von anderen Emittenten	233.310.375,58 Euro			(269.886)	(100.096)
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				352.580	120.129
			320.122.739,11		9.565	9.565
c)	eigene Schuldverschreibungen				(5.985)	(5.985)
	Nennbetrag	2.094.000,00 Euro			322.360.680,10	130.084
6.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				157.583.407,42	91.359
6a.	Handelsbestand					
7.	Beteiligungen				45.047.444,68	29.282
	darunter:					
	an Kreditinstituten					
	an Finanzdienstleistungsinstituten					
8.	Anteile an verbundenen Unternehmen				135.000,00	110
	darunter:					
	an Kreditinstituten					
	an Finanzdienstleistungsinstituten					
9.	Treuhandvermögen				1.453.776,00	478
	darunter:					
	Treuhandkredite	1.453.776,00 Euro			(2.189)	(478)
10.	Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11.	Immaterielle Anlagewerte					
a)	Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
b)	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.292,00			36	15
c)	Geschäfts- oder Firmenwert					
d)	geleistete Anzahlungen					
			13.292,00		36	15
12.	Sachanlagen				35.634.811,64	13.844
13.	Sonstige Vermögensgegenstände				1.231.718,74	1.844
14.	Rechnungsabgrenzungsposten				211.217,24	259
15.	Aktive latente Steuern					
16.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					
Summe der Aktiva					2.944.099.724,63	1.670.266

¹ kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkassen Dinslaken-Voerde-Hünxe
² Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel



Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 ¹ Tsd. EUR	31.12.2015 ² Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		33.509.312,89		23.512	21.483
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		430.941.947,97		733.333	419.744
			464.451.260,86	756.845	441.228
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Sparkonten					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	962.780.086,05			944.676	512.400
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	37.187.777,12			60.071	28.733
		999.967.863,17		1.004.746	541.133
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.061.161.187,84			821.736	432.530
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	84.609.284,26			1.205.625	67.267
		1.145.770.472,10		1.047.361	499.798
			2.145.738.335,27	2.047.107	1.040.930
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) beliebige Schuldverschreibungen		4.000.177,97		14.223	14.223
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten					
darunter:					
Geldmarktpapiere	---			(-)	(-)
eigene Akzepte und Scheckwechsel im Umlauf	---			(-)	(-)
			4.000.177,97	14.223	14.223
3a. Handelsbestand					
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.453.776,00	2.189	478
darunter:					
Treuhandkredite	1.453.776,00			(2.189)	(478)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			3.412.413,18	4.444	2.943
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.540.256,88	2.381	962
6a. Passive latente Steuern					
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		21.863.645,00		18.938	10.503
b) Steuerrückstellungen		4.849.213,00		7.034	5.251
c) andere Rückstellungen		14.492.968,99		14.806	9.323
			41.005.826,99	40.778	24.077
8. Sonderposten mit Rücklageanteil					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			33.398.905,56	33.396	-
10. Genussrechtkapital			500.840,00	824	-
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	500.840,00			(626)	(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			96.326.416,01	91.026	68.548
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
b) Kapitalrücklage					
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	149.731.199,92			147.111	74.820
cb) andere Rücklagen					
		149.731.199,92		147.111	74.820
d) Bilanzgewinn		2.540.717,00		2.631	2.062
			152.271.916,92	149.741	76.881
Summe der Passiva			2.944.099.724,63	3.142.944	1.670.286
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		36.520.949,73		51.102	25.521
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten					
			36.520.949,73	51.102	25.521
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		95.409.819,70		99.378	61.605
			95.409.819,70	99.378	61.605

*1 Kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe

*2 Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel



12.6 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016		Niederheinische Sparkasse RheinLippe		
		11-31-12-2015		
	Euro	Euro	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	83.517.361,69		95.859	49.365
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	---		(-)	(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	3.290.307,53	88.777.669,22	4.350	1.021
		32.164.405,15	100.208	50.406
2. Zinsaufwendungen			41.231	18.863
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	31.687,94		(72)	(36)
			54.613.264,07	31.543
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.181.995,21	3.602	2.172
b) Beteiligungen		991.130,99	1.230	488
c) Anteile an verbundenen Unternehmen		---		
			5.183.129,20	2.690
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		---	---	---
5. Provisionserträge		23.919.440,34	24.289	11.383
6. Provisionsaufwendungen		674.798,01	843	513
			23.244.642,33	10.870
7. Nettoertrag des Handelsbestands		---	---	---
8. Sonstige betriebliche Erträge			3.901.052,70	4.553
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	---		(-)	(-)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	---		(-)	(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		---	---	---
			86.942.088,30	91.805
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	31.436.117,93		32.166	15.457
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.968.785,33		9.375	4.574
darunter: für Alters- versorgung	3.871.875,77		(3.913)	(2.304)
		40.404.903,26	41.540	20.031
b) andere Verwaltungsaufwendungen		23.140.027,30	23.368	11.576
			63.544.930,56	31.607
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.405.724,47	2.974
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.196.360,42	7.851
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	---		(-)	(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.246.359,03		(2.553)	(1.544)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		933.951,96	534	534
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		---	---	---
			933.951,96	534
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		---	---	---
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		198.762,05	7.585	7.886
			198.762,05	7.888
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			38.718,23	4
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.300.000,00	30.134
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			7.721.144,71	7.744
20. Außerordentliche Erträge		---	---	---
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	---		(-)	(-)
21. Außerordentliche Aufwendungen		1.886.903,00	---	---
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	1.886.903,00		(222)	(121)
22. Außerordentliches Ergebnis			1.886.903,00	121
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.180.524,38	7.456	5.335
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		113.000,33	109	26
			3.293.524,71	5.561
25. Jahresüberschuss			2.540.717,00	2.082
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			---	---
			2.540.717,00	2.082
27. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			---	---
28. Bilanzgewinn			2.540.717,00	2.082

*1 kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe



12.7 Angaben zu Organmitgliedern

Vorstand

ab 01.01.2016

Vorsitzender

Friedrich-Wilhelm Häfemeier

Mitglied

Rolf Wagner

Stellv. Mitglied

Ingo Ritter

Verwaltungsrat

ab 01.01.2016

Vorsitzendes Mitglied

Jürgen Linz
Kommunalbeamter

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes

1. Jürgen Buchmann
Rentner
(ab 01.08.2016)

1. Dr. Michael Heidinger
Bürgermeister
(bis 31.07.2016)

2. Ludger Hovest
Rentner

Bürgerschaftliche Mitglieder

Stellvertreter

Franz Bothen
Rentner

Wolfgang Lingk
Rentner

Jürgen Buchmann
Rentner

Peter Steinbeißer
Planungsingenieur

Stefan Franzke
Dipl.-Ing.

Michael Fastring
Kommunalbeamter

Ruth Freßmann
Rentnerin

Helmut Trittmacher
Kommunalbeamter

Uwe Jan Goemann
Geschäftsführer Stiftung

Bastian Lemm
Referent Geschäftsführung



Hasan Gördü Energieanlagenelektroniker	Ingo Hülser Maschinenbautechniker
Thomas Groß Diplomsozialarbeiter	Karl-Heinz Dasbach Rechtsanwalt und Notar
Dr. Michael Heidinger Bürgermeister (bis 31.07.2016)	
Marie-Luise Hillefeld Rentnerin	Axel Paulik Betriebswirt
Ludger Hovest Rentner	Ulrich Marose kaufm. Angestellter
Uwe Karla kaufm. Angestellter, Dipl.-Kfm.	Klaus Schetter Dipl.-Ing.
Volker Kobelt Betriebsratsvorsitzender	Gerrit Diekmann Rentner
Stefan Meiners Verwaltungsbeamter	Jörg Thomas Justizvollzugsbeamter
Horst Miltenberger Selbständiger Projektberater	Thomas Beerwerth Diplomingenieur
Bernd Reuther Abt.leiter Industrieunternehmen	Christoph Sebastian Hense Gymnasiallehrer, Dipl. Mathematiker
Herbert Tekaats Kommunalbeamter	Martin Wente städt. Angestellter, Dipl.-Kfm.
Lieselotte Wallerich Rentnerin	Thomas Koch Betriebsleiter Diakonieverein
Dr. Michael Wefelnberg Arzt	Stefan Barske Dipl.-Ing.



Dr. Dieter Wigger
Rechtsanwalt

Roswitha Bannert-Schlabes
Personalcoach / Beraterin

Eyüp Yildiz
Sozialberater
(ab 01.08.2016)

Patrick Binder
Bürokaufmann
(ab 01.08.2016)

Personalvertreter

Stellvertreter

Frank Gossen
Sparkassenangestellter

Carolin Pergande
Sparkassenangestellte

Maik Hanke
Sparkassenangestellter

Patrick Becker
Sparkassenangestellter

Stefanie Hinz
Sparkassenangestellte

Ralf Oostendorp
Sparkassenangestellter

Melanie Hövel
Sparkassenangestellte

Thorsten Schroer
Sparkassenangestellter

Uwe Kisters
Sparkassenangestellter

Tina Schmidt
Sparkassenangestellte

Frank Lehmkuhl
Sparkassenangestellter

Willi Päseler
Sparkassenangestellter

Thomas Messner
Sparkassenangestellter

Andrea Drees
Sparkassenangestellte

Birgit Reuyß
Sparkassenangestellte

Erdal Dasdan
Sparkassenangestellter

Ralf Schmalfuß
Sparkassenangestellter

Henning Rockhoff
Sparkassenangestellter

Bernhard Zimmermann
Sparkassenangestellter

Anke Metz
Sparkassenangestellte

Beanstandungsbeamter

Stellvertreter

Dirk Haarmann
Bürgermeister Voerde

Bernd Romanski
Bürgermeister Hamminkeln



Beratende Mitglieder

Dirk Buschmann (Bürgermeister Hünxe)
 Dr. Michael Heidinger ab 01.08.2016 (Bürgermeister Dinslaken)
 Mike Rexforth (Bürgermeister Schermbeck)
 Bernd Romanski (Bürgermeister Hamminkeln)
 Ulrike Westkamp (Bürgermeisterin Wesel)

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstandes sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkasse- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ausschließlich einen Grundbetrag sowie eine allgemeine Zulage von 15 % des Grundbetrags. Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet. Darüber hinaus steigt der Grundbetrag des Vorstandsmitglieds ebenfalls um 2 %, wobei die Tarifierhöhungen angerechnet werden. Der jährliche Grundbetrag des stellvertretenden Vorstandsmitglieds steigt zusätzlich zu den Tarifierhöhungen jeweils vom 01.06. eines jeden Jahres um 4.351 EUR.

Vorstand	2016			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) Tsd. EUR	Leistungszulage (erfolgsabhängig) Tsd. EUR	Sonstige Vergütung Tsd. EUR	Gesamtvergütung Tsd. EUR
Häfemeier, Friedrich-Wilhelm Vorsitzender	352,9	--	8,3	361,2
Wagner, Rolf Mitglied	316,2	--	11,3	327,5
Ritter, Ingo Stellv. Mitglied	282,4	--	8,6	291,0
Summe:	951,5	--	28,2	979,7



Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen, die gemäß den Regelungen des EStG nach der 1 %-Methode ermittelt werden.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Hauptausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 328 EUR (bis 12.05.2016) bzw. 350 EUR (ab 13.05.2016) je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag, die stellv. Vorsitzenden erhalten das 1,5fache Sitzungsgeld. Außerdem erhalten die ordentlichen und beratend teilnehmenden Mitglieder des Verwaltungsrats einen Pauschalbetrag von 1.900 €[®] p. a. Bei Bedarf erfolgte die Zahlung zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und –teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder in EUR:

Bannert-Schlabes, Roswitha	350,00	Kobelt, Volker	5.334,00
Barske, Stephan	700,00	Lehmkuhl, Frank	4.634,00
Becker, Patrick	328,00	Linz, Jürgen	9.424,00
Bothen, Franz	3.934,00	Meiners, Stefan	3.934,00
Buchmann, Jürgen	5.334,00	Messner, Thomas	5.990,00
Buschmann, Dirk	6.690,00	Metz, Anke	328,00
Dasbach, Karl-Heinz	700,00	Miltenberger, Horst	4.984,00
Dieckmann, Gerrit	328,00	Pergande, Carolin	328,00
Franzke, Stefan	6.340,00	Reuther, Bernd	4.284,00
Freßmann, Ruth	6.012,00	Reuyß, Birgit	3.584,00
Goemann, Uwe	10.017,42	Rexforth, Mike	6.384,00
Gördü, Hasan	3.934,00	Romanski, Bernd	8.377,60
Gossen, Frank	3.606,00	Schmalfuß, Ralf	3.934,00
Groß, Thomas	4.962,00	Tekaath, Herbert	4.656,00
Haarmann, Dirk	5.990,00	Trittmacher, Helmut	328,00
Hanke, Maik	3.956,00	Wallerich, Lieselotte	3.934,00
Heidinger, Dr. Michael	7.707,00	Wefelnberg, Dr. Michael	5.990,00
Hense, Christoph Sebastian	350,00	Wente, Martin	328,00
Hillefeld, Marie-Luise	3.934,00	Westkamp, Ulrike	6.362,00
Hinz, Stefanie	3.934,00	Wigger, Dr. Dieter	5.312,00
Hövel, Melanie	3.934,00	Yildiz, Eyüp	1.650,00
Hovest, Ludger	13.075,72	Zimmermann	3.278,00
Karla, Uwe	4.634,00		
Kisters, Uwe	3.934,00	insgesamt	198.041,74

**Sonstiges****Angabe der Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften, die durch den Vorstand oder andere Mitarbeiter der Sparkasse wahrgenommen werden**

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse ist Mitglied in dem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsrat folgender Gesellschaften:

- | | | |
|-----------------------------|---|--------------------------------------|
| Friedrich-Wilhelm Häfemeier | - | Evangelisches Krankenhaus Wesel GmbH |
| | - | LBS West |

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.



13. Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe

Sitz der Volkshochschule: Friedrich-Ebert-Str. 84
46535 Dinslaken

13.1 Aufgaben der Volkshochschule

Gemäß der Zweckverbandssatzung übernimmt der Zweckverband als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und § 10 des Weiterbildungsgesetzes.

Die Volkshochschule dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase.

Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen gerichtet. Zu diesem Zweck kann die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen (Vorträge und Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m.) gemäß § 3, § 4 Abs. 1 sowie § 11 Abs. 1 und 2 des Weiterbildungsgesetzes anbieten.

Die Mitglieder des Zweckverbandes, die Stadt Dinslaken, die Stadt Voerde und die Gemeinde Hünxe, können dem Zweckverband neben dem Betrieb einer Volkshochschule die Wahrnehmung weiterer Aufgaben aus den Bereichen der Weiterbildung, des öffentlichen Kulturangebotes und des Bibliothekenwesens übertragen.

13.2 Mitglieder und Organe des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Dinslaken und Voerde sowie die Gemeinde Hünxe.

Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung,
- der Verbandsvorsteher/die Verbandsvorsteherin.



13.3 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung verfügt über 24 Stimmen, die sich wie folgt verteilen:

- Stadt Dinslaken 12 Stimmen
- Stadt Voerde 8 Stimmen
- Gemeinde Hünxe 4 Stimmen.

13.4 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes

Mitglied	Stellvertreter
Bürgermeister Dirk Haarmann	Lothar Mertens
Schwarz, Ulrike	Lemm, Bastian
Marzin, Gisela	Buhren-Goch, Gisela
Wagner, Ursula (s.B.)	Meulendyck, Hans-Peter
Altmeppen, Bernd	Aydin, Engin
Seelig, Walter	Neukäter, Heinrich
Rohr, Gabriele	Beine, Cornelia (s.B.) (bis 13.12.2016) Jürgen Leibfried (s.B.) (ab 13.12.2016)
Hassmann, Ingrid	Meiners, Stefan

Übersicht zum Berichtsjahr 2016

Für die 117.900 (2015: 116.848) Einwohner des Verbandsgebietes führte die Volkshochschule im Jahr 2016 insgesamt 954 (2015: 924) Lehrveranstaltungen durch, die 29.337 (2014: 22.539) Unterrichtsstunden umfassten und von 12.930 (2015: 12.148) Teilnehmern besucht wurden. In diesen Gesamtzahlen sind 102 (2015: 77) Einzelveranstaltungen mit 312 (2015: 170) Unterrichtsstunden und 1.946 (2015: 1.469) Teilnehmern, 23 Fahrten mit 134 Unterrichtsstunden und 727 Teilnehmern (2015: 25 F, 156 UStd, 846 TN) enthalten. Es wurde im Jahr 2016 keine Studienreise durchgeführt. Die Zahl der geplanten Lehrveranstaltungen (ohne Einzelveranstaltungen, Reisen, Fahrten) erreichte 1.040 Kurse (2015: 1.053) mit 32.082 Unterrichtsstunden (2015: 25.872).



Die für die Auswertung maßgeblich durchgeführten Kurse und Seminare (d.h. Lehrveranstaltungen mit mind. 4 Unterrichtsstunden) erreichten folgenden Umfang:

Lehrveranstaltungen: 829

Unterrichtsstunden: 28.891

Teilnehmer: 10.257

Personal

Organisiert wurde dieser Veranstaltungsumfang von vier ProgrammbereichsleiterInnen (HPM), der im Schulabschlussbereich tätigen Weiterbildungslehrerin, neun Verwaltungsmitarbeiterinnen sowie 289 nebenberuflichen pädagogischen MitarbeiterInnen (KursleiterInnen und ReferentenInnen).

Entwicklung im Verbandsgebiet

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Belegungszahlen (von 9.833 in 2015 auf 10.257 in 2016 um 4,3 %) und die Zahl der durchgeführten Lehrveranstaltungen (von 822 in 2015 auf 829 in 2016 um 0,9 %). Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg beachtlich in diesem Berichtsraum von 22.213 im Jahr 2015 um 6.678 Std. (+ 30,1 %) auf 28.891. Grund dafür ist die erhebliche Kapazitätsausweitung im Bereich Integrations- und Sprachmaßnahmen.

Das Bildungsangebot – gerechnet in Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner – erhöhte sich auf Verbandsebene von 191 Unterrichtsstunden / 1000 Einwohner (2015) auf 245 UStd. 2016, was einem Plus von 28,3 % entspricht. Die Bildungsakzeptanz – die Annahme des VHS-Angebotes in Prozent der Einwohner – stieg gegenüber dem Vorjahr von 8,4 % auf nun 8,7 % um 0,3 Prozentpunkte. Es bestätigt sich auch in diesem Jahr: "Fast jeder elfte Einwohner des Verbandsgebietes nimmt an einer Veranstaltung der VHS teil".

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtteilnehmerzahl gestiegen, die durchschnittliche Belegung je Lehrveranstaltung allerdings von 12,1% (2015) auf 11,9 % (2016) gesunken. Der langjährige Wert von 13 Teilnehmern je Kursveranstaltung ist zur Zeit nicht mehr erreichbar. Die Einrichtung von kostenneutralen Kleingruppen ist deshalb von der VHS praktiziert worden. Dies kommt auch besonders dem Lernbedürfnis der Teilnehmenden sehr entgegen.

Veranstaltungsausfall

Die Ausfallquoten sind bei den Lehrveranstaltungen mit 20,3 % (2015: 21,9 %) und bei den Unterrichtsstunden auf 9,9 % (2015: 14,1 %) gesunken; im Planungsraum Dinslaken erreichten die Werte bei den Unterrichtsstunden 11 % (2015: 13,1 %), bei den Lehrveranstaltungen 22 % (2015: 20,9 %). In Voerde fielen 15 % (2015: 23 %) und in Hünxe 13,2 % (2015: 30,7 %) der Veranstaltungen aus. Somit sank in allen Veranstaltungsorten erfreulicherweise die Ausfallquote. Bei den Unterrichtsstunden für Voerde ist ein Ausfall von 7,5 % (2015: 18,1 %), für Hünxe ein Ausfall von 5,6 % (2015: 19,7 %) zu verzeichnen. Es wurden insgesamt im Vergleich zum Vorjahr mit 1.040 (2015: 1.053) weniger Lehrveranstaltungen angeboten, dafür fanden aber auch mit 829 (2015: 822) mehr Veranstaltungen tatsächlich statt.



Innerhalb der Programmbereiche ist die höchste Ausfallquote der Unterrichtsstunden mit -56,8 % im PB 1 – Politik-Gesellschaft–Umwelt und ebenfalls bei Lehrveranstaltungen mit -58,3 % zu verzeichnen, während der Bereich 2 – Kultur – die geringsten Ausfälle aufweist; bei den Unterrichtsstunden betragen diese -4,2 %, bei den Lehrveranstaltungen -19,3 %.

Entwicklung der Planungsräume

Dinslaken

Vom Gesamtangebot der VHS wurden 21.041 (2015: 18.016) Unterrichtsstunden und 619 (2015: 626) Lehrveranstaltungen in Dinslaken durchgeführt. Besucht wurden diese Angebote von 7.669 (2015: 7.483) Teilnehmenden. Der Dinslakener Anteil ist bei den Unterrichtsstunden mit nun 72,8 % (2015: 81,8 %) um rund 1,4 Prozentpunkte gesunken. Auch die anteiligen Lehrveranstaltungen sind mit -1,5 Prozentpunkten auf 74,7 % (2015: 76,2 %) sowie die anteiligen Teilnehmerzahlen mit - 1,3 Prozentpunkten auf 74,8 % (2015: 76,1 %) rückgängig.

Diese durchschnittlichen Werte entsprechen nur teilweise den Planungen und dem Bestreben der VHS, im gesamten Verbandsgebiet eine möglichst ausgewogene Veranstaltungsstruktur vorzuhalten. Dass dies den Bevölkerungsanteilen entsprechend nicht zu erreichen ist, ergibt sich schon aus der Konzentration der Drittmittelmaßnahmen und Schulabschlusslehrgänge in Dinslaken. Auch aufgrund der Siedlungs- und Verkehrsstruktur ergibt sich in Dinslaken eine deutlich geringere Ausfallquote als in den Planungsräumen Voerde und Hünxe.

Abgesehen von den Drittmittel- und schulischen Lehrgängen weist der Programmbereich 4 - Sprachen – mit 84,1 % eine sehr hohe Konzentration des Angebotes in Dinslaken auf, während im Bereich 1 – Politik, Gesellschaft, Umwelt– das Angebot mit 66,7 % etwas unter dem Durchschnitt des Dinslakener Anteiles liegt und damit in etwa dem Bevölkerungsanteil entspricht.

Voerde

In Voerde wurden 6.104 (2015: 3.397) Unterrichtsstunden und 164 (2015: 144) Lehrveranstaltungen durchgeführt. Besucht wurden diese Angebote von 2.067 (2015: 1.689) Teilnehmern. Der Voerder Anteil ist bei den Unterrichtsstunden mit nun 21,1 % (2015: 15,3 %) um 5,8 Prozentpunkte gestiegen.

Bei den anteiligen Lehrveranstaltungen steigt der positive Wert auf 21,1 % (2015: 15,3 %) und die anteiligen Teilnehmerzahlen erhöhen sich auf 20,2 % (2015: 17,2 %).

Diese besonders positiven Ergebnisse sind auf die Durchführung von 23 Integrationskurs-Modulen (je 100 UStd. pro Modul) zurückzuführen, die das Gesamtangebot im Planungsbereich Voerde vergrößert haben.

Bezogen auf die durchschnittliche Angebotsverteilung weist der Programmbereich 3 – Gesundheit – mit 50,4 % und der Programmbereich – Integration – mit 54,8 % eine verhältnismäßig hohe Angebotsdichte in Voerde auf. Der Programmbereich 5 – Arbeit/ Beruf – mit 12,1 % sowie der Bereich 2 – Kultur – mit 17,7 % liegen in Voerde etwas über dem durchschnittlichen Bereich.



Hünxe

Eine recht positive Entwicklung ist auch im Planungsraum Hünxe bei den anteiligen Unterrichtsstunden mit 1.746 (2015: 800) zu verzeichnen. Die Anzahl der Kurse und Seminare mit 46 (2015: 52) und die Teilnehmerzahl mit 521 (2015: 661) sind allerdings gesunken. Sehr erfolgreich wurden in Hünxe vier Kurse "Deutsch für Flüchtlinge" im Jahr 2016 realisiert. In den Programmbereichen 1, 2 und 4 mussten 7 Kurse mangels Teilnehmer abgesagt werden. Das in Hünxe ein stabiles Weiterbildungsinteresse besteht, zeigt die Bereitschaft von 423 Bürgern aus Hünxe an Veranstaltungen, z.B. in Dinslaken, teilzunehmen.

Insgesamt gesehen ist für den Planungsraum Hünxe festzustellen, dass sich der Anteil an anteiligen Unterrichtsstunden mit 6,0 % (Vorjahr: 3,6 %) fast verdoppelt hat. Die Lehrveranstaltungen mit 5,5 % (Vorjahr: 6,3 %) und die Teilnehmerzahlen mit 5,1 % (Vorjahr: 6,7 %) haben sich verringert.

Bezogen auf die durchschnittliche Angebotsverteilung weisen die Programmbereiche 3 – Gesundheit – mit 52,4 % und 2 - Kultur, Gestalten - mit 21,4 % sehr hohe Angebotsdichten auf, während der Bereich 5 – Arbeit/Beruf – in Hünxe nicht vertreten ist.

Finanzsituation

Die Gesamtausgaben der Volkshochschule sind in 2016 mit 2,04 (2015: 1,65) Mio. EUR im Vergleich des Vorjahresvolumens gestiegen. Die Deckung dieser Ausgaben erfolgte zu 25,17 % (2015: 33,7 %) über die Verbandsumlage, zu 14,71 % (2015: 18,7 %) durch Landesmittel, zu 22,36 % (2015: 31,8 %) durch Gebühreneinnahmen, 37,76 % (2015: 15,4 %) der Einnahmen entfielen auf Drittmittel und kleinere Einnahmepositionen.

Die größten Ausgaben entstanden mit 38,37 % (Vorjahr: 45,05 %) für Personalaufwendungen und zusätzlich 1,31 % (Vorjahr: 0,54 %) für Versorgungsaufwendungen ehemaliger Beamter. Honorare für die nebenamtlichen Dozenten und Referenten schlugen mit 37,42 % (2015: 30,11 %) zu Buche.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind mit 13,48 % (Vorjahr: 14,24 %) leicht gesunken.

Die sonstigen Ausgaben lagen bei 8,63 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: 9,83 %). Für Investitionen wurden 0,78 % (Vorjahr: 0,23 %) aufgewendet.

Die Kosten einer Unterrichtsstunde belief sich auf 69,75 EUR (Grundlage: Aufwendungen in 2016: 2.046.300,00 EUR; durchgeführte UStunden: 29.337); sie liegt damit um 3,51 EUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres (2015: 73,26 EUR).

Die durchschnittlichen Honorarkosten einer Unterrichtsstunde lagen bei 26,10 EUR (2015: 22,06 EUR). Dieser Anstieg ist durch die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geforderte Honorarerhöhung im Integrationsbereich begründet.

Das 2016 erfreuliche finanzielle Ergebnis wird durch zahlreiche positive Ausnahmefaktoren verursacht und ist zum großen Teil auf die Flüchtlingskurse der Bundesagentur für Arbeit (BA) und auf die Erweiterung der Integrationskurse zurückzuführen. Die Einnahmen durch die Drittmittel haben sich von 15,4 % auf 37,76 % mehr als verdoppelt. Damit ist die zukünftige Einnahmeposition im Drittmittelbereich entscheidend vom Umfang und dem Zuschnitt der Förderkulisse vom BAMF oder der BA abhängig.

**Verbandsumlage**

Nach der Satzung des VHS-Zweckverbandes ist die von den drei Verbandsmitgliedern gezahlte Verbandsumlage nach dem Verhältnis der Teilnehmerzahlen aus dem Bereich der Mitglieder zu erheben. Nicht im Verbandsgebiet ansässige TeilnehmerInnen werden nicht berücksichtigt. Ohne diese ergibt sich für die Verbandsumlage von insgesamt 551.500,00 EUR eine maßgebliche Teilnehmerzahl von 8.408 mit nachstehenden Anteilen der einzelnen Verbandsmitglieder:

Dinslaken 5.624 = 66,9 %

Voerde 1.911 = 22,7 %

Hünxe 873 = 10,4 %

Gegenüber dem Vorjahr (Gesamtzahl: 7.982, davon Dinslaken: 5.563 gleich 69,7 %, Voerde: 1.697 gleich 21,3 %, Hünxe: 722 gleich 9 %) sind die absoluten Werte in den Planungsräumen Voerde und Hünxe leicht gestiegen und in Dinslaken um 2,8 Prozentpunkte gesunken.

Vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 08.06.2017 wird die zukünftige Umlageverteilung nach den ermittelten durchschnittlichen Teilnehmerzahlen der letzten 3 Jahre erhoben.



7.1 Kurzübersicht:

Entwicklung der Volkshochschule 2016

- im Vergleich zum Vorjahr 2015 -
(nur durchgeführte Veranstaltungen)

	2016	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Durchgeführte Lehrveranstaltungen, davon	954	924	30	3,2%
- Kurse / Seminare	829	822	7	0,9%
- Einzelveranstaltungen	102	77	25	32,5%
- Fahrten / Reisen	23	25	-2	-8,0%
Durchgeführte Unterrichtsstunden, davon	29.337	22.539	6.798	30,2%
- Kurse / Seminare	28891	22213	6.678	30,1%
- Einzelveranstaltungen	312	170	142	83,5%
- Fahrten / Reisen	134	156	-22	-14,1%
- Unterrichtsstunden je Veranstaltung (Kurse/Seminare)	34,9	27,0	7,90	29,3%
Teilnehmer, davon	12.930	12.148	782	6,4%
- Kurse / Seminare	10257	9833	424	4,3%
- Einzelveranstaltungen	1946	1469	477	32,5%
- Fahrten / Reisen	727	846	-119	-14,1%
- Teilnehmer je Lehrveranstaltung (Kurse/Seminare)	12,04	12,04	0,00	0,0%
Entwicklung in Dinslaken				
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	619	626	-7	-1,1%
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	21.041	18.016	3.025	16,8%
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	7.669	7.483	186	2,5%
Entwicklung in Voerde				
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	164	144	20	13,9%
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	6.104	3.397	2.707	79,7%
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	2.067	1.689	378	22,4%
Entwicklung in Hünxe				
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	46	52	-6	-11,5%
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	1.746	800	946	118,3%
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	521	661	-140	-21,2%
Bildungsangebot je 1.000 Einwohner (in USt) gesamt	245	191	54,0	28,3%
- Dinslaken * (ohne Fahrten/Reisen)	312	269	43,0	16,0%
- Voerde * (ohne Fahrten/Reisen)	166	94	72,0	76,6%
- Hünxe * (ohne Fahrten/Reisen)	127	59,2	67,8	114,5%
Teilnehmer in Prozent der Einwohner gesamt	8,7%	8,4%	0,3	3,3%
- Dinslaken * (ohne Fahrten/Reisen)	11,4%	11,2%	0,2	1,3%
- Voerde * (ohne Fahrten/Reisen)	5,6%	4,7%	0,9	19,8%
- Hünxe * (ohne Fahrten/Reisen)	3,8%	4,9%	-1,1	-22,9%

* = Einwohnerzahl vom 31.12.2015 (it.nrw)

Dinslaken -> 67.452 Voerde ->: 36.675 Hünxe ->: 13.771 Verband ->: 117898

Arbeitsbericht 2016 Seite 7



14. Volksbank Rhein-Lippe eG

Gründung	1881
Sitz der Gesellschaft	Großer Markt 1 46483 Wesel
Genossenschaftsregister	Amtsgericht Duisburg, Nr.: 234
Vorstand	Gerd Hüsken Ulf Lange Gerhard Wölki

14.1 Beteiligungsverhältnis

Die Stadt Voerde ist an der Volksbank Rhein-Lippe eG mit einem Anteil in Höhe von 260 € beteiligt.

14.2 Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Genossenschaft

- Immobiliengesellschaft der Volksbank Rhein-Lippe und Volksbank Dinslaken mbH zu 50 %
- weitere Beteiligungen im genossenschaftlichen Finanzverbund

14.3 Organe der Genossenschaft

Die Organe der Genossenschaft sind

- die Vertreterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Vorstand



14.4 Zusammensetzung der Organe

Die Vertreterversammlung besteht aus den gewählten Vertreter/innen.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Vertreterversammlung gewählt werden.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern.

14.5 Vertretung der Stadt in den Gremien der Genossenschaft

Die Stadtkämmerin Frau Simone Kaspar wird als Gast in die Vertreterversammlung eingeladen.

14.6 Genossenschaftszweck und Gegenstand

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

14.7 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Volksbank Rhein-Lippe eG wird dieser eingehalten.

14.8 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem Stadthaushalt

Die Volksbank Rhein-Lippe eG hat der Stadt für das Geschäftsjahr 2016 eine Dividende von 10,95 € überwiesen.

Aufgrund der Geringfügigkeit der Beteiligung wird auf die Abbildung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen verzichtet.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW-Verlag GmbH · Tiersteigenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.